

Dirk Stegmann

Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918

Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP

Friedrich Meinecke hat 1946 mit kritischer Offenheit die ideologischen und sozialen Wurzeln des Nationalsozialismus in der Fehlentwicklung des deutschen Bürgertums, besonders der konservativen Führungsschichten im 2. Reich seit der Jahrhundertwende, in der Phase des Übergangs Deutschlands zur Weltpolitik gesehen: Der »unsoziale Herrengeist« bei den »Scharfmachern der Schwerindustrie« und den »junkerlichen Bürokraten in den Ministerien und Provinzialregierungen«¹⁾, der sich verbunden habe mit alldeutscher Machtpolitik nach außen, erschien ihm als eine »Vorstufe«²⁾ zum späteren Nationalsozialismus, so sehr man auch die Unterschiede im einzelnen betonen müsse. Den Kulminationspunkt dieser Politik vor 1918 erblickte Meinecke in der Endphase des 1. Weltkrieges: *Alldeutsche* und *Vaterlandspartei*, die präfaschistische Sammlungs-»Bewegung« vom September 1917, mit der zum erstenmal eine Massenbasis für antidemokratische Politik gewonnen wurde, waren für ihn »ein genaues Vorspiel für den Aufstieg Hitlers«³⁾; als die alte Repressivpolitik angesichts der von der Regierung eingeleiteten »Neuorientierung« nicht mehr offen praktiziert werden konnte, sollte jetzt die politische und soziale Emanzipationsbewegung in der Arbeiterschaft sowie im liberalen Bürgertum, besonders in Teilen des sog. Neuen Mittelstandes, mittels eines demagogischen Nationalismus abgestoppt werden, um den gesellschaftlichen status quo noch einmal zu zementieren. Schon bei ihrer Entstehung hatte Meinecke die manipulatorische Funktion dieser

¹⁾ F. Meinecke, *Die deutsche Katastrophe*, Wiesbaden 1946, S. 36 f.

²⁾ *Ebda.*, S. 39; vgl. bereits seinen Aufsatz »Nationalismus und nationale Idee« (geschrieben im Juli 1914), in: *ders.*, *Die deutsche Erhebung von 1914. Vorträge und Aufsätze*, Stuttgart/Berlin 1914, bes. S. 88: »In diesen Unternehmer-, Beamten- und Offizierskreisen hat sich der nationale Gedanke vielfach zu eng verquickt mit bestimmten sozialen und innerpolitischen Sonderinteressen. Man will hier, daß die Deutschen ein »Herrenvolk« seien, und braut sich, um auch eine »Weltanschauung« dafür aufweisen zu können, einen kräftigen Trank aus allen Ingredienzen, die man gebrauchen kann, zusammen, aus den vergrößerten Überlieferungen des altpreußischen Beamten- und Junkerstaats, aus den vulgären Ausbeutungen Darwinscher, Gobineauscher und Nietzschescher Gedanken. Besonders beliebt ist die Philosophie der Rasse, der »Edelrasse«, des »Edelvolkes«, wie denn überhaupt die modischen und unkritischen Rasselehren in nicht geringem Grade verantwortlich zu machen sind für die Entartung der nationalen Idee.«

³⁾ F. Meinecke, *Die deutsche Katastrophe*, S. 50; S. 52: »Die Vaterlandspartei und die Dolchstoßlegende stellen zusammen den fatalen Wendepunkt in der Entwicklung des deutschen Bürgertums dar.«

präfaschistischen Massenbewegung aufgedeckt und ihre sozialökonomische Basis in Schwerindustrie und ostpreußischem Großgrundbesitz gesehen.⁴⁾

Seine Bestandsaufnahme, die gleichzeitig einen Beitrag zum Problem der Kontinuität in der jüngeren deutschen Geschichte sowie zur Genesis des deutschen Faschismus liefert, ist in der deutschen Historiographie kaum aufgegriffen worden; erst jüngste Arbeiten machen hier eine Ausnahme.⁵⁾ Aber auch die eigentliche Nationalsozialismusforschung⁶⁾ hat diesen Aspekt nicht weiter vertieft, obwohl sogar Vaterlandspartei und Vorform der NSDAP, die *Deutsche Arbeiterpartei* Anton Drexlers, unmittelbar zusammenhängen; schließlich war die Deutsche Arbeiterpartei (DAP) bzw. ihr Vorläufer, der Freie Arbeiterausschuß für einen guten Frieden, den Drexler im März 1918 gegründet hatte, eine direkte Schöpfung der Vaterlandspartei. Dieser Mangel resultiert nicht zuletzt daraus, daß man zwar die Frage nach den Vorformen der NSDAP stellte, deren Fernsteuerung durch konservative Machteliten aber nur ungenügend aufdeckte. Damit wurde auch der Zugang zu dem viel wichtigeren Problem zugeschüttet, inwieweit die *Vaterlandspartei* und ihre Ableger eine Antwort der konservativen Machteliten auf die Herausbildung der modernen Massengesellschaft und der in ihrem Gefolge auftretenden demokratischen, d. h. sozial und politisch emanzipatorischen Bewegungen, darstellen: Durch die manipulierte Steuerung von Gegenbewegungen als neuer Form einer Herrschaftstechnik wurde der Versuch unternommen, auch im Zeichen des vollentwickelten Industriestaates die alten Machtstrukturen zu bewahren und die politischen und sozialen Konflikte im Sinne der konservativen Kräfte zu lösen.

Die vorliegende Untersuchung, die in der Phase des Übergangs des Deutschen Reiches zum Organisierten Kapitalismus einsetzt, d. h. in der Zeit nach den Jahren 1896/97, und den Schwerpunkt seit dem Reifestadium des industriewirtschaftlichen Wachstums

⁴⁾ F. Meinecke, Vaterlandspartei und deutsche Politik, in: Die Hilfe Nr. 47, 22. Nov. 1917, S. 700 ff.; ders., Das deutsche Bürgertum im Kriege (7. Sept. 1918), wiederabgedruckt in: F. Meinecke, Werke, Bd. II, 1958, bes. S. 251. Zur Präfaschismusproblematik vgl. meine demnächst in der u. a. von F. Fischer herausgegebenen Reihe »Studien zur modernen Geschichte« im Bertelsmann Universitäts-Verlag erscheinende Studie »Die Deutsche Vaterlandspartei 1917–1920. Ein Beitrag zum Problem präfaschistischer Bewegungen im Kaiserreich und am Beginn der Weimarer Republik bis zum Kapp-Putsch«.

⁵⁾ Der Forschungsbericht von Klaus Hildebrand, Der »Fall Hitler«, Bilanz und Wege der Hitler-Forschung, in: NPL 3, 1969, S. 375 ff., verkürzt bzw. mißversteht Meineckes Position, vgl. S. 379. Zum Problem des Präfaschismus vor 1918 vgl. neuerdings die knappen Hinweise bei Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, Berlin/Köln 1969, S. 500 f.; ders., Einleitung zu: Friedrich Kapp, Vom radikalen Frühsozialisten des Vormärz zum liberalen Parteipolitiker des Bismarckreichs. Briefe 1843–1884, Frankfurt 1969, S. 7; Dirk Stegmann, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland. Sammlungspolitik 1897–1918, Köln/Berlin 1970, S. 497 ff. Sowohl Volker R. Berghahn, Flottenrüstung und Machtgefüge, in: Das kaiserliche Deutschland, hrsg. v. Michael Stürmer, Düsseldorf 1970, S. 393, wie Klaus Hildebrand, Der »Fall Hitler«, a. a. O., S. 381, übernehmen diesen Ansatz, personalisieren aber das Problem über Gebühr: Bei ihnen erscheint allein Tirpitz als missing link zu Hitler, vgl. zuletzt noch mit dieser Interpretation Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart 1971, S. 143; Volker R. Berghahn, Das Kaiserreich in der Sackgasse, in: NPL 4, 1971, S. 494 ff.

⁶⁾ Vgl. dazu Georg Franz-Willing, Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919–1922, Hamburg/Berlin 1962; Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt/Bonn 1965; Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten. Hrsg. und eingel. von Ernst Deuerlein, Düsseldorf 1968; Reginald H. Phelps, Hitler und die DAP, in: AHR 69, 1963, S. 976 ff.; ders., Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in: VfZ 11, 1963, S. 289 ff.; ders., Anton Drexler, der Gründer der NSDAP, in: Deutsche Rundschau 87, 1961, S. 1136 ff.

im Jahre 1910 fixiert⁷⁾, will einen Beitrag zu der Lösung des Problems leisten, in welcher Weise im deutschen Klassenstaat vor 1918 die repressiv-autoritäre Machtbehauptung der Jahre vor 1914 im Zeichen einer Demokratisierungswelle 1917/18 und des damit verbundenen Machtverlustes der alten Führungsschichten umschlug in manipulative Steuerung der Massen mittels präfaschistischer Ideologien und Organisationen. Methoden und Zielsetzungen dieser Politik sollen u. a. an einem bisher unbekannten Beispiel verfolgt werden, der *Deutschen Arbeiter- und Angestellten-Partei* von 1918, die man als norddeutsche Variante der späteren *Deutschen Arbeiterpartei* Drexlers bzw. der frühen NSDAP bezeichnen kann.

1. ELEMENTE DES AUTORITÄREN PATRIARCHALISMUS SEIT DER GROSSEN DEPRESSION

Der forcierte Übergang Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts beschleunigte auch den Auflösungsprozeß des alten ständisch-patrimonialen Gesellschaftssystems.⁸⁾ Die im Zuge dieser zweiten Phase des Industrialisierungsprozesses auftretende soziale Differenzierung der Gesellschaft und die damit Hand in Hand gehenden sozialen Konflikte führten auf der Seite der konservativen Machteliten wie auf seiten der aufstrebenden Industriearbeiterschaft und in ersten Ansätzen des sogenannten Neuen Mittelstandes (kaufmännische und technische Angestellte in Handel und Industrie) zur Entwicklung neuer politischer und ökonomischer Organisationsformen. Die Feudalaristokratie schuf sich durch Neugründung der *Deutsch-Konservativen Partei* 1876 und die gleichzeitige Gründung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer als wirtschaftlicher pressure group schlagkräftige Machtinstrumente. Die damals noch vorwiegend nationalliberalen Großindustriellen suchten ihrerseits mit der Gründung eines zentralen Industrieverbandes, des *Centralverbandes Deutscher Industrieller* (CDI), eine wirtschafts- und sozialpolitische Machtzentrale aufzubauen. Die Industriearbeiterschaft fand eine überregionale politische Vertretung nach dem Gothaer Einigungsparteitag in der *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands*, die unter dem allgemeinen gleichen Wahlrecht einen kontinuierlichen Aufstieg nahm und sich, verstärkt in den 80er Jahren, durch die Gründung von Gewerkschaften Machtmittel

⁷⁾ Die Zäsur 1897, d. h. der Übergang des Deutschen Reiches zur Weltpolitik, findet sich bereits bei F. Meinecke, *Die deutsche Katastrophe*, 1946, S. 38 ff.; Ernst Troeltsch, *Spektator-Briefe*, hrsg. von H. Baron, Tübingen 1924, bes. S. 6: »Er [der gesellschaftliche Militarismus] war doch erst das neue Deutschland Wilhelms II. und des Imperialismus«; zur Zäsur 1910 vgl. Wolfgang Zorn, *Wirtschaft und Politik im deutschen Imperialismus*, in: *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift für F. Lütge*, Stuttgart 1966, S. 343 (nach Rostow). Zum Problem des sog. Organisierten Kapitalismus, d. h. des Übergangs der deutschen Industriewirtschaft in eine neue Phase seit Mitte der 90er Jahre, vgl. den frühen Aufsatz von Theodor Vogelstein, *Die finanzielle Organisation der kapitalistischen Industrie und die Monopolbildungen*, in: *Grundriß der Sozialökonomik*, (GdS), Abt. VI, Tübingen 1914, S. 224 ff.; Erich Maschke, *Grundzüge der deutschen Kartellgeschichte bis 1914*, Dortmund 1964; Helga Nussbaum, *Unternehmer gegen Monopole*, Berlin 1966; Hans-Ulrich Wehler, *Theorieprobleme der modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte (1800–1945)*, in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg*, Berlin 1970, S. 66 ff.

⁸⁾ Vgl. hierzu vor allem Karl-Erich Born, *Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts*, in: VSWG 50, 1963, S. 361 ff.; Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Berlin 1967.

für den sozialpolitischen Kampf schuf. In dieser Industrialisierungsphase, die weitgehend identisch ist mit der konjunkturellen Trendperiode der sog. Großen Depression, verschmolz die bis dahin herrschende soziale Schicht, die Feudalaristokratie, mit dem bürgerlichen Großgrundbesitz zu einer relativ einheitlich agierenden agrar-kapitalistischen Schicht, die trotz langfristigen wirtschaftlichen Abstiegs dennoch an politischer Macht und gesellschaftlicher Geltung keine Einbuße erlitt.⁹⁾ Dieses Phänomen liegt einmal darin begründet, daß der Adel seit Generationen nahezu unangefochten ein Monopol auf die Führungspositionen in Bürokratie und Armee besaß, zum anderen in der Tatsache, daß die rasch wachsende Schicht des Industriebürgertums, vor allem das sich seit 1873 auf dem Gebiet der gewerblichen Produktion herausbildende kapitalistische Großunternehmertum — 1895 umfaßte es rund 19 000 Personen¹⁰⁾ — nicht die Bundesgenossenschaft des Kleinbürgertums und der Industriearbeiterschaft suchte, sondern politisch und gesellschaftlich zum Adel aufschloß.

Diese »Unfähigkeit, ein selbständiges Klassenbewußtsein zu entwickeln«¹¹⁾, diese fehlende Bereitschaft, die gewonnene ökonomische Machtposition auch in politische Herrschaft umzusetzen, führte gerade bei dem Großunternehmertum, den Industriellen der Rohstoff- und Halbfabrikatproduktion — nämlich der Schwerindustrie (Kohle/Eisen/Stahl) sowie der Textilindustrie (Baumwollspinnerei in Süddeutschland, im Rheinland und im Elsaß) —, zu einer Assimilierung, zur Übernahme feudaler Wertvorstellungen nicht nur im Lebensstil, sondern auch auf sozialpolitischem Gebiet.¹²⁾

a) Die Haltung gegenüber der organisierten Arbeiterschaft

Das großindustrielle Unternehmertum übernahm das patriarchalische Arbeitsverhältnis der Feudalwirtschaft und suchte sich die von ihr »ökonomisch abhängigen Arbeiter durch eine blinde Gewaltpolitik [...] dienstpflichtig zu erhalten«.¹³⁾ Diese Entwicklung zeichnete sich seit den 80er Jahren deutlich ab.

Im Kampf gegen die Arbeiterbewegung und den Linksliberalismus kam es zu einer Annäherung dieser sozialen Gruppe an den Adel, langfristig zu einer Verschmelzung der »kapitalistisch-industriell-bourgeoisen und der vorkapitalistisch-agrarisch-feudalen Sphäre«¹⁴⁾, zur Herausbildung einer relativ einheitlich operierenden Führungsschicht.

⁹⁾ Vgl. dazu *Hans Rosenberg*, Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, wiederabgedr. in: ders., Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt 1969, S. 7 ff.

¹⁰⁾ Vgl. dazu den Artikel »Großbetrieb«, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften (HStW), Bd. V, 3. Aufl. 1910 (*Lexis*), S. 67 ff. Nach der Gewerbebeziehung von 1895 gab es demnach 18 953 Großbetriebe (Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten). Nahezu gleich groß war die Zahl der Großgrundbesitzer in Deutschland: *Friedrich Naumann*, Demokratie und Kaisertum, 3. Aufl., Berlin-Schöneberg 1904, S. 91, spricht von der »alten Herrenschicht von etwa 24 000 Köpfen«.

¹¹⁾ *Werner Sombart*, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Berlin 1909, S. 508.

¹²⁾ Vgl. dazu *Friedrich Zunkel*, Der rheinisch-westfälische Unternehmer 1834—1879, Köln 1962, S. 223 ff.; *Helmut Böhme*, Deutschlands Weg zur Großmacht, Köln/Berlin 1966, bes. S. 303 ff.

¹³⁾ *W. Sombart*, S. 488, ähnlich S. 505; vgl. auch das Urteil *Albert E. Schäffles*, Ein Votum gegen den neuesten Zolltarifentwurf, Tübingen 1901, S. 74 ff.: »Im Kampfe des Besitzes mit der Lohnarbeit ist insoweit, als der Industrielle Patriarch, »Herr in seinem Hause« bleiben zu können glaubt, der Großgrundbesitzer als der mächtigere und rücksichtslosere Arbeitgeber fast ein natürlicher Bundesgenosse des Fabrikanten.«

¹⁴⁾ *Carl Brinkmann*, Die Umformung der kapitalistischen Gesellschaft in geschichtlicher Darstellung, in: GdS, IX, 1, Tübingen 1926, S. 18.

Gegenüber der Arbeiterschaft — der sog. Neue Mittelstand spielte erst nach der Jahrhundertwende als politischer Faktor eine Rolle —, die das Machtmonopol des konservativen Staates bedrohte, blieben Repression und Manipulation, nämlich der Versuch der Eingemeindung in den nationalen Machtstaat durch sozialpolitische Zugeständnisse, verbindliche Politik, von Bismarck kombiniert in der Kopplung von Sozialistengesetzgebung 1878 und Sozialfürsorge 1881. Diesem bonapartistischen Kalkül Bismarcks¹⁵⁾, durch die Schaffung einer Schicht von kleinen Staatsrentnern die soziale Frage zu kanalisieren und die Arbeiterschaft zu einer staatsbejahenden Haltung zu bringen, schloß sich in den 80er Jahren der politische Konservatismus an. Insoweit als Bismarcks Arbeiter-Sozialpolitik letztlich kleinbürgerliche Mittelstandspolitik und somit lediglich eine Fortsetzung sozialkonservativer Bestrebungen auf moderner Grundlage sein sollte, war die Unterstützung durch den Konservatismus verhältnismäßig leicht zu gewinnen. Zudem verlangte die staatliche Versicherungsgesetzgebung materielle Opfer nur von den Unternehmern und ließ das bestehende Herrschaftsverhältnis auf dem Lande gänzlich unangetastet: Besorgnisse, die Landarbeiter etwa könnten politisch durch die Sozialdemokratie organisiert werden, bestanden schon aufgrund des Koalitionsverbotes ländlicher Arbeiter überhaupt nicht.¹⁶⁾

Die *Konservativen*, unterstützt von den *Freikonservativen*, schlugen bis 1918 erfolgreich alle Versuche ab, die Gesindeordnung zu beseitigen und auch die Landarbeiter unter die Gewerbeordnung zu stellen.

Eine weitergehende Arbeiterpolitik, wie etwa Stoeckers Versuch, 1878 eine christlich-soziale Arbeiterpartei zu gründen, um auch die Industriearbeiterschaft für konservative Interessen zu mobilisieren, fand von vornherein innerhalb der Parteiführung keine Unterstützung: Unabhängig von dem schnell deutlich werdenden Mißerfolg der Stoeckerschen Politik sah man seine Hilfsvölker bei politischen Wahlen im Kleinbürgertum und innerhalb der Landarbeiter.

Vollends seit den 90er Jahren entwickelte sich der politische Konservatismus zu einer mit mittelständischen Interessen im Handwerk und Kleinbürgertum durchsetzten groß-agrarischen Klassenpartei, deren Wählerpotential vornehmlich die Gebiete östlich der Elbe stellten. Diese Ausrichtung kam nicht zuletzt zustande durch die Gründung des *Bundes der Landwirte* (BdL)¹⁷⁾ auf dem Höhepunkt der Agrarkrise 1893: Als wirtschaftliche pressure group mit dem Charakter einer ausgeweiteten »Wahlapparatpartei« (Puhle) garantierte er erst dem Konservatismus langfristig ein sicheres Wählerpotential, denn er verstand es, Klein- und Großbauern, Landarbeiter und handwerklich-klein-gewerbliche Kreise mittels antiliberal-ständisch-antisozialistischer Ideologien zu mobili-

¹⁵⁾ Vgl. dazu H. Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit, S. 202 ff.; H.-U. Wehler, Bismarck und der Imperialismus, S. 459 ff.

¹⁶⁾ Vgl. dazu das Urteil F. Naumanns, Demokratie und Kaisertum, S. 109: »Man war bereit, sozialpolitische Kassen mit zu beschließen, weil Bismarck dies wollte, aber man wollte keine »soziale Demagogie«, kein Eintreten eines selbständigen Industriearbeiterstandes in die konservativen Reihen«; Elizabeth Freifrau von Richthofen, Über die historischen Wandlungen in der Stellung der autoritären Parteien zur Arbeitnehmerschutzgesetzgebung und die Motive dieser Wandlungen, phil. Diss. Heidelberg 1901, bes. S. 72 f.; Oscar Stillich, Die politischen Parteien in Deutschland, Bd. I: Die Konservativen, Leipzig 1908, S. 124 f.

¹⁷⁾ Vgl. dazu Hans-Jürgen Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich (1893–1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1967. Puhles Arbeit ist die beste Arbeit zu diesem Thema, überschätzt aber m. E. die eigenständige Rolle des Bundes der Landwirte.

sieren. Der neuerliche Klassenkompromiß der Agrarier mit der Schwerindustrie seit 1897¹⁸⁾ auf der Basis der Wirtschafts-, Flotten- und Sozialpolitik beendete nicht nur die äußerst scharf geführten Auseinandersetzungen über diesen Komplex seit Anfang der 90er Jahre, sondern führte auch zur Übernahme der einseitigen repressiven Sozialpolitik seitens der Konservativen. Ein Symptom für diese Entwicklung war der Parteiausschluß der sozialkonservativen Gruppen um Stoecker. Zwar gibt es auch noch nach 1900 Beispiele für die konservative Taktik, durch Ausspielen der Arbeitersozialpolitik Druck auf die Schwerindustrie auszuüben, um über diesen Umweg zumeist wirtschaftliche Zugeständnisse einzuhandeln, aber seit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge 1906 auf der Basis der erhöhten Agrar- und Viehzölle von 1902, die eine Steigerung des Preisniveaus agrarischer Produkte brachten, schwächte sich der bestehende sozialpolitische Gegensatz bei latent weiterbestehender antikapitalistischer Grundhaltung immer stärker ab.¹⁹⁾

Die Wahlerfolge der *Sozialdemokratie* seit den 90er Jahren taten ein übriges, um die antisozialistische Politik zu verschärfen.²⁰⁾ Der aufkommende Revisionismus änderte hieran nichts, im Gegenteil, legte er doch die Befürchtung nahe, eine Eroberung der politischen Macht könne auf kaltem Wege geschehen. Der politische und wirtschaftliche Konservatismus blieb auf Repression durch staatliche Ausnahmegesetzgebung gestimmt; diese Haltung zeigte sich deutlich in der Zustimmung zur sog. Zuchthausvorlage von 1899. In dem Augenblick, in dem diese Politik im Reichstag keine Mehrheit mehr fand und sich die Regierung mehr Erfolg versprach von der integrationistischen Wirkung einer Sozialpolitik, die nicht zuletzt auch begründet war durch die zunehmenden Wahlerfolge der Sozialdemokratie, verhärtete sich nur noch die sozial-repressive Haltung der Konservativen. Die Radikalisierungstendenzen zeigten sich nicht nur in den immer wiederkehrenden Appellen an die Regierung, die Sozialdemokratie durch eine Änderung des Reichstagswahlrechts zu entmachten, sondern auch in der verschärften Diffamierung der SPD. Hier ging der *Bund der Landwirte* voran, während die *Deutsch-Konservative Partei* zögernder folgte. 1904 z. B. verlangte der langjährige Vorsitzende des BdL, Freiherr von Wangenheim, kategorisch von der Partei, sie solle sich nicht immer »nach oben [...] schustern«²¹⁾, d. h. durch Unterstützung der Regierung zu politischen Erfolgen kommen, sondern »volkstümlich«²²⁾ werden. »Volkstümliche« Politik hieß für Wangenheim in erster Linie das Werben um kleinbürgerliche Schichten, die es durch Vorführung des roten Gespenstes vom Bewußtsein ihrer sozialen Lage abzulenken und für sog. staaterhaltende Politik zu mobilisieren galt; dann aber auch die gezielte Indienstnahme antikapitalistischer und antisemitischer Slogans, die, schablonisiert und politisch instru-

¹⁸⁾ Vgl. dazu Eckart Kehr, *Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894—1901*, Berlin 1930; Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks*; Peter-Christian Witt, *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1903—1913*, Hamburg/Lübeck 1970.

¹⁹⁾ Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, Wien 1910, Neudruck Berlin 1947, S. 470 f.; Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, bes. S. 208 ff. Das Jahr 1910 bildet hier einen deutlichen Einschnitt.

²⁰⁾ Vgl. dazu den Art. »Sozialdemokratie, Sozialistengesetz«, in: *Konservatives Handbuch*, 3. Aufl., Berlin 1898, bes. S. 423 ff.

²¹⁾ Wangenheim an seine Frau am 21. Jan. 1904, in: Hans v. Wangenheim (Hrsg.), Conrad v. Wangenheim. *Lebensbild. Briefe*, Berlin (1934), S. 78 f.

²²⁾ Ebda., S. 81, Brief vom 17. Juni 1909; ähnlich die Forderung des langjährigen Parteivor-sitzenden, Otto Frhrn. v. Manteuffel-Krossen, zit. in: *Konservativer Kalender 1908*, Berlin 1908, S. 7: »Die Konservative Partei muß populär werden.«

mentalisiert durch den BdL im Kampf gegen den Liberalismus seit den 90er Jahren, jetzt zunehmend auch antisozialistisch umgebogen wurden: Die Arbeiterbewegung wurde jetzt zusammen mit den bürgerlichen Demokraten — den »Sozialdemokraten des Asphalts«²³⁾ — als jüdisch unterwandert, gekauft oder bestochen hingestellt.²⁴⁾ Dieser Prozeß zeichnet sich seit der großen Wahlniederlage der Konservativen Partei 1912, in Ansätzen bereits in der Agitation nach den spektakulären Erfolgen der SPD in den Reichstagsnachwahlen 1910, deutlich ab.²⁵⁾ Auf dieser ideologischen Basis kam es erstmalig seit Frühjahr 1913 zu einer Zusammenarbeit von radikalem Konservatismus im BdL und alldeutschen Kreisen.²⁶⁾

Für das *großindustrielle Unternehmertum*²⁷⁾, und hier vor allem für die sog. Schwerindustrie, blieb das 1889 von dem saarländischen Hüttenindustriellen Stumm propagierte Ideal einer ständisch-autoritär organisierten Gesellschaft mit der Maxime: »Wenn ein Fabrikunternehmen gedeihen soll, so muß es militärisch, nicht parlamentarisch organisiert sein«, verpflichtende Devise.²⁸⁾

Für Wilhelm Beumer, 1887 bis 1918 Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, war 1890 »ein Fortbestehen der Industrie nur möglich [...], wenn Zucht und Disziplin aufrechterhalten wird«; schon der CDI habe seinerzeit mit Recht darauf hingewiesen, daß »Werkstatt

²³⁾ So der Direktor im BdL, Hahn, 1914 auf der Generalversammlung des BdL: Korrespondenz des Bundes der Landwirte Nr. 12, 16. Febr. 1914, S. 48.

²⁴⁾ Die Konservative Monatsschrift, Jg. 70, H. 3, Dez. 1912, S. 197 ff. (»Judenfrage und Antisemitismus«), spricht davon, daß das »Band zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie recht eigentlich von jüdischen Händen gebunden ist« (S. 203); Art. »Sozialdemokratie«, in: Agrarisches Handbuch, hrsg. vom BdL, 3. Aufl., Berlin 1911, S. 877: »Dabei erfreut sich die Sozialdemokratie selbstverständlich im steigendem Maße des Beistandes des internationalen Judentums und Großkapitals, mit welchem letzteren [...] sie in jüngster Zeit ein enges Bündnis [...] geschlossen hat.«

²⁵⁾ Vgl. dazu die Ausfälle der konservativ-agrarischen wie der rechtsprotestantischen Parteipresse nach der Niederlage in den Reichstagswahlen vom Januar 1912, in denen Linksliberalismus und Sozialdemokratie als »Feinde der Nation« — beide von »jüdischem Golde in jüdischen Sinne geleitet« — diffamiert wurden, so: Der Reichsbote Nr. 14, 18. Jan. 1912 (»Wo steht der Feind?«); Deutsche Tageszeitung, 25. Jan. 1912 (»Das Judentum im Wahlkampf«); Korrespondenz des BdL Nr. 5, 25. Jan. 1912 (»Ein seltsamer Staatsmann und Politiker«): scharfe Polemik gegen den linksnationalliberalen Vors. des Hansabundes, Rießler, der als »neuer Nationalheros der [...] judenliberalen Presse« bezeichnet wurde, der alle linksstehenden Parteien »von Bassermann bis Bebel« sammeln wolle zum Kampf gegen die »staaterhaltenden Kräfte«; der Generalsekretär der Deutsch-konservativen Partei Westfalens, W. Albers, schrieb in einer Broschüre nach dem Wahlkampf (Die Besiegten von Philippi! Ein Wort zu den Reichstagswahlen von 1912, Bielefeld o. J. [1912], S. 17), SPD und Hansabund, »Rot und Gold«, hätten einen Wahlpakt im »Direktionszimmer der Mitteldeutschen Bank in Berlin« geschlossen. Allein Graf Mirbach-Sorquitten verurteilte in der Kreuz-Zeitung die forcierte antisemitische Agitation, vgl. Nr. 47, 29. Jan. 1912 (»110 Sozialdemokraten im Reichstage«).

²⁶⁾ Fritz Fischer, Krieg der Illusionen, Düsseldorf 1969, S. 398 ff.

²⁷⁾ Vgl. dazu A. Brandt, Zur sozialen Entwicklung im Saargebiet, Leipzig 1904; L. H. Adolf Gede, Die sozialen Arbeitsverhältnisse im Wandel der Zeit, Berlin 1931; Gerhard Adelmann, Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Ruhrindustrie vor 1914, in: JNS, Bd. 175, 1963, S. 412 ff. Diese Literatur wird überholt sein durch das 1972 im Leibniz-Verlag erscheinende große Werk von Klaus Saul, Staat, Industrie und Arbeiterbewegung 1903—1914 im Wilhelminischen Reich, phil. Diss. Hamburg 1971.

²⁸⁾ Zit. bei Fritz Hellwig, Carl Freiherr von Stumm-Halberg, Heidelberg/Saarbrücken 1936, S. 295.

und Armee einander gleichen, daß in beiden eine stramme Disziplin und Zucht alle Klassen beherrschen muß.«²⁹⁾

Gesellschaftlicher Militarismus und autoritärer Patriarchalismus bestimmten nicht nur das sozialpolitische Selbstverständnis der großen Unternehmerbesitzer wie Stumm oder Krupp, sondern galten auch für die neue Schicht der Generaldirektoren der industriellen Aktiengesellschaften, der Managerunternehmer wie Kirdorf, Baare oder Jencke.

Aufs engste verquickt mit dieser Haltung war die Wendung gegen die staatliche Arbeiter-sozialpolitik in den 90er Jahren, die man in den 80er Jahren noch, wenn auch zum Teil widerstrebend, unterstützt hatte.³⁰⁾ Das Kaiserwort aus dem Jahre 1895 von der Sozialdemokratie als einer »Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen«³¹⁾, wurde von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie begeistert aufgegriffen: Für den Geschäftsführer des CDI, Bueck, war es geradezu das »erlösende Wort«.³²⁾ Die Trennung der Massen von ihren Führern — seien diese doch recht eigentlich keine Arbeiter und die »Sozialdemokratische Partei keine Arbeiterpartei«³³⁾ — zu propagieren, Broschüren und Flugschriften mit diesem Tenor zu finanzieren, war von hierher gesehen nur ein logischer Schritt.³⁴⁾

Ähnlich wie die Konservativen beurteilten sie auch den aufkommenden Revisionismus in der SPD: Schon 1894 hatte Bueck aus dem »milderen Charakter« der sozialdemokratischen Bewegung nur eine »Vorbereitung für künftige Gewalttaten«³⁵⁾ abgeleitet. 1901³⁶⁾ nahm er programmatisch zu Bernsteins Thesen Stellung, dessen Befürwortung einer genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Politik er als höchst »gefährlich« ablehnte; die im CDI vereinigten Industriellen hätten keinen Anlaß, ihre bisherige Politik zu revidieren, die von dem Bewußtsein geprägt sei, »die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu erhalten«, und die letzten Endes »auch den wirklichen Interessen der Arbeiter« entspreche.

Methoden manipulatorischer Politik, etwa durch nationalistische Propaganda eine Ablenkung von politischen Emanzipationsforderungen zu erreichen, spielten gegenüber

²⁹⁾ So am 12. April 1890 in der Generalversammlung des sog. Langnamvereins, in: Mitteilungen des Vereins zur Wahrung ..., Nr. 4—6, 1890, S. 89; ähnlich der freikonservative Großindustrielle Julius Vorster 1896: »Wir haben eine arbeitsame Bevölkerung, die zum weitaus größten Teil durch die gelernte militärische Disziplin den Sinn für Autorität sich bewahrt hat«, in: J. Vorster, Die Großindustrie, eine der Grundlagen nationaler Sozialpolitik, Jena 1896, S. 29. Vgl. dazu das scharfe Urteil Max Webers 1905, der von dem »Herrenkitzel« der Großindustriellen sprach, in: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen 1924, S. 396 f.

³⁰⁾ Rundschreiben des CDI vom 31. Mai 1893 (Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte [H. A./GHH] 300 10 73/2); Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz Nr. 2, 8. Jan. 1895 (»Cui bono?«, zitiert aus Rundschreiben des Verbandes Deutscher Metallindustrieller); Mitteilungen des [sog.] Langnamvereins Nr. 2, 1895, S. 187 ff. (Beumer am 9. April 1895); Walther Caron, Großindustrie und Sozialpolitik, in: Mitteilungen des Langnamvereins Nr. 3, 1896, S. 394 ff.

³¹⁾ Rede am Sedanstag 1895 in Berlin.

³²⁾ So auf der Vorstandssitzung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller am 15. Febr. 1896 (H. A./GHH 300 10 70/10).

³³⁾ So Vorster am 11. Mai 1898, in: Mitteilungen des Langnamvereins Nr. 3, 1898, S. 162.

³⁴⁾ Vgl. die Verbreitung der Schrift des nationalen Arbeiters auf der kaiserlichen Werft in Kiel, Theodor Lorentzen, Arbeiterpartei oder revolutionäre Partei, Kiel 1898, durch den Langnamverein 1898, a. a. O., S. 162.

³⁵⁾ Vgl. seinen Aufsatz: »Die Arbeiterbewegung«, in: Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des CDI Nr. 62, Aug. 1894, S. 31 ff.

³⁶⁾ Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des CDI Nr. 91, Okt. 1901, bes. S. 22 ff.

der offenen Repression eine weniger bedeutende Rolle. Immerhin lag dieses Motiv u. a. der gezielten Flottenpropaganda mittels staatlich gesteuerter Agitationsvereine wie dem mit dem Geld der Schwerindustrie gegründeten Flottenverein 1898 zugrunde; es gelang aber, abgesehen von den evangelischen Arbeitervereinen, die zahlenmäßig kaum ins Gewicht fielen, allenfalls kleinbürgerliche Schichten (Handwerk, Kleingewerbe, aber auch den Neuen Mittelstand) zu gewinnen, während die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft sich diesen Propagandabemühungen gegenüber verhältnismäßig immun zeigte.³⁷⁾

Die Politik des Klassenkampfes von oben erschien dem CDI erfolgversprechender: Sie offenbarte sich noch einmal in aller Schärfe in der Unterstützung der sog. Zuchthausvorlage.

Nach diesem Fehlschlag des Versuchs, mittels staatlicher Ausnahmegesetzgebung die Sozialdemokratie niederzuhalten, veränderte sich langfristig die Taktik des CDI. Jetzt wurde durch die Gründung von Arbeitgeberverbänden sowie die Zentralisierung der Arbeitsnachweise in Unternehmerhand der Selbstschutz organisiert.³⁸⁾

Die fortschreitende Monopolisierung des Binnenmarktes durch Kartellierung und Syndizierung, die die Phase des Übergangs Deutschlands zum Organisierten Kapitalismus einleitete, korrespondierte auf dem Arbeitsmarkt mit der Herausbildung straff geführter Arbeitgeberzentralen.³⁹⁾ Im gleichen Jahr, in dem das mächtigste Eisen- und Stahl-syndikat, der Stahlwerksverband, gegründet wurde, der seinerseits mit dem bereits 1893 entstandenen Kohlensyndikat eng zusammenarbeitete, schlossen sich die Kohle/Eisen/Stahl-Gruppe sowie ein Teil der Maschinenbau- und Textilindustrie in der *Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände* zusammen, während sich die kleine und mittlere Industrie, geführt vom Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, im *Verein Deutscher Arbeitgeberverbände* zusammenfand.⁴⁰⁾ Durch die Zentralisierung der Arbeitsnachweise in: Unternehmerhand, den Ausbau des Rechtsschutzes der Arbeitgeber, die Einrichtung von zentralen Kassen zur Streikabwehr und die Anlage von sog. schwarzen Listen (Nichtbeschäftigung von Arbeitern, die gestreikt hatten oder ausgesperrt worden waren), eine Entwicklung, die 1910 einen gewissen Abschluß fand, versuchte vor allem die dem CDI

³⁷⁾ R. Hilferding, *Das Finanzkapital*, S. 486; Art. Deutscher Flottenverein (A. Wulf), in: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland*, Bd. 1, Leipzig 1968, S. 432 ff.

³⁸⁾ Vgl. dazu die sich häufenden Artikel in der Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz seit 1898 und dann vor allem nach der Ablehnung der Zuchthausvorlage durch den Reichstag 1899.

³⁹⁾ Vgl. dazu Willy G. H. Frhr. v. Reisswitz, *Gründet Arbeitgeberverbände!* Berlin 1904; Fritz Tänzler, *Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände*, Berlin 1905, S. 3: »Das Wirtschaftsjahr 1904 ist das Jahr der Konzentrationen und der Organisationen für die deutsche Industrie genannt worden [...] Wie sich dies auf rein wirtschaftlichem Gebiete geltend machte in den mannigfachen Vereinigungen zur Erzielung besserer Absatz- oder Preisverhältnisse, den Konventionen, Kartellen, Syndikaten usw., so drängte auch die Stellungnahme zu reinen Arbeiterfragen die Unternehmer zu immer festerem Zusammenhalt.« Vgl. auch das Urteil W. Sombarts, S. 344: »es ist die Hausseperiode von 1895 bis 1900 gewesen, in denen das Kartellwesen bei uns zu einer bis dahin völlig unbekannten Bedeutung gelangt ist.« Die Zahl der sog. Großbetriebe stieg von 1882 mit 1,613 Millionen Beschäftigten in 9974 Betrieben über 18 953 Betriebe mit 3,044 Millionen im Jahre 1895 auf 32 007 Betriebe mit 5,350 Mill. Beschäftigten im Jahre 1907; die Zahl der sog. Riesenbetriebe (über 1000 Beschäftigte) stieg im gleichen Zeitraum von 127 über 255 auf 506, vgl. Art. Großbetrieb und Kleinbetrieb (Lexis), in: *HStW*, Bd. V, 3. Aufl. 1910, S. 71 f.; Karl Helfferich, *Deutschlands Volkswohlstand 1888–1913*, Berlin 1914, S. 40.

⁴⁰⁾ Vgl. hierzu vor allem Gerhard Kessler, *Die deutschen Arbeitgeber-Verbände*, Leipzig 1907, bes. S. 137 ff.

angeschlossene Hauptstelle, der sozialistischen wie nichtsozialistischen Gewerkschaftsbewegung einen Damm entgegenzusetzen.

Daß der CDI kategorisch den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Gewerkschaften ablehnte, versteht sich von selbst; ähnlich kompromißlos war seine Stellung gegenüber der Forderung, Arbeiterausschüsse in den Betrieben einzurichten, die ein gewisses Mitspracherecht in Fragen der Arbeitsplatzbedingungen bedeutet hätten. Für Kirdorf, den Vorsitzenden des Kohlsyndikats und Direktoriumsmitglied des CDI, bedeutete eine solche Einrichtung, die im Bergbau auf Druck der Regierung und der Öffentlichkeit nach dem großen Bergarbeiterstreik von 1905 eingeführt worden war, nur die Möglichkeit, »Agitationsherde« in den Betrieben zu schaffen. Sie lief damit der eigenen Strategie, alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus den industriellen Großbetrieben auszuschließen, zuwider.⁴¹⁾

Eine politische Ergänzung der Arbeitgeberverbände, gerade auch als Reaktion auf den großen Wahlsieg der SPD 1903, wurde mit der Gründung des *Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie* 1904 geschaffen. Als überparteiliche antisozialistische Agitationszentrale eine direkte Gründung des CDI sowie konservativer und rechtsnationalliberaler Kreise, warb dieser für den Zusammenschluß des Bürgertums bei den Wahlen gegen die Sozialdemokratie und versuchte darüber hinaus alle bereits bestehenden nationalen Arbeitervereine zu koordinieren, damit sie einen gezielten Wahlkampf im Interesse der Ordnungsparteien führen konnten.

Erfolgversprechender als die Stützung und Subventionierung nicht direkt kontrollierbarer, überregionaler nationaler Arbeitervereine erschien auf der Ebene des industriellen Großbetriebes die Taktik, sog. wirtschaftsfriedliche »gelbe«, d. h. arbeitskampffindliche, auf das Mittel des Streiks verzichtende *Werkvereine* zu lancieren.⁴²⁾ Diese Strategie läßt sich nach den Ausständen in der Metallindustrie 1905/06 deutlich nachweisen. 1905 kam es zur Gründung erster Werkvereine, ausgehend von der Maschinenbauindustrie in Augsburg (MAN) und der Metall- und Elektroindustrie in Berlin (Siemens), eine Entwicklung, die übergriff auf den sächsischen und norddeutschen Industriebezirk und auch im Saargebiet, seit 1910 auch an der Ruhr, Fuß faßte (Gründung des Nationalen Arbeitervereins bei Krupp Ende 1909).

Durch die Etablierung von Unterstützungs-, Spar- und/oder Prämienvereinen, Pensionskassen und Hilfsvereinen, durch Gewährung von Weihnachtsgratifikationen und billigem Kartoffelbezug wurde auf betrieblicher Ebene mit dieser »Organisation der Anti-Sozial-

⁴¹⁾ F. A. Freundt, *Kapital und Arbeit*, Berlin o. J. (1927), Neudruck der Festschrift für Emil Kirdorf 1873–1927, S. 77 f.; Hans-Jürgen Teuteberg, *Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland*, Tübingen 1961.

⁴²⁾ Vgl. dazu die Hinweise in den neueren Arbeiten von Axel Schnorbus, *Arbeit und Sozialordnung in Bayern vor dem Ersten Weltkrieg (1890–1914)*, München 1969, S. 183 f.; Jürgen Kocka, *Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847 bis 1914*, Stuttgart 1969, S. 357 f.; D. Stegmann, S. 335 ff. und passim sowie die demnächst erscheinende Monographie von Klaus Mattheier, »Die Gelben«. Zur Geschichte der wirtschaftsfriedlich-nationalen Arbeiterbewegung in Deutschland 1904–1918, phil. Diss. Bochum 1971.

demokraten«⁴³⁾ ein neues wirksames Instrument zur Disziplinierung der Belegschaft geschaffen: Vor 1914 lag z. B. der Anteil »gelb«organisierter Arbeiter bei Siemens bei über 80%⁴⁴⁾, denn die Werkvereine selbst nahmen satzungsgemäß keinen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, und die Großunternehmen entließen bei Streiks diese Arbeiter, während die Werkvereinler ihren Arbeitsplatz behielten⁴⁵⁾ und für ihren Verzicht sozialpolitische Vorteile einhandelten.⁴⁶⁾

Durch diese »systematische Bildung subventionierter Unternehmerschutztruppen innerhalb der Arbeiterschaft« (Max Weber 1912)⁴⁷⁾ sollte der Großbetrieb nicht mehr Ort der Austragung sozialer Konflikte sein, sondern gleichsam unter Quarantäne gestellt werden. Der neue Typus von Arbeiter sollte durch die Schaffung einer Art von Beamten-Status⁴⁸⁾ als »Arbeiterbeamter« an den Betrieb gebunden werden. Hier wie gegenüber den Angestellten wurden bürokratische Leitbilder auf die Arbeitswelt übertragen⁴⁹⁾ und noch einmal der Versuch unternommen, eine quasi-ständische, vorindustriell-harmoni-

⁴³⁾ So die Charakterisierung eines der leitenden Angestellten des Siemens-Konzerns 1906, zit. bei J. Kocka, S. 357. Vgl. auch die Motivation, mit der der »gelbe« Funktionär Rudolf Lebius, der in Berlin und Umgebung seit 1906/7 den sog. »Gelben Arbeitsbund« aufgebaut hatte, 1907/8 den Generaldirektor des Bochumer Vereins, Baare, von der Notwendigkeit zu überzeugen versuchte, einen »gelben«Werkverein einzurichten: »Das würde ungefähr auf dasselbe hinauskommen, als wenn ein weitschauender Fabrikant seine noch nicht ganz veralteten Maschinen durch moderne Maschinen ersetzt und mit dieser Maßnahme nicht bis zu dem Zeitpunkt wartet, wo ihm das Feuer unter den Nägeln brennt«; *Der Gelbe Sumpf*. Ein Blick hinter die Kulissen der gelben Arbeiter-Vereine durch Einsichtnahme in einige Lebius-Briefe, 2. erw. Auflage, Stuttgart 1909, S. 15.

⁴⁴⁾ Zahlen nach Kocka, S. 358.

⁴⁵⁾ Belege hierfür bei A. Schnorbus, S. 190; R. Fellingner, Mitglied der seit 1907 bei Siemens bestehenden Kommission für soziale Angelegenheiten, betonte 1910: »Von dem Augenblick an, da der gelbe Verband bestand, waren Streiks in dem früheren Umfange [...] nicht mehr möglich«, zit. in: *Aufgaben und Organisationen der Fabrikwohlfahrtspflege in der Gegenwart* (= Schriften der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, N. F., H. 5), Berlin 1910, S. 255, Referat Fellingners.

⁴⁶⁾ Vgl. dazu die Ausführungen des christlichen Gewerkschaftsführers Johann Giesberts 1910 am Beispiel der Burbacher Hütte, in: *Aufgaben und Organisation der Fabrikwohlfahrtspflege in der Gegenwart*, S. 263 f.

⁴⁷⁾ Zit. bei Wolfgang J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890 – 1920, Tübingen 1959, S. 135 (Rundschreiben an seine ihm sozialpolitisch nahestehenden Freunde vom 15. Nov. 1912).

⁴⁸⁾ Vgl. dazu A. Weber, Die Bürokratisierung und die gelbe Arbeiterbewegung, in: *Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik* (AfSS), Bd. 37, 1913, S. 361 ff.; bereits 1910 verurteilte der christliche Arbeitersekretär Giesberts diese Tendenzen ganz entschieden: Damit »schaffen wir ein neues Zünftlertum, dann schaffen wir ein Arbeiterspießbürgertum, eine bessere Kaste, die die Beamtenstellung hat, und eine andere, »den unteren Plebs«, der nebenher läuft, der die Höfe kehrt und den Schnee wegfeht«, vgl. *Aufgaben und Organisation der Fabrikwohlfahrtspflege in der Gegenwart*, S. 262.

⁴⁹⁾ Am Beispiel der Angestellten des Siemens-Konzerns hat Kocka diesen Prozeß überzeugend nachgewiesen.

stische Gesellschaftskonzeption der modernen Industriegesellschaft künstlich überzustülpen.⁵⁰⁾

Frühzeitig gab es auch Pläne, die neue Bewegung parteipolitisch einzuspannen, nämlich durch Gründung nationaler Arbeiterparteien. Diese Ideen wurden in erster Linie von »gelben« Arbeiterfunktionären aufgegriffen, während sich die Unternehmerschaft ablehnend verhielt. So hatte Robert Lebius, der Führer des seit 1907 in Berlin bestehenden »gelben Arbeitsbundes«, der zu dieser Zeit von Siemens finanziert wurde⁵¹⁾, 1908 gegenüber dem Siemensdirektor Budde die Betätigung einer solchen Partei als »Industriepartei«⁵²⁾ angeregt:

»Ich würde vorschlagen, ungefähr nationalliberale Politik zu machen, diese aber nationaldemokratisch zu nennen. Den Anschluß an die nationalliberale oder freikonservative Partei würde ich praktisch nicht für richtig betrachten. Der größere Teil der ehemaligen Sozialdemokraten versagte uns dann sicherlich aus Vorurteil die Gefolgschaft [...]. Es kommt ja nicht darauf an, wie wir etikettiert sind, sondern was wir in Wirklichkeit sind. Herr Direktor Peierls hat schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, daß wir um die politische Betätigung nicht herumkommen. Falls die maßgebenden Arbeitgeberkreise damit einverstanden wären, könnten wir vielleicht im Herbst still und unauffällig mit dem Aufbau der politischen Organisation beginnen.«

Den Unternehmern schien eine solche Aktion indes unnötig und wenig erfolgversprechend⁵³⁾; ohnehin votierten die »gelben« Arbeitervereine in der Regel in den Wahlen für die Ordnungsparteien, obwohl hier die Ausrichtung nicht ganz einheitlich war.⁵⁴⁾

Das Jahr 1910 brachte in der Unternehmerpolitik einen gewissen Einschnitt; das zaghafte

⁵⁰⁾ In geradezu klassischer Weise formulierte noch einmal R. Fellingner, der Leiter der bei Siemens eingerichteten Sozialen Kommission (vgl. Anm. 45), diesen Standpunkt der Arbeitgeber: »Viel eher kann der Fall eintreten [...], daß Unternehmer den alten heute schon erwähnten patriarchalischen Zustand wieder herbeiführen wollen, indem sie wie gute Väter gegenüber ihren Kindern gern alles selbst bestimmen wollen, was dem Arbeiter gut ist«, *Aufgaben und Organisation der Fabrikwohlfahrtspflege in der Gegenwart*, S. 252 f. (4. Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt am 6. Juni 1910 in Berlin). Fellingner selbst setzte sich von dieser Auffassung ab, indem er glaubte nachweisen zu können, »daß man gelbe Verbände unterstützen kann, ohne jede Absicht, ein patriarchalisches Verhältnis der Bevormundung an Stelle der Selbsthilfe der Arbeiter treten zu lassen«, *ebda.*, S. 256. Die Praxis bei Siemens sah indessen ganz anders aus, vgl. die Belege bei Kocka und Mattheier, *passim*. Immerhin war die sog. Berliner Gruppe innerhalb der Werkvereinsbewegung insoweit flexibler, als sie mit Rücksicht auf den hohen Organisationsgrad der Arbeiterschaft in Berlin nicht grundsätzlich auf das Streikrecht verzichtete, wie das z. B. die sog. Essener Richtung unter Führung Krupps von Anfang an tat. In der Praxis kam es indes auch im Berliner Raum zu keinem Streik gelber Organisationen.

⁵¹⁾ Vgl. dazu das Dankschreiben von Lebius an die Direktion der Siemens & Halske AG, Berlin, für die Unterstützung des »Gelben Arbeitsbundes« in Höhe von 8400 Mark für das Jahr 1907, abgedruckt in: *Der Gelbe Sumpf*, S. 23.

⁵²⁾ Lebius an den Siemens-Direktor Budde, *ebda.*, S. 40 f.

⁵³⁾ Beispiele für die unterschiedliche Einschätzung solcher Aktivitäten bei K. Mattheier, *passim*; einzelne Siemens-Direktoren hatten zu diesem Zeitpunkt wiederholt dafür plädiert, die gelbe Bewegung durch die Gründung einer antisozialdemokratischen Arbeiterpartei zu ergänzen, ohne bei der Konzernleitung (Wilhelm v. Siemens) hiermit durchzudringen. Bei der zahlenmäßigen Schwäche der Bewegung zu dieser Zeit war an ein solches Experiment ernsthaft gar nicht zu denken, ungeachtet der parteipolitischen Unterschiede im Unternehmerlager selbst, auf die Mattheier zu stark verweist.

⁵⁴⁾ Vgl. dazu den Brief von Lebius an den gelben Vorstand der MAN (Nürnberg), Pfeifer, in: *Der gelbe Sumpf*, S. 40, in dem ersterer davor warnte, in aller Öffentlichkeit für nationalliberale Kandidaten zu werben. Vor allem unter Führung des Kruppschen Werkvereins unterstützten die westdeutschen Werkvereine von Anfang an strikt nationalliberale Kandi-

Entgegenkommen der Regierung⁵⁵⁾ gegenüber der Arbeiterschaft in sozialpolitischen Fragen (Arbeitskammervorlage) führte das Großunternehmertum vollends in die Defensive und verstärkte seine antigouvernementalen Tendenzen.⁵⁶⁾ Für Gustav Krupp von Bohlen und Halbach begann in diesem Jahr das »Hinabgleiten der monarchischen und staatlichen Autorität zum Demokratismus«⁵⁷⁾. Bueck, der scheidende Geschäftsführer des CDI, forderte im Dezember 1910 die Regierung auf, den Kampf gegen die Arbeiterschaft zu verschärfen, und appellierte an die Arbeitgeber⁵⁸⁾:

»Schließen Sie sich fest und unerschütterlich zusammen, gewöhnen Sie sich an den Gedanken, daß Ihnen ein furchtbar schwerer Kampf aufgezwungen wird, daß Sie, um ihn zu bestehen, gewaltige Opfer werden bringen müssen, und daß das Ergebnis dieses Kampfes die Niederwerfung und Zertrümmerung der sozialdemokratischen Gewerkschaften sein muß. Erreichen Sie dieses Ziel, so werden Sie von den kommenden Geschlechtern gepriesen werden als die Retter des Staates und der Gesellschaft, als die Retter der hohen Kultur, der wir uns rühmen.«

Im gleichen Jahr kam es zur Zusammenfassung der Werkvereinsbewegung und der Vaterländischen Arbeitervereine im *Hauptausschuß Nationaler Arbeitervereine*, der sich im Oktober 1913 unter Einbeziehung einiger wirtschaftsfriedlicher mittelständischer Organisationen (Bäcker- und Fleischergesellen, Seeleute, Handwerker der kaiserlich-königlich technischen Institute) zum sog. *Hauptausschuß Nationaler Arbeiter- und Berufsverbände* mit rund 185000 Mitgliedern erweiterte.⁵⁹⁾ Damit wurde das Gegen-einanderarbeiten zum Teil unterschiedlich argumentierender Gruppen aufgehoben und Koordinierungs- und Zentralisierungsinstanzen geschaffen, wobei das Schwergewicht auf

daten. 1913, als sich die Schwerindustrie immer stärker von dieser Partei trennte, kam es auch zu einer verstärkten Hinwendung zu den Kandidaten der freikonservativen, im Kriege zu denen der deutsch-konservativen Partei.

⁵⁵⁾ Die Arbeitskammervorlage, die seit 1908 auf der Tagesordnung stand, wurde jedoch nach ihrer Einbringung 1910 Ende des Jahres von der Regierung zurückgezogen, als sich der Widerstand der Industrie und der Konservativen abzeichnete und die Regierungsvorlage im Reichstag und im Bundesrat keine Mehrheit fand.

⁵⁶⁾ Belege für diese Haltung gibt *Stegmann*, S. 197 ff., 208 ff. 1910 lebte die Forderung nach Schaffung staatlicher Ausnahme Gesetze wieder auf: Übereinstimmend plädierten schwer-industrielle und konservative Kreise für die Wiedereinführung der Sozialistengesetzgebung.

⁵⁷⁾ Rückblickendes Urteil Gustav Krupps von Bohlen und Halbach in einem Brief an seinen Direktor Haux vom 7. April 1917, zit. bei *Dankwart Guratzsch*, Macht durch Organisation. Die politische Rolle Alfred Hugenbergs in der Wilhelminischen Gesellschaft, phil. Diss. Hamburg 1971, S. 581.

⁵⁸⁾ Zit. bei *Stegmann*, S. 213; vgl. auch die Ausführungen des sozialliberalen Oberbürgermeisters von Hagen, Cuno, der am 6. Juni 1910 auf der bereits mehrfach erwähnten Sitzung der 4. Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt (*Aufgaben und Ziele der Fabrikwohlfahrtspflege*, S. 251) konstatierte, »daß die Strömung der Arbeitgeberschaft gerade jetzt außerordentlich einem Zusammenarbeiten mit der Arbeiterschaft abgeneigt ist, daß die Stimmung, die ausgeht von dem Zentralverbände der Industriellen und ihm gleich-gesinnten Arbeitgeberverbänden, hauptsächlich in der rheinisch-westfälischen Großindustrie, entschieden im Fortschreiten begriffen ist«.

⁵⁹⁾ Von diesen Arbeitern waren 102 200 in der metallverarbeitenden Industrie, 12 000 in der chemischen Industrie und 65 000 in Bergbau- und Hüttenbetrieben beschäftigt, vgl. *Emil Lederer/Jakob Marschak*, Die Klassen auf dem Arbeitsmarkt, in: GdS, IX, 2, Tübingen 1927, S. 188, Anm. 3. Ein handwerklich-mittelständisches Element war von Anfang an vorherrschend, es verstärkte sich noch 1913, als mit dem Vorsitzenden des Hauptausschusses, dem Angestellten im Heuerbüro der HAPAG, J. Chr. Jensen, ein Exponent dieser Gruppe die Führung übernahm. Zu Jensen vgl. *Stegmann*, S. 267, 335 ff.

die Essener Zentrale des *Bundes Deutscher Werkvereine* übergang, die vom Kruppschen Direktorium ferngesteuert wurde.⁶⁰⁾

Dieser relative Machtzuwachs der Großindustrie — Emil Lederer konstatierte 1913, daß bereits ein »geringer Prozentsatz gelb organisierter Arbeiter genügt, um die Aktionen der unabhängigen Gewerkschaften zu vereiteln«^{60a)}, und Max Weber klagte Ende 1912 über die »zunehmende Aussichtslosigkeit geordneter Streiks«^{60b)} im Zuge dieser Entwicklung — korrespondierte auf dem Produktionssektor mit einer neuen Welle von Kartellierungen und Konzentrationen⁶¹⁾; sie beschränkte sich nicht nur auf den Montansektor, den Bereich der Elektro- (Herausbildung der Großkonzerne Siemens und AEG) oder der Chemieindustrie (1904 kam es zum Abschluß einer Verkaufsvereinigung zwischen den deutschen Farbenfabriken), sondern griff auch auf die Fertigwarenindustrie über, die ihrerseits durch die Bildung von sog. Konditionenkartellen kooperative Unternehmensformen ausbildete. Hand in Hand mit dieser Entwicklung ging die Kapitalkonzentration in einigen wenigen Großbanken (Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank). Der Eintritt der deutschen Wirtschaft in ihre reife, monopolistische Phase seit etwa 1910 verstärkte die Abwehrmechanismen gegenüber der organisierten Arbeiterschaft, aber auch gegenüber der Angestelltenschaft im industriellen Großbetrieb in hohem Maße. Friedrich Naumann sprach bereits 1908 von einem »neuen Feudalismus« mit »unerhört starken wirtschaftlichen Mitteln«⁶²⁾, dem gegenüber die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft immer mehr zur Ohnmacht verurteilt sei. Das Ziel

⁶⁰⁾ Vgl. dazu die anhand der Kruppakten gearbeitete Studie von *Mattheier*.

^{60a)} *Emil Lederer*, Die wirtschaftlichen Organisationen, Leipzig/Berlin 1913, S. 51 f.

^{60b)} Zit. bei *W. J. Mommsen*, Max Weber und die deutsche Politik, S. 135.

⁶¹⁾ Zur Konjunktorentwicklung nach der Zwischenkrise von 1907/8 vgl. vor allem die Bücher von *Arthur Feiler*, Das Ende der Hochkonjunktur, Frankfurt 1908; *Joseph Esslen*, Konjunktur und Geldmarkt 1902—1908, Stuttgart/Berlin 1909 sowie wiederum *A. Feiler*, Die Konjunktur-Periode 1907—1913 in Deutschland, Jena 1914. Das Jahr 1910 brachte nach dem Konjunkturrückgang eine neue Stufe in der Konzentrationsbildung: Die AEG erhöhte ihr Aktienkapital durch Aufsaugen der Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke von 100 Millionen Mark auf 130 Millionen; 1912 übernahm Siemens, nach Sondierungen seit 1910, endgültig die Bergmann-Werke unter Erhöhung ihres Aktienkapitals, vgl. *Kocka*, S. 328 f.; aber auch auf dem Montansektor verstärkten sich die monopolistischen Tendenzen: Gründung der Vereinigung deutscher Hochofenwerke G. m. b. H. als Vereinigung der starken Außenseiter in Oberschlesien (Eisenwerk Kraft) und an der Ostsee (Lübecker Hochofenwerk) mit dem oberschlesischen Roheisensyndikat und den großen gemischten rheinisch-westfälischen Hochofenwerken. Die in diesem Bunde noch fehlenden Siegerländer und Lothringer Werke schlossen sich später dem allgemeinen großen Roheisenverband (1910) an. Gleichzeitig gliederten die großen Gemischtkonzerne wie die Gelsenkirchener Bergwerks AG, der Phoenix, die Gutehoffnungshütte sich Röhrenwerke an, d. h. gingen in die Verarbeitung hinein. Parallel dazu nahm die Tendenz zum gemischten Konzern, zur vertikalen Konzentration, zu. Im gleichen Jahr 1910 erhöhte die Stinnessche Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-Gesellschaft ihr Aktienkapital auf das Doppelte, nämlich von 50 auf 100 Millionen Mark; die GBAG steigerte ihr Aktienkapital über 119 Millionen im Jahre 1904 und 130 Millionen 1906 auf 180 Millionen 1911; die Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb über 35 Millionen 1904/5 und 100 Millionen 1906 auf 106 Millionen 1911.

⁶²⁾ *F. Naumann*, Das Schicksal des Marxismus, in: Die neue Rundschau, Jg. 19, Bd. 4, Okt. 1908, S. 1393—1410; aufgegriffen von *Karl Kautsky*, Der Weg zur Macht, Berlin 1909, 2. Aufl. 1910, ND 1972, hrsg. und eingel. von *G. Fülberth*, S. 35; Kautsky, ebda., S. 81, fand diese Interpretation Naumanns zwar übertrieben, mußte aber einräumen: »Ganz willenlos sind ihnen [den Unternehmerverbänden] gegenüber die Gewerkschaften nicht. Aber ihr siegreicher Vormarsch findet sich in den letzten Jahren immer mehr gehemmt, sie werden allenthalben in die Defensive gedrängt, dem Streik wird die Aussperrung immer öfter und immer wirksamer entgegengesetzt. Die günstigen Zeitpunkte, in denen sie noch erfolgreich Schlachten schlagen können, werden immer seltener.«

dieses Industriefeudalismus sei, so resümierte er bündig, »der herrschaftstreue Untertan«.^{62a)}

b) Die Haltung gegenüber der Angestelltenschaft

In die Trendperiode der Großen Depression 1873–1896 fallen auch erste Ansätze eines organisatorischen Zusammenschlusses des unselbständigen Mittelstandes, des sog. *Neuen Mittelstandes*, d. h. von kaufmännischen und technischen Angestellten in Handel und Industrie.^{62b)} Trotz ihres zahlenmäßigen Wachstums, das relativ größer war als das der Industriearbeiterschaft, wurde diese soziale Schicht erst nach der Jahrhundertwende ein politischer Faktor. Besonders im industriellen Großbetrieb (Betrieben mit mehr als 50 beschäftigten Personen) kam es im Zuge der verstärkten Arbeitsteilung zu einem Anstieg der Angestelltenzahlen, der stärker war als in den Bereichen Handel und Verkehr.⁶³⁾

^{62a)} F. Naumann, *Neudeutsche Wirtschaftspolitik*, Berlin-Schöneberg 1907, S. 328, dort bereits auch die 1908 wiederaufgenommene Analyse des »neuen Feudalsystems« innerhalb der Großindustrie. Für die Zäsur 1910 vgl. weiterhin R. Hilferding, *Finanzkapital*, ND 1947, S. 498 f.; von bürgerlicher Seite vgl. die Arbeiten von Friedrich Naumann, *Eine soziale Zeitfrage*, in: *Die neue Rundschau*, Bd. 1, 1910, S. 29 ff., der gegen die Errichtung eines Arbeitsnachweises seitens des Zechenverbandes ab Januar 1910 protestierte, sowie den Kommentar Waldemar Zimmermanns von der Gesellschaft für Soziale Reform: Buecks sozialpolitisches Testament, in: *Soziale Praxis* Nr. 11, 15. Dez. 1910, Sp. 321 ff. Im gleichen Jahr legte Alexander Tille, der einstige Vertraute Stumms, 1900–1903 stellv. Geschäftsführer des CDI, zu diesem Zeitpunkt Ausschußmitglied des CDI und Geschäftsführer der saarindustriellen Industrie- und Arbeitgeberverbände, seine Bücher: *Die Berufsstandspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes*, Berlin 1910 ff., 4 Bde., vor, in denen sich das Credo der Schwerindustrie unverhüllt niederschlägt. Nach Götz Briefs, *Das gewerbliche Proletariat*, GdS, IX, 1, 1926, S. 226, Anm. 1, verband sich in Tilles Gesellschaftsphilosophie, der sog. *Dynameokratie*, der »schlechtverstandene Kulturindividualismus Nietzsches mit einem groben schwerindustriellen Gewaltmenschen zum einer Fratze«.

Auch die verstärkte Zusammenarbeit Kirdorfs und Hugenbergs mit dem extrem nationalistischen Alldeutschen Verband seit 1910 zeigt deutlich die Radikalisierungstendenzen im schwerindustriellen Unternehmertum, vgl. Stegmann, a. a. O.

^{62b)} Bereits seit 1858 bestand in Hamburg der Verein für Handlungs-Commis, der sog. 58er Verein; 1873, auf dem Tiefpunkt der Konjunktur, wurde in Berlin der Verein der Deutschen Kaufleute gegründet, 1881, wiederum am Tiefpunkt der konjunkturellen Entwicklung nach dem kurzen Zwischenhoch der Jahre 1879 ff., der Verband deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, 1884 der Deutsche Werkmeister-Verband und der Deutsche Techniker-Verband; 1893 endlich, auf dem Höhepunkt der erneuten Abschwungphase in den 90er Jahren, wurde der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV) in Hamburg gegründet, vgl. dazu Wilhelm Kulemann, *Die Gewerkschaftsbewegung*, Jena 1900; J. Kocka, *Unternehmensverwaltung*, die bisher sorgfältigste und erschöpfendste Fallstudie am Beispiel der Entwicklung eines Konzerns; ders., *Vorindustrielle Faktoren in der deutschen Industrialisierung. Industriebürokratie und »neuer Mittelstand«*, in: *Das kaiserliche Deutschland*, hrsg. v. M. Stürmer, Düsseldorf 1970, S. 265 ff.

⁶³⁾ Die Zuwachsraten im Handel stiegen von 65 (auf jeweils 1000 Beschäftigte) im Jahre 1882 über 83 1895 auf 113 im Jahre 1907; in der Industrie im gleichen Zeitraum von 20 über 33 auf 57. Allein bei Siemens stieg die Anzahl der Angestellten von 360 im Jahre 1890 über 685 1895 auf 12 502 im Jahre 1912, die der Arbeiter nur von 2540 auf 44 378, d. h. während die Angestelltenschaft um das 34fache zunahm, stieg die Zahl der Arbeiterschaft nur um das 16fache, vgl. Kocka, *Unternehmensverwaltung*, S. 468. Im größten Unternehmen der Montanindustrie, der GBAG, waren dagegen 1908 neben 44 343 Arbeitern nur 1705 Beamte beschäftigt, vgl. Robert Liefmann, *Kartelle und Trusts und die Weiterbildung der wirtschaftlichen Organisationen*, 2. Aufl., Stuttgart 1910, S. 124; bei Krupp, dem größten Konzern überhaupt, waren am 2. April 1907 neben rd. 64 000 Arbeitern 5498 Beamte beschäftigt, vgl. *Adreßbuch der Hütten- und Walzwerke 1908/9*, Dresden 1909, S. 190. Nach Lederer/Marschak, *Der neue Mittelstand*, in: GdS, IX, 1, 1926, stieg die Zahl der in Industrie, Bergbau und Baugewerbe beschäftigten Angestellten von 263 745 Personen 1895 auf 686 007 1907, im Handel und Verkehr nur von 468 491 auf 835 303.

Die soziale Lage dieser Gruppen unterschied sich zwar immer weniger von der der Industriearbeiterschaft⁶⁴), trotzdem gelang es aber der Sozialdemokratie nicht, diese Schichten für die eigene Politik zu mobilisieren: »Nationale« Gesinnung, zum Teil Antisemitismus (wie beim Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband) als Abwehrideologien, ein spezifisch »mittelständisches« Gesellschaftsbild, verwiesen sie an die Seite der Ordnungsparteien.⁶⁵) Die Reklamierung dieser Sonderstellung innerhalb der Arbeitnehmer, welche sich zwar mit der dauernd unselbständigen Berufstätigkeit beschied, im Rahmen derselben aber eine mittelständische Lebenshaltung durch Stabilisierung der individuellen Situation im Betrieb erreichen wollte, führte notwendig zu einem Gegensatz zur Arbeiterpolitik und vor 1914 zu keinem Bündnis mit den Gewerkschaften, vor allem nicht mit den Freien Gewerkschaften. Die bei allen Verbänden sehr stark vorhandene Absetzungstendenz gegenüber der Arbeiterschaft führte zu harmonistischer Politik, teilweise zu paritätischer Organisation von Gehilfen und Prinzipalen; gewerkschaftliches Bewußtsein blieb ihnen lange Zeit fremd. Das gilt fast uneingeschränkt für die Angestellten im Handel, aber auch für die sog. Industriebeamten, d. h. die technischen sowie kaufmännischen Angestellten im industriellen Großbetrieb, deren Verhältnis zur Unternehmerschaft im Vordergrund der Untersuchung stehen soll.⁶⁶)

Der Konservatismus verhielt sich den Angestellten gegenüber schon aufgrund seiner seit den 90er Jahren verstärkten Orientierung auf den sog. Alten Mittelstand und angesichts der zahlenmäßigen Schwäche der Angestelltenbewegung gleichgültig; in der Handlungsgehilfenbewegung suchte er allein die Gruppen zu unterstützen, die ein ähnliches Gesellschaftsbild propagierten. So bestanden, vermittelt durch den langjährigen deutsch-sozialen Reichstagsabgeordneten Schack, bis 1911 gute Beziehungen zu der damals schon mitgliederstärksten Handlungsgehilfenorganisation⁶⁷), dem antisemitischen *Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband*. In dem Maße, in dem auch hier emanzipatorische Strömungen die Oberhand gewannen — so proklamierte der Verband 1911 seine partei-

⁶⁴) Vgl. die Motivation bei der Gründung im 1. Jahrgang 1894 der neuen Verbandszeitschrift: Man wolle den »großen Teil des deutschen Mittelstandes, den unser Stand bildet, vor der Proletarisierung, vor dem Untergang, [...], bewahren«, zit. bei *Iris Hamel*, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 1893—1933, Frankfurt 1967, S. 10; seit der Jahrhundertwende verwischte sich der bis dahin noch vorhandene Verdienstunterschied ständig, vgl. *Kocka*, Unternehmensverwaltung, S. 463 ff.; vgl. auch die Einschätzung Stresemanns 1914: »Der Fabrikarbeiter ist heute im allgemeinen besser gestellt als der kaufmännische Angestellte«, Stresemann an Mühlberg, 5. Juni 1914 (PA des AA, Bonn, NL Stresemann, Bd. 138). *Emil Lederer* konstatierte 1912 bündig: »Der größte Teil der Angestellten kämpft gegen die Proletarisierung und ist [...] konservativ«, in: Deutsche Wirtschafts-Zeitung (DWZ) Nr. 16/17, 9. Sept. 1912, Sp. 749 ff.

⁶⁵) Vgl. dazu den repräsentativen Aufsatz von *H. J. Thissen* (langjähriger führender Funktionär in der Handlungsgehilfen- bzw. Technikerbewegung), Angestelltenverbände und Arbeiterbewegung, in: DWZ Nr. 3, 1. Febr. 1912, Sp. 116 ff.; den »meisten Angestellten« wohne ein »im modernen Sinne mittelständisches Bewußtsein« inne und eine »mittelständische Entwicklung als Ziel«; *ders.*, Privatangestellte und Kapitalismus, in: DWZ Nr. 11, 1. Juni 1912, Sp. 475 ff. und Nr. 12, 15. Juni 1912, Sp. 521 ff.

⁶⁶) Vgl. *Wilhelm Mertens*, Zur Bewegung der technischen Privatangestellten, in: AfSS, Bd. 25, 1907, S. 649 ff.; *Richard Woldt*, Das großindustrielle Beamtentum. Eine gewerkschaftliche Studie, Stuttgart 1911; *Max Prager*, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Privatangestellten, in: Süddeutsche Monatshefte (SDMH), Jg. 11, Bd. 1, Febr. 1914, S. 608 ff.; *ders.*, Gewerkschaftspolitik der Privatangestellten, in: SDMH, 2, 1914, S. 90 ff.; *Kocka*, passim.

⁶⁷) Vgl. dazu die Studie von *I. Hamel* (Anm. 64); Wachstum des DHV: 1894 160, 1898 18 277, 1903 50 216 und 1911 bereits 121 032 Mitglieder.

politische Neutralität —, zum Teil bereits auch gewerkschaftliche Tendenzen sich verstärkten, wurde die Basis für ein Zusammengehen immer brüchiger. Ähnlich entwickelte sich die Stellung des Konservatismus zu den sog. *Industriebeamten*: Der konservative Reichstagsabgeordnete und langjährige Chefredakteur der agrarischen »Deutschen Tageszeitung« (Organ des BdL) führte bereits vor 1914 aus^{67a)}:

»Die Werkmeister, Vorarbeiter und Aufseher in den Großbetrieben, die Rayonchefs der Warenhäuser und die Lagerhalter der Konsumvereine, das sind die Männer des zukünftigen Mittelstandes. Wie kann man sie mit den selbständigen Bauern und Handwerkern vergleichen? Sie sind prädestiniert zu Führern der Sozialdemokratie und nicht zu Stützen des Thrones.«

Es war so nur folgerichtig, daß der BdL bereits 1911 darauf verzichtete, Angestelltenpolitik zu betreiben; im Gegenteil, durch die Gründung des *Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes* 1911 suchte er vor allem Kleingewerbe und Detaillisten für konservative Interessen zu mobilisieren.⁶⁸⁾

Das großindustrielle Unternehmertum seinerseits hatte bereits sehr früh durch die Schaffung eines quasi-Beamtenstatus für die Angestellten die Entstehung bzw. das Wirksamwerden eines eigenständigen Klassenbewußtseins zu hindern gesucht. Schon die Kennzeichnung als Industriebeamte bzw. Privatbeamte zeigt, in welchem Maße vorindustriell-bürokratische Leitbilder als Integrationsinstrument dienten.⁶⁹⁾

In dem Umfang jedoch, in dem diese soziale Gruppe zahlenmäßig wuchs und gewerkschaftliche Tendenzen nach der Jahrhundertwende trotz der Beibehaltung der integrationistischen Politik zunahmen, bildeten sich auch in diesem Bereich sozialpolitische Kampffronten heraus. Dieser Prozeß eines langsam erwachenden Klassenbewußtseins fällt nicht von ungefähr zusammen mit der Gründung von Rohstoff- und Halbfabrikatsyndikaten auf dem Kohle-, Eisen- und Stahlsektor 1904, die ihrerseits einen großen Teil der verarbeitenden Industrie, vor allem im Maschinenbau, von sich abhängig machen konnten, und der Herausbildung großer Elektro- und Chemiekonzerne. Damit verschlechterte sich langfristig die soziale Lage der Industrieangestellten. Während die alten paritätischen Harmonieverbände das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf Petitionen und Unterstützungseinrichtungen gelegt hatten, setzten sich in den jetzt entstehenden Organisationen neue Tendenzen durch: Der 1904 gegründete *Bund der technisch-industriellen Beamten (Butib)*, der vor allem die Techniker in der Maschinenbau-, Elektro- und Schwerindustrie organisierte, war der erste gewerkschaftliche Angestelltenverband überhaupt.⁷⁰⁾ Sehr früh setzte er sich durch die Forderung einer Reform des Arbeitsvertrages sowie von Mindestgehältern von den alten Harmonieorganisationen wie dem *Deutschen Werkmeisterverband* oder dem *Deutschen Technikerverband* ab und proklamierte die »tatkraftige Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Stellung des industriellen Beamten [...] auf gewerkschaftlicher Grundlage«.⁷¹⁾ Unter dem Einfluß

^{67a)} Zit. bei M. Prager, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Privatangestellten, a. a. O., S. 609, Anm. 1.

⁶⁸⁾ Vgl. die Art. Handwerk und Mittelstandsbewegung, in: Agrarisches Handbuch, hrsg. vom BdL, 1911; Stegmann, S. 249 ff.

⁶⁹⁾ Vgl. dazu die ausgezeichneten Darlegungen bei Kocka, passim.

⁷⁰⁾ Vgl. dazu die in Anm. 66 angegebene Literatur sowie *25 Jahre Technikergewerkschaft, 10 Jahre Butib*. Festschrift zum 25jährigen Jubiläum des Bundes der technisch-industriellen Beamten (Butib) ..., Berlin 1929.

⁷¹⁾ Unser Programm, in: *25 Jahre Technikergewerkschaft* ..., S. 24 ff.

des Butib wandelte sich auch die Politik der älteren Technikerverbände, die ihre alte paritätische Linie langfristig durch Übernahme gewerkschaftlicher Strategien ersetzten, ein Prozeß, der aber erst kurz vor Kriegsausbruch deutlicher wurde.⁷²⁾

Obwohl diese Entwicklung seit 1904 erst in kleinsten Ansätzen sichtbar wurde und sich vorerst die Neuorientierung darauf beschränkte, beispielsweise von der überlieferten paritätischen Organisationsform abzugehen, genügte dies schon, um eine konzentrierte Abwehrstellung der großindustriellen Unternehmerschaft hervorzurufen.^{72a)} Zu einem ersten Höhepunkt führte diese Abwehrhaltung im Jahre 1908, als ein maßgeblich von dem MAN-Direktor Guggenheimer inspiriertes geheimes Rundschreiben an die dem Verband Bayerischer Metallindustrieller angeschlossenen Betriebe bekannt wurde, das vor allem die Angehörigen des Butib, aber auch des Deutschen Technikerverbandes sowie der großen kaufmännischen Angestelltenverbände entweder ganz von der Einstellung ausnehmen, bereits Aufgenommene nach Möglichkeit wieder entfernen oder sie zum Austritt aus ihrer Organisation bewegen wollte, und zwar durch Unterschreiben sog. koalitionsfeindlicher Reverse.⁷³⁾ Wenn auch der *Verband Bayerischer Metallindustrieller* auf Druck der Öffentlichkeit und der bayerischen Regierung einen gewissen Rückzug antreten, seinen Angriff auf das Koalitionsrecht der Angestellten zumindestens verbal rückgängig machen mußte und sein pauschales Verdammungsurteil aller Handlungsgehilfenverbände sowie aller Technikerorganisationen modifizierte, so wurde doch, vor allem gegenüber dem Butib, die harte Linie durchgehalten. Die »Etablierung eines unbeschränkten Herrschaftsverhältnisses, das ermöglicht, den Arbeitnehmer die Gebrauchmachung von seinem Koalitionsrecht zu verbieten und die Lohn- und Arbeitsbedingungen einseitig zu diktieren«⁷⁴⁾, blieb im konservativen Unternehmertum verbindliche Politik. 1909 entließ z. B. der Generaldirektor der oberschlesischen Giesche-Gruben, Uthemann, zwölf technische Gruppenbeamte kurzerhand, weil ihr Verband, wie er monierte, »die Unverschämtheit hatte, sich in die Angelegenheiten unseres Werkes zu mischen und einen Protest der technischen Grubenbeamten gegen ihren Brotherrn zu veranlassen«; das Koalitionsrecht der Angestellten hielt Uthemann schlicht für »Unsinn«.⁷⁵⁾ Noch deutlicher wurde dieser schroffe Herr-im-Hause-Standpunkt 1911, als es im Zuge lohnpolitischer Forderungen der Angestellten eines Eisenkonstruktionsunternehmens in Berlin zu einem regelrechten Streik von 227 Eisenkonstrukteuren — dem ersten Streik industrieller

⁷²⁾ Vgl. *25 Jahre Technikergewerkschaft*, S. 52 ff. (am Beispiel des Deutschen Techniker-Verbandes); für den Deutschen Werkmeister-Verband vgl. *M. Prager*, Gewerkschaftspolitik, a. a. O., S. 93 f.: »Soweit in den Werkmeisterverbänden die Neigung zu aktiver Gewerkschaftspolitik hervortritt, geht diese charakteristischerweise von den jüngeren Mitgliedern und insbesondere von den in den Groß- und Riesenbetrieben Beschäftigten aus.«

^{72a)} *Kocka*, Unternehmensverwaltung, S. 510 ff., gibt Hinweise dafür, daß seit 1905 bei Siemens die Organisationsversuche von technischen und kaufmännischen Angestellten durch Entlassung der »Propagandisten« abgestoppt wurden; weitere Beispiele bei *Woldt*, S. 79 f.

⁷³⁾ *Carl König*, Der Bund technisch-industrieller Beamter in Berlin und seine Ziele. Zusammengestellt im Auftrag des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller, Nürnberg 1909; *Georg Bernhard*, Nürnberger Sozialpolitik, in: März, III, 3. Juli 1908, S. 72 ff.; *25 Jahre Technikergewerkschaft*, S. 31 ff.; *Schnorbus*, S. 181 f.; *Kocka*, Unternehmensverwaltung, S. 511 f.; *Stegmann*, S. 212 ff.

⁷⁴⁾ So die Charakteristik bei *Prager*, Gewerkschaftspolitik, a. a. O., S. 99.

⁷⁵⁾ Zit. nach *M. Prager*, Gewerkschaftspolitik, a. a. O., S. 100.

Angestellter überhaupt — kam.⁷⁶⁾ Die Lohnbewegung sowie der Streik wurden von dem Butib wie vom Deutschen Technikerverband offiziell unterstützt; daraufhin veranlaßte der schwerindustrielle Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf durch Schreiben vom 5. September 1911, d. h. rund einen Monat vor dem offiziellen Streikbeginn, die Zahl der dem Butib angeschlossenen Techniker in den dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Betrieben im Ruhrgebiet festzustellen. Besonders scharf reagierte die Direktion der Gutehoffnungshütte in Oberhausen-Sterkrade: Auf Druck der Werksleitungen wurden die im Butib organisierten Techniker, Ingenieure und Werkmeister entweder gezwungen, aus dem Verband auszutreten, oder aber ihnen wurde nach Ablauf der Fristen gekündigt. Auch die Kölner Stahlfirma van der Zypen & Charlier verlangte ein ultimatives Vorgehen aller Werke: Die Gutehoffnungshütte teilte der Nordwestlichen Gruppe in Düsseldorf am 27. Oktober 1911 mit, daß von insgesamt 44 organisierten Technikern 38 freiwillig aus dem Butib bzw. dem Deutschen Technikerverband ausgetreten seien und einen koalitionsfeindlichen Revers unterschrieben hätten; sechs hingegen hätten den Austritt verweigert; ihnen sei gekündigt worden. Die Gutehoffnungshütte ging noch einen Schritt weiter, indem sie die Namen der Gekündigten an den Arbeitgeberverband weitergab, und zwar mit der Auflage, diese jedem Verbandsmitglied bekanntzugeben, das dann gehalten sei, sie nicht einzustellen. Auch die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin sollte diese Namen archivieren.

Auf einer Sitzung, die der *Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller* für den 30. Oktober 1911 nach Berlin einberief⁷⁷⁾, sollte dann die einzuschlagende Taktik noch einmal grundsätzlich abgeklärt werden: Borsig teilte hier mit, daß von den in den Berliner Werken beschäftigten Technikern rund 75% dem Butib angehörten; unterstützt von v. Rieppel (MAN) und dem Vorsitzenden des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände, Garvens, wollte Borsig zwar das Vorgehen der Gutehoffnungshütte durchaus anerkennen, bezeichnete es aber als zu weitgehend, »besonders für Berliner Verhältnisse. Man müsse auch auf die bevorstehenden Reichstagswahlen Rücksicht nehmen und deshalb z. Zt. scharfe Maßnahmen vermeiden. Für später sei diese Forderung nach Ausstellung eines Reverses zu empfehlen«. Ähnlich argumentierte Landrat a. D. Roetger für die dem CDI unterstellte Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, der das Vorgehen der Gutehoffnungshütte verteidigte, aber anerkannte, daß dem »Gesamtverband [Deutscher Metallindustrieller] durch die ihm angeschlossenen kleinen und kapitalschwachen Firmen eine nachgiebigere Haltung vorgeschrieben wird«.

Dieses Dokument zeigt noch einmal mit aller Deutlichkeit den kompromißlosen Kurs der Montan- und Metallindustriellen: Die Emanzipationsbewegung der Privatangestellten sollte ähnlich wie die der Arbeiterschaft aufgehalten, die patriarchalisch-autoritäre

⁷⁶⁾ Das folgende nach den Akten in der Gutehoffnungshütte, H.A./GHH Nr. 300 1038/1; vgl. bereits das Rundschreiben des CDI vom 14. Juli 1911 (MAN-Archiv, NL Guggenheimer): »Der wirtschaftliche Kampf zwischen den Unternehmern und Angestellten hat in den letzten Jahren nicht nur an Ausdehnung gewonnen, sondern auch auf seiten der Arbeitnehmer einen Grad der Schärfe erreicht, der im Lager der Angegriffenen begründete Sorge um die Zukunft hervorrufen muß.«

⁷⁷⁾ Teilnehmer waren von der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Roetger und Tänzler, vom Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller v. Rieppel und v. Borsig, vom Verein Deutscher Arbeitgeberverbände Garvens und von der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Reusch (GHH) und Hoff. Den Vorschlag, einen koalitionsfeindlichen Revers obligatorisch einzuführen, hatte Reusch gemacht.

Betriebsverfassung aufrechterhalten werden. Ihre Haltung war geprägt durch den gesellschaftlichen Militarismus (Wehler) der Wilhelminischen Epoche, der widerspruchslose Unterordnung unter die ›Autorität‹ verlangte; dieses Gesellschaftsbild kommt auch in einer Denkschrift der bereits erwähnten Gutehoffnungshütte aus dem gleichen Jahre (1911) in geradezu klassischer Form zum Ausdruck, in der zur gewerkschaftlichen Politik und zum Streik grundsätzlich Stellung bezogen wurde:

»Was würde diese treue Arbeiterschaft [d. h. die seit Generationen mit dem Werk ›verwachsene‹, nicht sozialdemokratisch bzw. überhaupt gewerkschaftlich orientierte Belegschaft] denken und fühlen, wenn eines Tages durch den Streik einiger Dutzend Beamte das Werk lahmgelegt würde, wenn sie, die Soldaten, ihre Unteroffiziere, die Unterbeamten, meutern sähen! Der bisherige durch die gesunden inneren Verhältnisse unseres Werkes bedingte Friede wäre für immer dahin, dank dem zersetzenden Ferment einiger nicht bodenständiger, aber zu spät beachteter schädlicher Fremdkörper.«

Man blieb indes bei einer reinen Defensivpolitik nicht stehen; im März 1912⁷⁸⁾ wurden defensive und offensive Kampfmaßnahmen miteinander gekoppelt: Errichtung einer zentralen Auskunftstelle über die einzelnen Technikerverbände bei der Hauptstelle in Berlin, öffentliche Aufklärung über die gewerkschaftlichen Zielsetzungen dieser Gruppen in Form verstärkter Pressepropaganda, Einflußnahme der Hauptstelle und der regionalen Arbeitgeberorganisationen auf Schulen etc. im Sinne antigewerkschaftlicher Orientierung, Aufnahme von Kontakten mit anderen Arbeitgeberverbänden und auch mit harmonistischen kaufmännischen Standesorganisationen. In diesen Richtlinien zeichneten sich ähnliche Methoden ab, wie sie gegenüber der Arbeiterschaft bereits praktiziert wurden: zentrale schwarze Listen als wichtigstes Reglementierungsinstrument, weiter der Versuch, Zusammenschlußbestrebungen innerhalb der Angestelltenverbände zu verhindern und durch Förderung paritätischer Organisationen gewerkschaftliche Tendenzen abzustoppen. 1913 ging man einen Schritt weiter, indem man das System der »gelben« Arbeitervereine durch den Aufbau selbständiger »gelber« Angestelltenvereine zu ergänzen versuchte, obwohl auch hier Ansätze in dieser Richtung bereits früher deutlich sind.⁷⁹⁾ Seit Herbst 1912 riefen nämlich einzelne Metallindustrielle wie der Verein der Metallindustriellen in Hannover unter Leitung des späteren Vorsitzenden der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (seit 1913 Dachorganisation der beiden fusionierten

⁷⁸⁾ H.A./GHH a. a. O.; vor allem Tille polemisierte hier scharf gegen den Werkmeisterverband; der Syndikus der Hannoverschen Metallindustriellen, Rocke, wandte sich auch gegen die gewerkschaftlichen Tendenzen im Bund der kaufmännischen Angestellten, einer Hilfsorganisation des Butib, und den DHV. Weitere Teilnehmer dieser zentralen Konferenz waren neben Tänzler (Hauptstelle) Bergrat Siemens (Halle) vom Deutschen Braunkohlenverein, Wenzel (Vors. des Vereins Deutscher Wollkämmer und Kammgarnspinner), Roetger (CDI, Hauptstelle) sowie Woltmann (Direktor der GHH).

⁷⁹⁾ So bestand schon seit 1909 der Verein der Angestellten der großen Berliner Straßenbahn; bereits 1907/08 regte Lebius in einem Brief an den Syndikus der Bayerischen Metallindustriellen, König, anknüpfend an dessen Artikel mit ähnlichem Tenor in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung (DAGZ), an, ob man »vielleicht für die Techniker und Privatbeamten eine gelbe Arbeitnehmerorganisation schaffen sollte«, zit. in: *Der gelbe Sumpf*, S. 15; 1911, als die BASF einen gelben Arbeiterverein gründete, forderte die Firmenleitung auch ihre Angestellten »im Interesse des Geschäfts« zum Beitritt als außerordentliche Mitglieder auf, vgl. A. Schnorbus, S. 190.

Arbeitgeberzentralen), Garvens, zur Gründung »gelber« Organisationen⁸⁰⁾ auf: Mit Hilfe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie wurden in Hannover eine *Nationale Technikerschaft* und in Breslau eine *Standesvereinigung Deutscher Techniker* gegründet. Im Frühjahr 1913 endlich, bei der Gründung der *Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände*, soll nach Berichten des Butib offiziell die Parole ausgegeben worden sein, den Kampf gegen die Technikerverbände aufzunehmen, sobald die Konjunktur abzuflachen beginne: Dann sollten systematisch die technischen Angestellten den »gelben« Werkvereinen als Mitglieder zugeführt werden. Ende 1913, als sich tatsächlich die ersten Anzeichen einer konjunkturellen Abschwächung bemerkbar machten, setzte Krupp diese Konzeption in die Tat um.⁸¹⁾ Bis Anfang 1914 waren die »gelben« Angestellten noch organisatorisch mit dem Nationalen Arbeiterverein bei Krupp verbunden, dem sie als außerordentliche Mitglieder beitreten mußten. Dann schieden sie aus dem Arbeiterverein aus und konstituierten sich im Verein der Kruppschen Beamten als selbständige Gruppe mit eigenem Mitteilungsblatt; ihre am 18. Januar 1914 beschlossenen Richtlinien orientierten sich am Vorbild des Bundes Deutscher Werkvereine. Die Einrichtung von Unterstützungs-, Konfirmanden-, Militär-, Sterbe- und Krankenhilfskassen und später die Gründung einer Baugenossenschaft hatten auch hier die analoge Disziplinierungsfunktion, die die Arbeiterwerkvereine erfüllten.

II. RADIKALISIERUNGSTENDENZEN 1910 – 1914

Der Gleichklang ideologischer Grundmuster — die gemeinsame Orientierung an vorindustriell-ständisch-autoritären Leitbildern — führte, abgesehen von dem Gleichklang allgemeinpolitischer und speziell wirtschaftspolitischer Ziele, zu einer an Festigkeit zunehmenden sozialpolitischen Einheitsfront zwischen großindustriellem Unternehmertum und politischem Konservatismus.⁸²⁾ Dieser Prozeß gewann spätestens seit 1910 schärfere Konturen und artikulierte sich zunehmend in gleichgerichteten Aktionen. Schon 1908 hatten Kontaktgespräche zwischen dem BdL und dem Stahlwerksverband stattgefunden; der Landrat a. D. Heydweiler (MdA), der als Vermittler zwischen beiden

⁸⁰⁾ Vgl. die Schrift des Butib, *Moderne Inquisition*. Ein Beitrag zur Persönlichkeitskultur in der deutschen Industrie (= Schriften des Butib, Nr. 28), Berlin 1913, S. 4 ff.; dort auch die Rundschreiben Garvens' vom Oktober 1912 und die Reaktion der einzelnen Firmen sowie der Angestellten; *25 Jahre Technikergewerkschaft*, S. 72 ff., sowie das Referat Schweitzers auf dem 11. Bundestag des Butib im Dezember 1913, zit. nach: Berliner Tageblatt Nr. 650, 23. Dez. 1913 (»Die technisch-industriellen Beamten gegen den Hansabund«), vgl. auch Otto Schweitzer, *Koalitionsrecht und Arbeitgeber*. Referat, erstattet dem 11. ordentl. Bundestag der techn.-industr. Beamten (= Schriften des Butib, Nr. 33), Berlin o. J., bes. S. 11 ff.

⁸¹⁾ Vgl. dazu die Werbeschrift des Geschäftsführers des Vereins der Kruppschen Beamten, Heinrichsbauer, vom Sommer 1918: *August Heinrichsbauer*, Die Privatangestellten der Großbetriebe und ihre Organisation, Essen 1918; danach hatte der Kruppsche Verein 1913 rd. 1400 Mitglieder (S. 76), Mitte 1918 rd. 2700 (Der Arbeitgeber, Nr. 15, 1. Aug. 1918, sprach von 1100 1913 bzw. »über 2500« 1918, d. h. »ungefähr der Hälfte aller festangestellten Beamten der Firma«).

⁸²⁾ Vgl. dazu D. Stegmann, passim.

Verbänden fungierte, legte am 1. Oktober 1908, ohne bei den Vorsitzenden des BdL, Wangenheim und Roesicke, auf Widerspruch zu stoßen, folgende Marschroute fest⁸³⁾:

»Abgesehen von dem Schutze der nationalen Urproduktion liegt für Bund und Stahlwerksverband ein gemeinsames Interesse in dem System der Arbeiterbehandlung: der Aufrechterhaltung der Ordnung in den Betrieben — Ersatz der sozialdemokratischen durch eine Art sozialaristokratischer Fürsorge nach dem Vorbild der Botschaft von 1881 unter grundsätzlicher Ablehnung des Massenterrorismus als Machtfaktor im politischen Leben. Wird für diese gemeinsamen Interessen gemeinsames Vorgehen erreicht, so ist der Boden für späteres Verständigen für andere Fragen vorbereitet.«^{83a)}

Diese vorerst wohl noch unverbindlich bleibenden Sondierungen zeigen immerhin grundsätzlich gleichlaufende sozialpolitische Vorstellungen auf, wenn auch zu diesem Zeitpunkt noch gewisse Divergenzen bestanden und der Kern agrarischer Sozialpolitik zu dieser Zeit noch darin lag, für die Lösung der Landflucht sich der industriellen Schützenhilfe zu versichern, wofür gleichsam als Morgengabe die Unterstützung des schwerindustriellen Standpunktes gegenüber der Industriearbeiterschaft eingebracht wurde. 1910 scheinen diese Kontaktgespräche zu einer Einigung dahingehend geführt zu haben, daß die Schwerindustrie die vom BdL propagierte Sesshaftmachung der Landarbeiter durch den Bau von billigen Arbeiterwohnungen und durch Vergabe von Pachtland billigte.⁸⁴⁾ Ein konkreteres Ergebnis der Zusammenarbeit⁸⁵⁾ war die 1911 gemeinsam vorbereitete, 1912 auch gemeinschaftlich finanzierte Gründung des *Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes*,

⁸³⁾ DZA Potsdam, NL Roesicke, Nr. 149, Heydweiler an Roesicke, 1. Okt. 1908; ich verdanke die Kenntnis dieses Briefes der freundlichen Mitteilung von Klaus Saul, Hamburg. Bereits am 31. Juli 1908 hatte der Direktor im BdL, Hahn, auf dem rheinischen Bundesfest des BdL (Kölnische Zeitung Nr. 816, 1. Aug. 1908; »Industrie und Landwirtschaft«) in Düsseldorf Verhandlungen zwischen Großindustrie und Landwirtschaft vorgeschlagen. Inwieweit auch die projektierte Gründung sozialdemokratischer Landarbeiterverbände (seit 1909) diese Sondierungen mitbeeinflusst hat, läßt sich nicht zweifelsfrei nachweisen. Wangenheim zeigte sich in einem Brief an Roesicke vom 10. Okt. 1908 mit dem Vorgehen und den in Aussicht genommenen Unterhändlern einverstanden: Er schlug vor, einen vorherigen Fragenkatalog zu erarbeiten, der vom BdL den Industriellen unterbreitet werden sollte. Gegenvorschläge sollten ohne jede bindende Erklärung entgegengenommen werden.

^{83a)} Heydweiler ging davon aus, daß »zwischen den Lothringer und niederrheinischen Stahl-Industriellen [...] u. B. bez. des Umfanges der Erzeugung und der Ausnutzung der Weltkonjunkturen — dem Grundübel hinsichtlich des Arbeiterbedarfs u. der Entziehung von landwirtschaftlichen Arbeitern Interessengegensätze bestehen (sollen), bei deren Austragung der Platz der Landwirte, wie ich vermute, an der Seite der Saarindustriellen sein würde. Der Vorsitzende des Verbandes C. R. Röchling gehört zu den letzteren. Auch in der Kohlenfrage sind hier gemeinsame Interessen«. Diese Interpretation trug indessen den tatsächlichen Machtverhältnissen im Stahlwerksverband nicht Rechnung.

⁸⁴⁾ Seit 1908 intensivierte der BdL seine Landarbeiterpolitik, vgl. *Gerd-Dieter v. Tippelskirch*, Agrarhistorische Ausschnitte aus der Zeit von 1893 bis 1924 im Lichte des Wirkens von Dr. Gustav Roesicke, Stollhamm o. J. (1959), S. 33 ff., S. 240 ff.; *D. Stegmann*, S. 338 ff. Die Ende 1907 im industriellen Westen unter maßgeblicher Beteiligung schwerindustrieller Kreise gegründete Deutsche Vereinigung unterstützte 1908 ohne Abstriche den Standpunkt des BdL in der Landarbeiterfrage, vgl. *Das Koalitionsrecht der Landarbeiter* (= Schriften der Deutschen Vereinigung, Nr. 2), Bonn 1908; für den Zusammenhang und zur Deutschen Vereinigung vgl. *D. Stegmann*, S. 48 ff., u. ö.

⁸⁵⁾ Vgl. dazu auch die Bündnisrede des Frhrn. v. Wangenheim im April 1910 auf der Provinzialversammlung des BdL in Pommern, zit. nach: Deutsche Tageszeitung (DTZ) Nr. 149, 1. April 1910; Ausführungen des Herausgebers der Deutschen Industrie-Zeitung, Steinmann-Bucher, auf den Tagungen des Deutschen Landwirtschaftsrates 1910 und bes. 1911, vgl. Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrates, Jg. XXXV, Berlin 1911, S. 545 ff. Zur Finanzierung und zum Aufbau des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes seit 1911 vgl. *D. Stegmann*, auch für die folgenden Ausführungen.

einer lockeren Holding von Handwerk und Kleinhandel unter Einschluß der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine, die immerhin bis 1914 rund 600 000 Mitglieder zu mobilisieren verstand. Nach dem Fiasko der Reichstagswahlen von 1912 wurde von schwerindustrieller Seite – hier tat sich besonders der Syndikus der Saarindustriellen und einstige Vertrauensmann Stumms, A. Tille, hervor – sowie der kleingewerblich-handwerklichen Gruppen bereits für einen »*Gewerbebund der Bodenständigen*« (Tille, 1912) agitiert, und zwar als Gegengewicht gegen die Organisationen der Sozialdemokratie wie der bürgerlichen Demokratie. Diese Zusammenarbeit wurde endgültig im August 1913 durch die Gründung des sog. *Kartells der schaffenden Stände* – von den Gegnern auch als Kartell der raffenden Hände klassifiziert – institutionalisiert.⁸⁶⁾ Das Kartell, dem der Alldeutsche Verband mit seiner Führungsgruppe locker angelehnt war, verstand sich nicht nur als antisoziale Defensivkoalition, die die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften mittels staatlicher Ausnahmegesetzgebung (Einschränkung des Koalitionsrechtes) forderte, sondern auch als Gegengewicht gegen die Isolierung der konservativen Kräfte im Reichstag. Mit Hilfe einer breiten außerparlamentarischen Sammlungsbewegung sollte darüber hinaus die Regierung, wenn nicht gestürzt, so doch durch massiven politischen Druck in ein radikal-konservatives Fahrwasser gebracht werden. Als Maximallösung schwebte der Führungsgruppe des Kartells der Gedanke vor, den Reichskanzler Bethmann Hollweg durch Tirpitz oder einen General zu ersetzen, der dann mittels Staatsstreichs und Verfassungsumbaus die Demokratisierungswelle von 1912 auffangen und wieder rückgängig machen sollte. Mit dem Kartell der schaffenden Stände konstituierte sich zum erstenmal eine nationale Opposition im Kaiserreich, die auch durch einen gezielten Appell an mittelständische, kleinbürgerliche Schichten eine breitere Basis für antidemokratisch-konservative Politik zu schaffen versuchte. Neben dem Antisozialismus bildete ein rassistisch vertiefter Nationalismus das Kernstück der Agitation. Ein Symptom dafür ist die lose Verknüpfung des Kartells mit dem extrem nationalistischen Alldeutschen Verband, der gerade 1913 in seine Propaganda präfaschistische Parolen einfließen ließ. Eine gezielte, erfolgreiche nationalistische Massenpropaganda hat es allerdings bis 1914 nicht gegeben; dafür war die Basis des Alldeutschen Verbandes als einer Hilfsorganisation des Kartells zu schwach. Immerhin sind Ansätze in dieser Richtung schwerlich zu übersehen.

Die Politik des Kartells beschränkte sich indes nicht nur auf den ideologischen Bereich, sondern zeitigte durchaus auch praktische Resultate: 1912/13 kam es zu einer neuen Gründungswelle⁸⁷⁾ von »gelben« Werkvereinen. Außerdem wurde 1913/14 weiterhin eine neue Führungszentrale für die »gelbe« Bewegung dadurch geschaffen, daß die bereits seit 1907 bestehende *Deutsche Vereinigung* die ideologische, finanzielle und praktisch-politische Lenkung übernahm (Einrichtung von sog. Sozialekretären in den Betrieben sowie von volkswirtschaftlichen Kursen für Arbeiter, Aufbau von Rednerschulen). In dieser Organisation waren auch führende konservative Politiker tätig. Mitte 1913 beteiligte

⁸⁶⁾ Zur Kontroverse über das sog. Kartell der schaffenden Stände vgl. meinen voraussichtlich 1973 in den Vierteljahrshäften für Zeitgeschichte erscheinenden Aufsatz: Hugenberg contra Stresemann. Zur sozialökonomischen Auseinandersetzung zwischen den Industrieverbänden im Kaiserreich 1910–1919. Ich folge hier meiner in: Die Erben Bismarcks, S. 352 ff. vorgelegten Interpretation.

⁸⁷⁾ Der CDI solidarisierte sich Ende 1912 offiziell mit der gelben Bewegung, vgl. Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des CDI Nr. 126 (Jan. 1913), S. 85 ff.; H.A./GHH 300 19326/25, Bericht über den Stand der Bewegung im Ruhrgebiet vom Dezember 1913.

sich z. B. der vom Generallandschaftsdirektor in Ostpreußen, Wolfgang Kapp, ins Leben gerufene *Verband der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten*, der die im Hauptausschuß Nationaler Arbeiter- und Berufsverbände organisierten »gelben« Arbeiter versicherte, mit 15 000 Mark jährlich an der Finanzierung des Hauptausschusses. Der Naumburger Arzt und Volkswirt Georg Wilhelm Schiele, Kapps Freund und Vertrauter, agitierte für die Gründung »gelber« Verbände, und die konservative »Kreuz-Zeitung« schlug bereits im Herbst 1913 den offiziellen Anschluß des Hauptausschusses an das Kartell der schaffenden Stände vor, der aber, wie Wangenheim rückblickend konstatierte, »aus taktischen Gründen«⁸⁸⁾ noch unterblieb.

In das gleiche Jahr 1913 fallen Versuche, die »gelbe« Arbeiterbewegung zu politisieren: Zwei Konzeptionen lassen sich hier unterscheiden. Die eine lief darauf hinaus, wie 1908 bereits vorgeschlagen, eine selbständige Arbeiterpartei zu gründen, die andere, die wirtschaftsfriedliche Bewegung enger mit den bestehenden nationalistischen Agitationsvereinen wie dem Alldeutschen Verband, dem Wehrverein oder dem Jungdeutschland-Bund ideologisch zu verzahnen und für die Politik der Rechtsparteien nutzbar zu machen. Schon 1912 hatte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Claß, ein enger Freund des Kruppdirektors Alfred Hugenberg und in Kontakt mit Emil Kirdorf stehend, für eine »nationale Arbeiterpartei«⁸⁹⁾ geworben, ohne daß er Mittel und Wege zur Realisierung dieses Konzeptes anbot. Im Sommer 1913⁹⁰⁾ brachte der völkische Publizist Friedrich Lange, Mitglied des Alldeutschen Verbandes und Vorstandsmitglied des Förderungsausschusses vaterländischer Arbeitervereine, den Krupp finanzierte, Vertreter der »gelben« Arbeiterbewegung und alldeutsche Kreise zusammen. Auf einer Tagung des antisemitischen Deutschbundes Ende 1912 hatte der Geschäftsführer des Förderungsausschusses schon den Boden vorbereitet für mögliche ideologische Gemeinsamkeiten, als er über das Thema »Völkische Arbeiterpolitik« referierte. Ein völkischer Nationalismus als Integrationsideologie sollte die Brücke zu anderen völkischen Organisationen schlagen. Das weitestgehende Konzept vertrat 1913 Lebius. Er hatte zwar zu dieser Zeit seinen Einfluß in der Werkvereinsbewegung sowie seine Kontakte zu Siemens verloren; als Mitglied des Alldeutschen Verbandes in dessen Berliner Ortsgruppe scheint er aber mit nationalistischen Kreisen in Verbindung gestanden zu haben. Er setzte sich im September 1913 für die Schaffung einer nationalen Arbeiterpartei ein, wobei er gezielt an die Vorstellungen des alldeutschen Verbandsvorsitzenden Claß von 1912 anknüpfte. Lebius⁹¹⁾ forderte als »Aufgabe aller national gesinnten Kreise [...], mit einer größeren Aufklärungsarbeit als bisher zu beginnen, um eine neue Arbeiterpartei, die sicherlich

⁸⁸⁾ Wangenheim auf einer erweiterten Sitzung des Kartells der schaffenden Stände, dem sog. Konferenzausschuß, am 10. Sept. 1915 in Berlin, zit. bei K. Mattheier, »Die Gelben«, S. 228.

⁸⁹⁾ Frymann (d. i. H. Claß), Wenn ich der Kaiser wär, Leipzig 1912, S. 66 f.

⁹⁰⁾ DZA Potsdam, ADV Nr. 89; D. Stegmann, S. 322, 336.

⁹¹⁾ R. Lebius, Eine neue Arbeiterpartei? in: Staatsbürger-Zeitung Nr. 207, 4. Sept. 1913, dort auch lange wörtliche Zitatübernahmen von Claß, in denen die SPD als »jüdisch-international« diffamiert wurde. Lebius kaufte die Staatsbürger-Zeitung 1914 auf; 1916 bezeichnete er seine Zeitung, die bereits im Dezember 1914 von der militärischen Zensur wegen ihres radikalen Antisemitismus und ihrer Kriegszielpropaganda verboten worden war, als »einzige Tageszeitung der deutsch-völkischen Partei«; dem Reichskanzler Bethmann Hollweg prophezeite Lebius anläßlich der Wiederzulassung der Zeitung, er werde wegen der stattgehabten Unterdrückung der »Vater einer großen regierungsfeindlichen, antisemitischen Partei« nach Kriegsende werden; Lebius an Bethmann Hollweg, 2. Juli 1916 (DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 949, Nr. 2, Bd. 2). 1913 war der Einfluß von Lebius in der gelben Bewegung allein auf die von ihm damals gegründete sog. Freie Vereinigung Deutscher Werkvereine beschränkt.

einmal entstehen wird, vorzubereiten«. Die »gelben« Arbeiter sollten dafür den Grundstock bilden; unterschied sich dieses Programm noch in keiner Weise von dem bereits 1908 formulierten, so zeigt doch die Aufnahme antisemitischer Versatzstücke eine qualitativ neue Ebene der Agitation an, wenn er forderte:

»Alle wirtschaftsfriedlichen Organisationen, alle vaterländisch gesinnten Volksgenossen, ob hoch oder niedrig, ob arm oder reich, sollen sich die Hände reichen zu einem harten Kampfe, die deutsche Arbeiterschaft zu befreien aus der elendesten aller Knechtschaft, aus der Judenknechtschaft!«

Diese Äußerungen dürfen in ihrer Bedeutung allerdings nicht überschätzt werden. Immerhin waren hier bereits latent Tendenzen angelegt, die 1918 unter veränderten politischen Bedingungen wieder aufgenommen werden sollten.

Zwar stellt der Antisemitismus seit 1912 unübersehbar eine neue Variante in dem Arsenal ideologischer Kampfmittel dar, ihm ist aber wegen seiner noch fehlenden Massenwirksamkeit nur ein untergeordneter Stellenwert beizumessen. Selbst die radikalen Antisemiten Claß sowie Freiherr v. Gebattel hielten im Frühjahr 1914 die Zeit noch nicht für »reif« zum gesteuerten Einsatz des Antisemitismus zur Realisierung ihrer politischen Ziele.⁹²⁾ Sie setzten noch sehr viel stärker auf einen radikalen Nationalismus als Integrationsinstrument. Hierin folgten ihnen die dem Kartell angeschlossenen Gruppen. Für Kirdorf z. B. »saß und sitzt hier das Mittel, das Volk in seiner Masse der Verhetzung der Parteien zu entziehen und treu ans deutsche Vaterland zu fesseln.«⁹³⁾

III. ENTWICKLUNGEN IM ZEICHEN DES »BURGFRIEDENS« 1914 – 1916

Der Kriegsausbruch 1914 stellte die konservativ-schwerindustriellen Führungsschichten vor eine gänzlich neue innenpolitische Situation: Die zivile Reichsleitung und das preußische Kriegsministerium^{93a)} revidierten angesichts der Tatsache, daß ein Material- und Wirtschaftskrieg nur mit der organisierten Arbeitnehmerschaft, nicht gegen sie geführt, geschweige denn gewonnen werden konnte, ihre alte Politik, die sich vor 1914 doch weitgehend an den Vorstellungen der konservativen Machtträger orientiert hatte.⁹⁴⁾ Diese Politik führte von Beginn des Krieges an zu einem erst verborgenen, dann offenen Konflikt mit der Regierung, die abgesehen von den kurzfristigen kriegspolitischen Erwä-

⁹²⁾ Vgl. den Schriftwechsel zwischen Claß, Liebert und Gebattel im Juni 1914 (DZA Potsdam, NL Gebattel). Eduard v. Liebert, damals 1. Vorsitzender des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, forderte das Führungsgremium des Alldeutschen Verbandes auf, den Antisemitismus offiziell in die Verbandssatzungen aufzunehmen.

⁹³⁾ So 1915, zit. bei D. Stegmann, S. 455.

^{93a)} Vgl. das Urteil von Sichler und Tiburtius, den engen Mitarbeitern des stellv. preuß. Kriegsministers von Wandel (*Richard Sichler / Joachim Tiburtius*, Die Arbeiterfrage, eine Kernfrage des Weltkrieges. Ein Beitrag zur Erklärung des Kriegs-Ausgangs, Berlin o. J., S. 30): »Die Heeresverwaltung hat zur Gewinnung aller Volkskräfte die Gewerkschaften zu Organen der Staatsarbeit gemacht und damit das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Staat [...] positiv umgestellt«. Sie verweisen dabei auf die Einrichtung von Schlichtungsausschüssen seit Anfang 1915 in Berlin sowie auf die Fortentwicklung der Arbeitsnachweise in öffentlicher Hand.

⁹⁴⁾ Vgl. hierzu die Darstellungen von Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, 3. Aufl., Düsseldorf 1964; Willibald Gutsche, Bethmann Hollweg und die Politik der Neuorientierung, in: ZfG, 2, 1965, S. 209 ff.; Gerald D. Feldman, Army, industry and labor in Germany 1914 – 1918, Princeton 1966; D. Stegmann, bes. S. 449 ff.

gungen, jetzt auch die Chance sah, die Arbeiterschaft langfristig durch sozialpolitische Konzessionen an das System zu binden. Gerade dieses taktische Konzept stieß bei den Kartellgruppen auf strikte Ablehnung; an die Stelle der vorher von ihnen praktizierten offenen Repression trat jetzt unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft und der zunehmenden Militarisierungstendenzen, die immer stärker die gesamte Wirtschaft auf die Rüstung ausrichteten, die Manipulation: Durch Proklamierung weitgehender Kriegsziele nach Osten und Westen suchte man jetzt die Arbeiter und Angestellten von den inneren Fragen abzulenken. Hier wurde der im August 1914 von der Regierung proklamierte Burgfrieden erst versteckt, dann ganz offen von Anfang an unterlaufen. Dieses neue taktische Konzept zeigten hier früh die Alldeutschen auf: Für Claß erschien der Krieg als einmalige Chance, eine »Gesundung« der inneren Verhältnisse im Sinne einer Konservierung, wenn nicht Revidierung des gesellschaftlichen status quo herbeizuführen. Für den stellvertretenden Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Freiherrn von Gebtsattel, eröffnete sich bereits Ende September 1914 eine weitergehende politische Perspektive, nämlich ob es nicht jetzt, die nationale Begeisterung, die auch innerhalb der Arbeiterschaft vorhanden sei, politisch nutzend, möglich sei, diese von ihren »jüdischen« Führern zu trennen und eine »soziale Partei auf monarchischer Grundlage«⁹⁵⁾ zu gründen. Claß verhielt sich den Erfolgsaussichten eines solchen Planes gegenüber zu diesem Zeitpunkt noch skeptisch, aber er bejahte den gezielten Nationalismus als Instrument der Integration im konservativen Sinne.^{95a)}

Während besonders die im Hansabund sowie im Bund der Industriellen (Stresemann) organisierten Unternehmer, zudem Exponenten der Elektroindustrie wie C. F. v. Siemens 1915 angesichts des »nationalen«, auf Kooperation mit der staatlichen Bürokratie und dem Kriegsministerium gestimmten Kurses von SPD und Freien Gewerkschaften die Chance einer Rechtsentwicklung der Sozialdemokratie sahen, die die Partei womöglich dauernd auf die Seite der staatsbejahenden Politik ziehen könnte, eine Entwicklung, die man durch Entgegenkommen ihren sozialpolitischen Forderungen gegenüber soweit wie mög-

⁹⁵⁾ Gebtsattel an Claß, 20. Sept. 1914 (DZA Potsdam, ADV, Nr. 204a); ähnlicher Tenor mit Hoffnung auf eine »Nationalisierung« der SPD in dem Artikel der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung Nr. 6, 1. Febr. 1915 (»Der Sinn des Krieges«) und in der Broschüre des ehemaligen Mitarbeiters des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, *Erwin Belger*, *Die Sozialdemokratie nach dem Kriege*, Berlin 1915.

^{95a)} Auch Richard Lebius wurde zur gleichen Zeit wieder aktiv: Am 18. September schrieb er einen Brief an den ehemaligen Reichskanzler Bülow, in dem er für seine 1913 gegründete Partei warb (BA Koblenz, NL Bülow, Nr. 108; ich verdanke dieses Dokument Herrn Klaus Saul, Hamburg): »Nachdem der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie aufgelöst worden ist und auch die sozialdemokratischen Blätter in allen Kasernen und Biwaks verbreitet werden dürfen, erscheint es angebracht, daß von weitblickenden, hochstehenden Persönlichkeiten das Emporkommen einer nationalen Arbeiterpartei gefördert wird. Der Unterzeichnete hat vor etwa einem Jahr eine nationaldemokratische Partei gegründet. Diese hat bis jetzt noch keine besonderen Erfolge aufzuweisen, was hauptsächlich an den fehlenden Mitteln liegt. Wenn wir nur halb so viel Unterstützung finden als s. Zt. die Sozialdemokratie, so würde die nationaldemokratische Partei sicherlich ihren Weg machen«. Lebius bat Bülow um eine Unterredung in dieser Sache. Ob diese stattgefunden hat, ließ sich nicht ermitteln. Für die Aktivitäten von Lebius 1918 vgl. den Artikel »Nationaldemokratische Partei« (*I. Weber*), in: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland*, Bd. II, Leipzig 1970, S. 338 (ohne Kenntnis dieser Zusammenhänge). Auch sein Programm von 1918 war antisemitisch gehalten und propagierte imperialistische Zielsetzungen.

lich fördern müsse⁹⁶⁾, übernahmen die Schwerindustriellen und Konservativen das alldeutsche Rezept. Kirdorf warf im Frühjahr 1915 der zivilen Reichsleitung, Exponent eines so verstandenen Versöhnungskurses, öffentlich die »enge Fühlungnahme mit den Gewerkschaftsführern«⁹⁷⁾ vor; vor Generälen in Sonderkonferenzen und mittels Denkschriften an die Regierung forderte er dazu auf, die Arbeiterschaft von ihren Führern zu trennen, indem man »den vaterländischen Geist«⁹⁸⁾ wachrufe. Hugenberg schloß sich diesem Konzept an; es gelte, »die Aufmerksamkeit des Volkes abzulenken und der Phantasie Spielraum zu geben in Bezug auf die Erweiterung des deutschen Gebietes, um inneren Schwierigkeiten vorzubeugen«.⁹⁹⁾ Genauso argumentierten Konservative wie Kapp, der Ende 1916 gegenüber Ludendorff die »falsche Behandlung der Sozialdemokratie«¹⁰⁰⁾ seitens Bethmann Hollwegs tadelte, »die bei richtigem Vorgehen unter Ausnutzung der nationalen Erhebung unseres Volkes von ihren Führern hätte abgespalten werden können«. Die Konservative Partei schloß sich diesem Tadel an, versuchte aber unter Einfluß der Altkonservativen wie Heydebrand und v. Buch, durch Proklamierung maßloser Kriegsziele nicht von vornherein ihre Beziehungen zur Regierung ganz aufzukündigen, um nicht Beeinflussungschancen gänzlich aufgeben zu müssen.

Da indes die Regierung nicht gesonnen war, diesen ihr angeratenen Weg zu beschreiten¹⁰¹⁾, sah sich das Kartell veranlaßt, die zunächst geheimen Appelle langfristig auch in die Tat umzusetzen. Ein Weg, den Kurs Bethmann Hollwegs zu stören, war der Aufbau eines losen Netzes von Propagandaorganisationen für Kriegsziele seit 1914/15, ein anderer die engere Zusammenarbeit im eigenen Lager. Im November 1915 kam es nach Sondierungen zur Konstituierung eines sog. *Konferenzausschusses*, dem Vertreter der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände angehörten, des BdL, des Bergbaus, des Zentralvereins Deutscher Reeder, des Förderungsausschusses für die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung, des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände sowie der Deutschen Vereinigung. Er übernahm jetzt die zentrale wirtschaftsfriedliche Propaganda (Rednerschulen und -kurse, Herausgabe »wissenschaftlicher« Werke zur Geschichte

⁹⁶⁾ Belege für diese Haltung bei *D. Stegmann*, S. 464 ff. u. ö. Diese Haltung läßt sich beim Hansabund und dem Bund der Industriellen schon vor Kriegsausbruch verfolgen, *ebda.*; vgl. auch den ähnlichen Tenor der Broschüre des nationalliberalen Großindustriellen *Konrad Eichhorn*, Sozialdemokratie und Arbeiterpolitik nach dem Kriege, Hildesheim/Leipzig 1915.

⁹⁷⁾ Zit. in dem Aufsatz des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten *Hugo Böttger*, Die freien Gewerkschaften und die Regierung, in: *Der Tag* Nr. 93, 22. April 1915; ebenso ablehnend war der Kommentar der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung vom 15. Aug. 1915. Kernpunkt der Kritik war die Arbeitsnachweiskonferenz, zu der das RdI am 30. April 1915 auch Legien gebeten hatte, vgl. *Carl Legien*, Die Arbeitsvermittlung nach dem Kriege, in: *AfSS* (Krieg und Wirtschaft), Bd. 43, H. 3, 1917, S. 885 ff.

⁹⁸⁾ Zit. bei *D. Stegmann*, S. 481 f.

⁹⁹⁾ Hugenberg, assistiert von Beumer vom Langnamverein, auf der Sitzung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie am 7. Nov. 1914, zit. *ebda.*, S. 455.

¹⁰⁰⁾ Kapp an Ludendorff, 4. Okt. 1916 (DZA Merseburg, NL Kapp).

¹⁰¹⁾ Vgl. hierzu die streng geheime Denkschrift des Reichskanzlers vom Dezember 1915 an den Kaiser, in: Bethmann-Hollweg an v. Valentini, 9. Dez. 1915 (DZA Merseburg, NL v. Valentini, Nr. 2): »[...] die friedensfreundliche und maßlosen Annexionen abgeneigte Haltung der Sozialdemokratie [...] bot und bietet den Konservativen und den von der Industrie abhängigen Liberalen, zum Teil auch dem Zentrum, willkommenen Anlaß, die Notwendigkeit der alten unveränderten Kampfstellung gegen die Sozialdemokraten als ein Gebot nationaler Gesinnung hinzustellen [...] Mit großer Geschicklichkeit hat es die Schwerindustrie verstanden, unter Vorführung des roten Gespenstes die Konservativen und den Bund der Landwirte, die gleichfalls schon vor dem Kriege mehr und mehr dem Alldeutschtum verfallen waren, vor denselben Wagen zu spannen.«

der »gelben« Bewegung, Versorgung der Presse mit geeigneten Artikeln) sowie die finanzielle Stützung der »Gelben«.¹⁰²⁾ Dadurch sollte einmal die »gelbe« Arbeiterschaft unter Kontrolle gehalten, andererseits durch die Schaffung von Koordinierungsinstanzen ein Gegengewicht gegen den lockeren Zusammenschluß der Streikgewerkschaften und einzelner Angestelltenorganisationen im Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen sowie gegen die Verfestigungstendenzen in der Zusammenarbeit der einzelnen Kampfgewerkschaften untereinander geschaffen werden. Weiterhin hoffte man, auf diesem Wege die nationale Strömung innerhalb der gesamten Gewerkschaftsbewegung angesichts rapide sinkender Mitgliederzahlen auffangen und politisch umbiegen zu können; gleichzeitig wurden Überlegungen laut, die Angestelltenbewegung in die politische Arbeit einzubeziehen. In einer Denkschrift¹⁰³⁾ des Geschäftsführers der Deutschen Vereinigung vom November 1915, die einen Überblick über die Arbeitsvorhaben des neugegründeten Konferenzausschusses gab, wurde u. a. ausgeführt, daß durch die zunehmende Werbekraft »radikal-gewerkschaftlicher Bestrebungen« in der Angestelltenschaft der »wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung eine ernste Gefahr« drohe, da »die mehr oder weniger offene Gegnerschaft von Angestellten gegen die Bestrebungen der Werkvereine« immer deutlicher hervortrete. Es sei deshalb ein »Gebot der Klugheit, der weiteren Radikalisierung der Angestellten rechtzeitig entgegenzuwirken«. Am günstigsten sei es, wenn die wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereine »mit der Zeit durch wirtschaftsfriedliche Angestellten- bzw. Beamtenvereine« ihre Ergänzung fänden, wie dies z. B. bei Krupp in Essen bereits geschehen sei. Der Sozialsekretär des Essener Chemiebetriebes Th. Goldschmidt AG, gleichzeitig Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung für das Ruhrgebiet, propagierte diese Gedanken etwas später in der wirtschaftsfriedlichen Presse. Er suchte, getreu der ständisch-bürokratischen Ideologie der »Gelben«, den »werdenden Mittelstand der oberen und aufsteigenden Schichten unseres Arbeiterstandes« mit den »Industriebeamten« in eine Linie zu stellen: Neben den Bund Deutscher Werkvereine müsse ein »Bund großindustrieller Beamtenvereine« treten.¹⁰⁴⁾

Wenn auch die Industriellen diese Befürchtungen ihrer bestellten Sozialsekretäre teilten, so glaubten sie doch einerseits weiterhin an die Wirksamkeit ihrer alten Disziplinierungspolitik, andererseits konnte soziale Unzufriedenheit zu diesem Zeitpunkt noch durch die Gewährung von Teuerungszulagen einigermaßen aufgefangen werden. Dies mag erklären, daß dieser Vorschlag bis 1917 nur in Ansätzen realisiert worden ist.¹⁰⁵⁾

Erst die Militarisierung der gesamten Kriegswirtschaft im Zuge des Hindenburg-Programms und der Verabschiedung des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes Ende 1916, der entscheidenden Zäsur¹⁰⁶⁾ in der deutschen Kriegswirtschaft, bewirkte eine Neuorientierung. Trotz der Teuerungszulagen verschlechterte sich nicht nur die soziale Lage der Angestellten relativ gegenüber der der in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Facharbeiter,

¹⁰²⁾ D. Stegmann, S. 478 f.; K. Mattheier, *passim*.

¹⁰³⁾ Denkschrift vom November 1915 (H.A./GHH 300 19326/6, Arbeitsprogramm der Deutschen Vereinigung auf dem Gebiete der Arbeiterfrage für das Jahr 1916).

¹⁰⁴⁾ Erich Sperling, Der wirtschaftsfriedliche Gedanke unter den Industriebeamten, in: Kalender für die wirtschaftsfriedlich-nationale Arbeiterbewegung 1916, Berlin 1916, S. 35 ff.

¹⁰⁵⁾ Vgl. dazu E. Lederer, Die Lage des Arbeitsmarktes und die Aktionen der Interessenverbände zu Beginn des Krieges, in: AfSS (Krieg und Wirtschaft), Bd. 40, 1915, S. 147 ff.; noch im Frühjahr 1917 klagten die »Nachrichten des Vereins Kruppscher Beamten« darüber, daß dem Vorbild bei Krupp »nur ganz vereinzelt« gefolgt worden sei; zit. nach: Deutsche Wacht Nr. 9, 4. März 1917, S. 71.

¹⁰⁶⁾ Vgl. zu diesem Komplex auch das grundlegende Buch von G. D. Feldman (Anm. 94).

die teilweise erhebliche Lohnsteigerungen durchzusetzen vermochten, sondern auch die Arbeitsbedingungen. Diese Entwicklung führte dazu, daß auch in den Verbänden rechts vom Butib gewerkschaftliche Tendenzen zunahmen: Das Hindenburg-Programm und die Diskussion um die Modalitäten des Hilfsdienstgesetzes führten jetzt nicht nur zu Zweckbündnissen der Angestelltenverbände untereinander, sondern auch zu partieller Zusammenarbeit mit den Kampfgewerkschaften der Arbeiter.¹⁰⁷⁾ Von seiten der Freien Gewerkschaften wurde diese Zusammenarbeit als Zeichen des Abbaus der alten Gegensätze, als eine »der wichtigsten Errungenschaften des Krieges«¹⁰⁸⁾, ja als »Anwartschaft auf eine dauernde Arbeitsgemeinschaft« interpretiert. Auf einer gemeinsamen Tagung am 23. August 1916, an der neben Vertretern der Arbeitsgemeinschaft für freiheitliches Angestelltenrecht als Organisation der gewerkschaftlich orientierten Angestelltenverbände auch Delegierte des Werkmeister-Verbandes teilnahmen, wurde erstmals auch eine von allen Verbänden unterzeichnete Resolution gegen die »Gelben« verabschiedet.¹⁰⁹⁾ Für die Unternehmer war indes weit gefährlicher, daß es erstmalig den Arbeiter- und Angestelltenverbänden im Hilfsdienstgesetz gelungen war, in gewerblichen Betrieben mit über 50 Beschäftigten Arbeiter- bzw. Angestelltenausschüsse sowie Schlichtungsstellen durchzusetzen. Damit wurde ein gewisses Mitspracherecht (Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel) des Arbeitnehmers im Großbetrieb institutionalisiert, wenn auch in der Praxis vieles beim Alten blieb, indem man versuchte, durch Wahlbeeinflussungen bzw. -verhinderungen oder durch regelrechten Boykott die Ausschüsse lahmzulegen.¹¹⁰⁾

Die Unternehmer konnten es indes, unterstützt von der Konservativen Partei und vom BdL und trotz der Intervention zu ihren Gunsten durch die 3. OHL unter Hindenburg und Ludendorff, nicht erreichen, daß diese Bestimmungen ganz zurückgenommen wurden,

¹⁰⁷⁾ Vgl. dazu die gemeinsame Kundgebung der Generalkommission der freien Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der Christl. Gewerkschaften, der Poln. Berufsvereinigung, der Arbeitsgemeinschaft für die kaufmännischen Verbände, der Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht und der Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände am 12. Dez. 1916 in Berlin bzw. ihre gemeinsame Eingabe an das Kriegsamt vom 26. April 1917: *Paul Umbreit*, Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege, Berlin 1917, S. 89 ff., sowie: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe II, Bd. 1, 1914–1917, Berlin 1958, S. 626 ff.

¹⁰⁸⁾ So die Charakteristik seitens des Gewerkschaftsfunktionärs *Umbreit* von der Generalkommission, *ebda.*, S. 92 f.

¹⁰⁹⁾ Zit. bei *P. Umbreit*, S. 95 f.; die sog. Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht (seit 1913) organisierte sich 1917 zur sog. Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Butib, Allg. Verband der deutschen Bankbeamten, Deutscher Steigerverband und einige sozialdemokratische Angestellten- und Handlungsgehilfenverbände) um; der Deutsche Techniker- sowie der Deutsche Werkmeisterverband vereinigten sich Ende 1916 zur sog. Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände mit rd. 90 000 Mitgliedern; bereits Anfang Oktober hatten sich 11 Handlungsgehilfenverbände mit rd. 600 000 Mitgliedern zur sog. Arbeitsgemeinschaft für die kaufmännischen Verbände zusammengeschlossen. Ende 1917 wurde diese Zusammenschlußbewegung durch die Konstituierung der Vereinigung Deutscher Privatbeamten- und Angestelltenverbände vorerst beendet, vgl. Die Arbeiterbewegung Nr. 9, 13. Mai 1918, S. 67 ff. (»Die Gruppenbildungen in der deutschen Arbeiter- und Angestelltenbewegung«).

¹¹⁰⁾ Beispiele für den Versuch, den Herr-im-Hause-Standpunkt aufrechtzuerhalten, geben die Schrift des Geschäftsführers der Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände, *Anton Höfle*, Privatangestellte und Neuorientierung, Berlin 1918, S. 46 ff., und das *Protokoll der Verhandlungen des III. Verbandstages der Bureauangestellten Deutschlands*, abgehalten vom 3.–5. Nov. 1918, Berlin 1919, S. 36 (Geschäftsbericht des Vorstandes): »Die Industriellen, Handelsherren und Hochfinanz blieben im großen und ganzen, was sie immer waren — Scharfmacher«; Deutsche Handelswacht (Organ des DHV) Nr. 3/4, März/April 1918, S. 19 ff. (»Aus der Gehaltsbewegung in Groß-Berlin«).

vor allem auch nicht, daß die »gelben« Arbeiter gleichberechtigt mit den Kampfgewerkschaften behandelt wurden: In den Ausschüssen wurde ihnen nur eine »aushilfsweise« Repräsentanz bzw. eine Vertretung in Streitfällen, die sich ausschließlich auf ihre eigenen Mitglieder bezog, zugestanden. Das Hilfsdienstgesetz führte so nicht nur zu einem neuen tiefgreifenden Konflikt mit der Regierung, sondern auch zu ersten Unstimmigkeiten zwischen Kartell der schaffenden Stände und »gelber« Arbeiterschaft.¹¹¹⁾

1916 traten Bestrebungen zutage, eine politische Betätigung im Sinne einer selbständigen Parteigründung zu versuchen, was die Gefahr möglicher Absetzungsbewegungen heraufbeschworen hätte. Der Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände war nämlich in einer Audienz beim Reichskanzler am 11. November 1916 lapidar beschieden worden, es sei unerläßlich für die »gelbe« Bewegung, wolle sie ihren Forderungen Gewicht verleihen, auch im Reichstag vertreten zu sein. In einer Serie von Verhandlungen mit Parlamentariern der rechtsstehenden bürgerlichen Parteien wurde zwar vor allem die Zusicherung Westarps erreicht, »die Konservative Partei [...] sähe die Notwendigkeit ein«, daß den »Gelben« »Sitze im Reichstag eingeräumt würden [...] die Konservative Partei sei bereit, ihnen zunächst einen Sitz in einem ihrer Wahlkreise, die sicher seien, einzuräumen«. Aber für die praktische Politik wirkte sich dieses Entgegenkommen überhaupt nicht mehr aus.

Am 15. Dezember 1916, kurze Zeit nach der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes durch den Reichstag, kamen der Zorn und die Enttäuschung auf einer Sitzung des Konferenzausschusses mit Parlamentariern ungeschminkt zum Ausdruck; der Vorsitzende des gelben Hauptausschusses, der Angestellte im Heuerbüro der Hapag, Jensen, teilte hier mit, daß Pläne zur Gründung einer »nationalen Arbeiterpartei« an ihn herangetragen worden seien:

»Es ist mir von verschiedenen Seiten geraten worden, einen nationalen Arbeiterbund zu gründen mit politischem Programm. Ein solcher Bund soll große Aussichten haben, die aus dem Felde heimkehrenden Arbeiter für sich zu gewinnen.«

Von seiten der Konservativen Partei wurde dieser Vorstoß noch mit dem Rat abgebremst, die wirtschaftsfriedliche Bewegung solle sich lieber nicht auf eine Partei festlegen, sondern »solle das Verfahren wählen wie der Bund der Landwirte«, d. h. über eine pressure group politischen Einfluß zu gewinnen suchen. In ähnlicher Weise wandten sich die Unternehmer gegen eine offene Politisierung. Immerhin mußte der sog. Konferenzausschuß, um diese Entwicklung aufzufangen und zu kanalisieren, zugestehen, daß eine sog. »politische Organisation« etabliert wurde. Vorerst war damit die Politisierung abgestoppt, ohne daß diese Bestrebungen ganz verschwanden.¹¹²⁾

Dieser offene Machtverlust und die Gefahr der Abspaltung bis dahin gefügiger Hilfsvölker führten dazu, daß das Kartell der schaffenden Stände aus seiner Anonymität immer stärker heraustrat — die 1914/15 gegründeten Ausschüsse zur Kriegszielpropa-

¹¹¹⁾ Das Folgende nach den Materialien im H.A./GHH 300 19324/11, teilw. zit. bei D. Stegmann, S. 480 und den Beständen im DZA Potsdam, NL Westarp, Nr. 9.

¹¹²⁾ Vgl. dazu den Aufsatz im Organ des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände: Die Arbeiterbewegung Nr. 13, 13. Nov. 1916 (»Soll der Arbeiter Politik treiben?«) und den Artikel in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung Nr. 46, 12. Nov. 1916 (»Wirtschaftsfriedliche Arbeiterpolitik«).

ganda hatten den Charakter von Geheimorganisationen noch bewahrt — und sich wie 1913 als politische Einheitsfront erstmals öffentlich präsentierte.¹¹³⁾

Gleichzeitig wurde die Kriegszielpropaganda intensiviert, und zwar mittels eines gezielten Appells an breite Bevölkerungsschichten. Ende Januar bereits fand sich die Schwerindustrie bereit, den Alldeutschen Verband durch Gewährung großer Geldmittel finanziell so zu stellen, daß er von Berlin aus eine große Propagandaorganisation aufbauen konnte. Das Motiv für diese Aktion sahen Claß wie seine Freunde in der Schwerindustrie darin, die politischen und sozialen Emanzipationsbestrebungen innerhalb der Arbeiterschaft, aber auch im »unteren und besseren Mittelstand«¹¹⁴⁾ aufzufangen. Manipulation ersetzte die verdeckte Agitation seit Kriegsausbruch, Massenpropaganda trat endgültig an die Stelle der Eingaben, Denkschriften und Exposés. Die Konservativen unterstützten in lockerer Verbindung mit der OHL und vor allem Tirpitz, der im Frühjahr 1916 von der Regierung kaltgestellt worden war, diese Politik: Der Schwiegersohn von Tirpitz, von Hassell, legte bereits Ende 1915 eine Denkschrift in diesem Sinne mit dem Titel »Notwendigkeit einer Press- und Propagandazentrale nationaler Richtung« vor, der den Kampf gegen die »jüdisch-intellektuellen oder finanziellen Flaumacher« (Kapp) u. a. propagierte.¹¹⁵⁾

Mitte 1916 wurde die alte Honoratiorenpolitik ergänzt durch die gezielte Fernsteuerung von Kriegszielausschüssen. Der von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie finanzierte sog. *Unabhängige Ausschuß für einen Deutschen Frieden* unter der Leitung des Berliner Historikers Dietrich Schäfer trat aus seiner Anonymität heraus und präsentierte sich in öffentlichen Aufrufen und Veranstaltungen als Exponent der »wahren« Meinung des Volkes: Regierung und Reichstag, insbesondere SPD und Gewerkschaften, wurden als national unzuverlässig diffamiert. Diese Organisation war von Anfang an als eine überparteiliche »Bewegung« (Wangenheim)¹¹⁶⁾ konzipiert, mit der man bewußt eine antiparlamentarische und antigouvernementale Front aufbauen wollte. Sie arbeitete eng mit der 3. OHL über den politischen Verbindungsmann zum Kartell der schaffenden Stände, Oberstleutnant Bauer, zusammen. In Süddeutschland wurde als Parallelorganisation von den gleichen gesellschaftlichen Gruppen der sog. *Volksausschuß für rasche Niederkämpfung Englands* eingerichtet.

Daneben kommt der Gründung formal selbständiger Agitationsausschüsse für die Arbeiterschaft zentrale Bedeutung zu. Im Sommer 1917 wurde in Bremen unter Führung des Schlossers Wilhelm Wahl, des Betriebsleiters des »gelben« Werkvereins der Kruppschen Großschiffswerft AG Weser, ein *Freier Ausschuß für einen Deutschen Arbeiterfrieden*

¹¹³⁾ Vgl. dazu die öffentliche Kundgebung des sog. Konferenzausschusses vom Oktober 1916, in: Deutsche Wacht Nr. 20, 1. Okt. 1916 (»Ein Mahnruf zum inneren Frieden«); Nr. 43, 22. Okt. 1916 (»Ein Mahnruf zur inneren Einheit« [Werbeauftrag]).

¹¹⁴⁾ So Claß' Motivation auf einer gemeinsamen Sitzung des Alldeutschen Verbandes mit Vertretern der Schwerindustrie im Januar 1916, auf der die Finanzierung des Verbandes beschlossen wurde, vgl. dazu die Interna (Spendenlisten etc.) bei D. Stegmann, S. 490 ff.

¹¹⁵⁾ DZA Merseburg, NL Kapp, auch für das folgende Zitat aus einem Brief Kapps an den Syndikus der Handelskammer Essen, Hirsch, vom 17. Dez. 1915.

¹¹⁶⁾ Wangenheim an Kapp am 4. Aug. 1916 (DZA Merseburg, NL Kapp).

gegründet.¹¹⁷⁾ Wahl, der 1918 im Bund deutscher Werkvereine Vorsitzender des Berufsausschusses für die Werftindustrie wurde und in der norddeutschen wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle spielte¹¹⁸⁾, stand seit Frühjahr 1917 mit Oberstleutnant Bauer in Verbindung; Bauer¹¹⁹⁾ sorgte dafür, daß die Durchhalteaufsätze Wahls, der im April 1917 noch als »Privatmann« agitierte, vom Kriegspresseamt gedruckt wurden und als Propagandamaterial in der Arbeiterschaft von den zivilen Behörden bzw. den stellvertretenden Generalkommandos zur Verteilung kamen.¹²⁰⁾ Wahls Elaborate, die gleichzeitig in den 1917 vom Syndikus der Handelskammer Essen im Auftrage Hugenbergs und Kirdorfs erworbenen »Berliner Neuesten Nachrichten« (BNN) und in den Stresemannschen »Deutschen Stimmen« erschienen waren, plädierten für einen deutschen Siegfrieden, der vor allem im Interesse der deutschen Arbeiterklasse liege: Nicht nur Annexion der besetzten Gebiete in Europa, sondern auch Zuerwerb von Kolonien in Übersee:

»In den Kolonien können alle überschüssigen deutschen Kräfte für das Vaterland und für sich selbst gewinnbringende Beschäftigung finden, und zwar durch Anbau von Baumwolle, Schafzucht, Wege und Bahnbau usw. Das Ergebnis wird dann sein, daß Hunderttausende unserer Krieger und Arbeiter sich dauernd in den Kolonien ansiedeln, ihre Familien nachkommen lassen [...] Wie leicht kann es da ein deutscher Arbeiter nach mehreren Jahren Arbeit zu einem Besitz von 40 Morgen Land und einer großen Anzahl von Rindvieh und Schafen bringen und so unter dem Schutz des Deutschen Reiches zu Wohlstand gelangen oder sonst sein Gewerbe unter günstigeren Verhältnissen ausüben als es ihm früher im alten Vaterlande möglich war.«

Wahl ging in seiner Argumentationskette noch einen Schritt weiter: Ohne einen deutschen Siegfrieden würde der deutsche Arbeiter als »Lohnsklave« und »Kriegssträfling« dem feindlichen »Großkapital« in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten ausgeliefert sein. Geschickt wurden hier die Staaten der Entente als Pseudodemokratien hingestellt, in denen der Arbeiter zu herrschen glaube, während in Wahrheit das Großkapital herrsche; in Deutschland hingegen gebe es ein wahrhaft demokratisches Prinzip: »Wer gleiche Pflichten hat, der hat auch gleiche Rechte«.

Mit diesen sozialimperialistischen, antikapitalistisch verbrämten Zielsetzungen sollte nicht nur die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung gegen einen Verständigungsfrieden

¹¹⁷⁾ Hinweise bei Karl-Heinz Schädlich, Der »Unabhängige Ausschuss für einen Deutschen Frieden« als ein Zentrum der Annexionspropaganda des deutschen Imperialismus, in: Politik im Krieg, 1914–18, Berlin 1964, S. 57; D. Stegmann, S. 469 f., sowie in den Büchern von Maser, Deuerlein und Franz-Willing (vgl. Anm. 6), die alle ungeprüft die Angaben bei A. Drexler, Mein politisches Erwachen, München 1919, 2. Aufl. 1920, S. 20, übernehmen: Weder fand die Gründung im Sommer 1916 statt, noch war der Wahlsche Ausschuss bis Kriegsende antisemitisch orientiert.

¹¹⁸⁾ Angaben zur Person Wahls nach: Deutsche Arbeitswacht Nr. 10, 9. März 1918: 1918 1. Vors. des Bezirksverbandes Unterweser (seit 1917) im Bund deutscher Werkvereine, der damals folgende Betriebe umfaßte: AG Weser, Atlas-Werke, Norddeutscher Lloyd, AG C. Tecklenborg, Metallwerke Unterweser, Bremer Vulkan; 1918 Vorstandsmitglied im Bund Deutscher Werkvereine.

¹¹⁹⁾ BA Koblenz, NL Bauer, Nr. 11, Notiz Bauers vom 20. April 1917.

¹²⁰⁾ Vgl. sein Flugblatt »Die Zukunft der deutschen Arbeiter« vom Mai 1917: Staatsarchiv Bremen 3, 1, -M. 2. h. 2, Nr. 81 (1) und Staatsarchiv Hamburg B II 8a, das in rd. 5000 Exemplaren vom Bremer Senat auf Veranlassung des stellv. Generalkommandos in Altona in den größeren Industriebetrieben in Bremen und Bremerhaven verteilt wurde. Der Aufsatz wurde auch in den schwerindustriellen BNN Nr. 248, 16. Mai 1917 nachgedruckt. Vgl. Dokument Nr. 1 im Anhang, S. 414 ff.

immunisiert, sondern auch Einbrüche in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter erzielt werden, der linke Flügel in der MSPD gegen die Parteiführung um Ebert und Scheidemann und den Gewerkschaftsflügel um Legien ausgespielt werden. Schäfer, der noch im Sommer 1917¹²¹⁾ zugeben mußte, daß sein Unabhängiger Ausschuß keinen sozialdemokratischen Arbeiter habe gewinnen können, trat im Juni 1917 durch die Vermittlung Bauers mit Wahl in Verbindung. Wahl¹²²⁾ erläuterte noch einmal seine Taktik: Es müsse doch gelingen, die Arbeiterschaft für einen Siegfrieden zu mobilisieren, indem man den Beweis antrete, daß ein solcher Frieden im Sinne ihres »wirtschaftlichen Klasseninteresses« liege. Der Boden dazu sei bereitet; das beweise die vom Parteivorstand der SPD¹²³⁾ herausgegebene Broschüre »Die Kriegspolitik der Partei im Lichte der wirtschaftlichen Tatsachen. Ein Appell an Denkende!«, die die Stellungnahme der MSPD zur Kriegszielfrage präzisierter. Überhaupt gebe es Hinweise, daß vor allem die »sozialdemokratischen Gewerkschaften offiziell nicht mit dem Scheidemann-Frieden einverstanden« seien: »Mehr und mehr werden Äußerungen von Gewerkschaftsführern bekannt, daß sie einen siegreichen Frieden wollen.«¹²⁴⁾ Wahl forderte Schäfer auf, seinen Agitationsausschuß — wahrscheinlich zu diesem Zeitpunkt weitgehend identisch mit dem Werkvereinsvorstand der AG Weser¹²⁵⁾ — finanziell zu unterstützen. Am 25. Juni 1917 konnte er mitteilen, daß er inzwischen 17 Vertrauensmänner, die auch alle Arbeiter seien, geworben habe. Bei weiterer Unterstützung aus Berlin hoffte er, »in acht Tagen [...] 500 Mitglieder zu haben«. Für die Agitation und für die Schulung von Vertrauensmännern in der Arbeiterschaft forderte er Druckschriften des Unabhängigen Ausschusses an, »um das Ziel des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden in der Arbeiterschaft zu verbreiten«. Anfrage nach Material liege auch bereits aus Nachbarorten wie Vegesack und Bremerhaven vor.

Es ist nun schwer abzuschätzen, inwieweit sich der Wahlsche Ausschuß, der sich wohl erst nach der sog. Friedensresolution des Reichstages vom Juli 1917 als »Freier Ausschuß

¹²¹⁾ Archiv der Akademie der Wissenschaften, Berlin, Restnachlaß Schäfer, Schäfer an Oberstleutnant v. Trotha, 11. Juli 1917.

¹²²⁾ Wahl an Schäfer, 14. Juni 1917, Restnachlaß Schäfer, a. a. O.

¹²³⁾ *Die Kriegspolitik der Partei im Lichte der wirtschaftlichen Tatsachen*. Ein Appell an Denkende! Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, o. O., o. J. (Berlin, Juni 1917). Wahl zitierte in seinem Brief einen Artikel der Bremer Bürger-Zeitung, damals Organ der Bremer Mehrheitssozialdemokratie, Nr. 132, 8. Juni 1917 (»Der Schicksalskampf der deutschen Arbeiterklasse«), der die Zielsetzungen der Parteidenkschrift so zusammenfaßte: »Gelingt es nicht Deutschland, in siegreicher Abwehr seine Feinde zum Frieden zu zwingen, dann geht es einem allgemeinen Verarmungsprozeß entgegen [...] und der deutsche Arbeiter muß ins Elend wandern.«

¹²⁴⁾ In einem Artikel in der von Hugenberg bezahlten Unabhängigen Nationalkorrespondenz vom 29. Juni 1917, zit. nach einer Übernahme in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung Nr. 517, 1. Juli 1917 (»Für einen starken Frieden«), führte Wahl neben christlichen bzw. christlich-nationalen Gewerkschaftlern (Stegerwald, Behrens) namentlich die Sozialdemokraten Winnig, Weil und Huë auf.

¹²⁵⁾ In seinem Brief vom 25. Juni 1917 an Schäfer sprach Wahl von »Tischlern, Drehern, Kesselschmieden«; der Werkverein der AG Weser setzte sich 1918 aus dem Tischler Pfeiffer (Vors.), einem Schlosser, einem Kesselschmied, zwei weiteren Tischlern sowie einem Klempner zusammen, d. h. gelben Facharbeitern, vgl. Deutsche Arbeitswacht Nr. 10, 9. März 1918, S. 3. Wahl scheint zu diesem Zeitpunkt ganz für die Agitation von der Direktion der AG Weser freigestellt worden zu sein, im Januar 1918 figurierte er als »Sozialsekretär« der Firma, vgl. NL Kapp.

für einen deutschen Arbeiterfrieden« konstituierte¹²⁶⁾, getragen von einer neuen Welle imperialistischer Agitation durch das Kartell der schaffenden Stände, auch innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft durchsetzen konnte. Immerhin ist eine verstärkte sozialimperialistische Politik innerhalb der MSPD¹²⁷⁾, die hier gerade von ihrem äußersten rechten Flügel, repräsentiert durch Zeitschriften wie die »Glocke« bzw. von Strömungen innerhalb der Generalkommission der Freien Gewerkschaften um Legien und Bauer in der »Internationalen Korrespondenz« getragen wurde, 1917/18 unübersehbar und möglicherweise als direkte Reaktion auf die Arbeiteragitation solcher Gründungen wie der des Wahlschen Ausschusses zu verstehen. Dieser Ausschuß will nach eigenen Angaben bis Ende 1917¹²⁸⁾ allein im norddeutschen Raum 65 000 Mitglieder mobilisiert haben; erreicht werden konnten solche hohen Mitgliederzahlen nicht zuletzt deshalb — die Zahlen selbst lassen sich sehr schwer in ihrem Wahrheitsgehalt überprüfen —, weil jedes potentielle Mitglied nur gehalten war, das Programm des Ausschusses zu unterschreiben, während etwa Mitgliedsbeiträge nicht erhoben wurden.

Geschickt drapierte sich der Ausschuß als »politisch und religiös neutral, er ist das, was sein Name sagt: unabhängig und freideutsch und national«¹²⁹⁾, griff dabei positiv die Kriegspolitik-Broschüre der MSPD auf, was erkläre, daß auch viele sozialdemokratische Arbeiter den Anschluß an den Ausschuß gefunden hätten.¹³⁰⁾ Mittels des forcierten Sozialchauvinismus versuchte Wahl weiterhin auch an sozialaristokratisch-elitäre Instinkte in der Arbeiterschaft zu appellieren: So wie die englischen Arbeiter die Iren und Inder, die französischen die afrikanischen Neger, die amerikanischen Arbeiter die Einwanderer und in Zukunft chinesische Kulis als »Proletarier«¹³¹⁾ für sich arbeiten ließen, so müsse auch der deutsche Arbeiter sich eines Proletarier-Status zu schade dünken: »Auch Deutschland muß sehen, sich ein Proletariertum heranzuziehen. Der deutsche Arbeiter darf sich aber niemals zum Proletarier herabwürdigen; nur in seinem Deutschtum liegt seine Größe und seine Intelligenz.« Gewiß sei das keine »Humanitätspolitik«, aber »wir müssen so handeln, sollen uns die anderen Völker nicht überflügeln und sollen

¹²⁶⁾ Vgl. die Notiz über die erfolgte Gründung in: Deutschlands Erneuerung, H. 6, September 1917, »Bild der Lage« (abgeschlossen am 15. August 1917), S. 577 f.; dort auch das Programm (Dokument Nr. 2 im Anhang, S. 417); ein Rundschreiben der Vaterlandspartei vom 19. Jan. 1918 sprach von seiner Existenz seit einem halben Jahr, NL Kapp.

¹²⁷⁾ Die Mitteilungen der Deutschen Vaterlandspartei Nr. 16, 10. Juni 1918, u. ö. bescheinigten so z. B. der Internationalen Korrespondenz (IK), hinter der vor allem die Generalkommission, seit Januar 1918 aber auch führende Mitglieder der Reichstagsfraktion der MSPD standen (David, Keil, Kolb, Lensch, Umbreit, Haenisch, Jansson, Winnig, Cunow, Baake, Baumeister u. a. m.), sie sei »außenpolitisch eines der verständigsten Organe, das es gibt«. Repräsentativ für die sozialimperialistische Haltung der IK, der Glocke sowie solcher Zeitungen wie dem Hamburger Echo (HE) ist folgender Artikel der IK, Nr. 6, 9. April 1918 (»Klarheit und Einigkeit«): »Es ist jetzt keine andere Lösung der Weltwirren zu sehen, als der erhoffte volle deutsche Sieg auch im Westen.« Nr. 31, 18. Mai 1918 (»Autoritäre Welt-politik« [E. David]); Nr. 34, 25. Mai 1918 (»Über die Zukunft der Ostseeprovinzen«); Nr. 36, 29. Mai 1918 (»Auf der Bahn des Sieges«).

¹²⁸⁾ Bremer Tageblatt Nr. 265, 27. Sept. 1917, zurückgewiesen von der Bremer Bürger-Zeitung Nr. 229, 29. Sept. 1917 (Ein Spaß des »Bremer Tageblattes«).

¹²⁹⁾ Deutsche Arbeitswacht Nr. 2, 12. Jan. 1918 (»Arbeiterfrieden«).

¹³⁰⁾ Ebda., Nr. 4, 26. Jan. 1918 (»Sozialdemokratische Erkenntnis«).

¹³¹⁾ W. Wahl, Arbeiterkultur und Krieg; ebda., Nr. 13, 30. März 1918, S. 2; ders., Das deutsche Kriegsziel und die deutsche Arbeiterschaft, in: Nr. 18, 4. Mai 1918, S. 2: »Auch Deutschland muß ein Proletariertum haben, das für ihn arbeitet und auch kämpft. Der deutsche Arbeiter ist zu schade dazu. Das ist Deutschlands politisches Kriegsziel.«

wir nicht ewig die Arbeitspferde bleiben [...] der deutsche Arbeiter ist [...] zu schade, um nur zu arbeiten«.

Wahls Forderung nach Unterordnung der »minderwertigen« Arbeiter unter die — im Zuge seiner sozialdarwinistisch verbrämten Rassentheorie — als höherwertig dargestellten deutschen Arbeiter, die einer »Herrenrasse« angehörten, erscheint, abgesehen von ihrer manipulatorischen Funktion, durchaus als Surrogat für soziale und politische Emanzipation im eigenen Lande, letztlich als spezifisch sozialimperialistische Variante im Sinne einer »Steigerung des nationalideologischen Prestigegefühls« (Bracher)¹³²: Die Verbindungslinie zur späteren nationalsozialistischen Herrenmenschen-Ideologie ist hier mit Händen zu greifen.

Der Ausschuß Wahls — er will bis Januar 1918 rund 290 000 Mitglieder gewonnen haben¹³³) — arbeitete mit ähnlichen Ausschüssen in Süddeutschland zusammen; so will der Werkvereiner Franz Hilbig, seit 1909 Bundessekretär des Deutsch-Vaterländischen Arbeitervereins Mannheim, im September 1917 bereits 15 000 Arbeiter in seinem *Südwestdeutschen Arbeiterverband* organisiert haben¹³⁴). Dieser wiederum wurde mit jährlich 4000 Mark von der BASF unterstützt und wird sich wahrscheinlich weitgehend aus den »gelben« Chemiarbeitern in Ludwigshafen und Mannheim rekrutiert haben.

IV. PRÄFASCHISTISCHE BEWEGUNGEN 1917/1920

In eine neue Phase trat die manipulatorische sozialchauvinistische Politik im Herbst 1917. Als Reaktion auf die Ankündigung der preußischen Wahlrechtsvorlage und die Friedensresolution des Reichstages wurde Anfang September die präfaschistische *Deutsche Vaterlandspartei*¹³⁵) als eine große überparteiliche Sammlungsbewegung der nationalen Rechten gegründet, die alle bestehenden Kriegszielausschüsse und Agitationsvereine in sich zu vereinigen suchte. Die Deutsche Vaterlandspartei, gegründet von Kapp und Tirpitz, war mit über einer Million Mitgliedern auf ihrem Höhepunkt im Sommer 1918 der erste geglückte Versuch einer Massenbewegung von rechts im Kaiserreich. Finanziert von der Schwerindustrie, besonders vom Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikat Kirdorfs, organisatorisch getragen vom Bund der Landwirte, dem Alldeutschen Verband und dem Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden, die jeweils ihre bestehenden Organisationen und Wanderredner zur Verfügung stellten, war die neue »Partei« der organisierte Protest der alten Machteliten gegen einen Verständigungsfrieden im Sinne der Juli-resolution des Reichstages, was die außenpolitische Zielsetzung anging, hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung aber eine Neuauflage des Kartells der schaffenden Stände von

¹³²) Karl Dietrich Bracher, Über das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, in: ders., Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur, Bern/München/Wien 1964, S. 359; K. D. Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, 2. Aufl., Köln/Opladen 1962, S. 223 ff.

¹³³) Das Telegramm des Ausschusses an den Kaiser vom 4. Jan. 1918 spricht von »290 000 eingeschriebenen Arbeitermitgliedern, 40 000 mehr als beide sozialdemokratischen Gruppen zusammen«, DZA Merseburg, Rep. 89 H; BNN Nr. 12, 7. Jan. 1918 (»Kundgebung zur Lage«); Deutsche Arbeitswacht Nr. 2, 12. Jan. 1918 (»Arbeiterfrieden«), spricht sogar von »dreihunderttausend« Arbeitern; A. Drexler, Mein politisches Erwachen, S. 20.

¹³⁴) Mitteilungen der Deutschen Vaterlandspartei Nr. 2, 21. Dez. 1917.

¹³⁵) Vgl. hierzu die kurzen Hinweise in: D. Stegmann, S. 497 ff. und meine demnächst erscheinende Monographie.

1913 mit erweiterten Zielen. »Der alldeutsche Eroberungsgeist und das innenpolitische Herrentum der schweren Industrie und des ostdeutschen Großgrundbesitzes« schufen sich in ihr »ein Organ, das ihre wahren Tendenzen blendend verhüllte«.¹³⁶⁾ Die Vaterlandspartei erklärte sich nämlich nach außen hin für innenpolitisch neutral und gab vor, nur alle nationalen Energien für einen starken Siegfrieden, einen sog. Hindenburgfrieden, sammeln zu wollen; in Wahrheit verfolgte die eigentliche Führungsgruppe — Kapp, Wangenheim, Schiele, Hugenberg, Kirdorf und Claß (der erste Vorsitzende Tirpitz und der Ehrenvorsitzende Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg hatten weitgehend repräsentative Funktionen) — schon unmittelbar durch die Forderung, die innenpolitischen Fragen müßten bis nach Kriegsende zurückgestellt werden, das Ziel, die eingeleitete Neuorientierung im Innern wenigstens aufzuschieben. Kapp und seine Freunde gingen aber intern noch viel weiter: Für Kapp, Wangenheim und Kirdorf sollte die Vaterlandspartei die Massenbasis für eine Militärdiktatur unter der Führung von Ludendorff und Hindenburg bzw. Tirpitz und Kapp abgeben, die die Neuorientierung ganz rückgängig machen sollte. Die Gründer der Partei sahen schon deshalb in der Schaffung einer Massenbasis von Anfang an die *conditio sine qua non* jeder erfolgreichen politischen Arbeit.

Neben dem nationalistisch-konservativen Bürgertum, weiten Teilen kleingewerblicher Kreise im alten Mittelstand (Handwerker und Kolonialwarenhändler) sowie im agrarischen Bevölkerungsteil wollte die Führung um Kapp sehr früh über die »gelbe« Arbeiterschaft hinaus auch links von ihr stehende Arbeiter- und Angestelltengruppen mobilisieren. Auf dem Gründungsparteitag am 24. September 1917 in Berlin war bereits neben Wahl und Hilbig auch Jensen vom Hauptausschuß Nationaler Arbeiter- und Berufsverbände vertreten; ein Vorstandsmitglied des Freien Ausschusses für einen deutschen Arbeiterfrieden, der Tischler Pfeiffer, wurde im März 1918 in den Vorstand der Vaterlandspartei kooptiert. Im sog. Reichsausschuß saßen der Vorsitzende des Hauptausschusses, Jensen, der Vorsitzende des 1918 gegründeten Nordwestdeutschen Landesverbandes im Bund Deutscher Werkvereine, Grandke, sowie der Flensburger Arbeitersekretär Barkei neben Repräsentanten der konservativen Führungsschichten wie v. Borsig, Kirdorf, Hirsch (Handelskammer Essen), Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, Roetger, Reichert (Syndikus des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller) oder W. Seitz (Direktor der Filiale München der Dresdner Bank).

Ansatzpunkt dafür, auch in kampfgewerkschaftliche Kreise einzudringen, sah Kapp, seit Mitte 1916 auch über seinen Vorsitz in der »Volksversicherung« gewähltes Vorstandsmitglied des Konferenzausschusses und 1918 im Vorstand der Deutschen Vereinigung, in dem Wahlschen Ausschuß bzw. in den den »Gelben« nahestehenden Gruppen: So hatte sich z. B. der 1. Vorsitzende des Gesamtverbandes Evangelischer Arbeitervereine dem Vorstand der Rheinischen Provinzialorganisation der Vaterlandspartei angeschlossen.¹³⁷⁾ Wahrscheinlich im Auftrage Kapps legte der ehemalige Geschäftsführer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Bovenschen, am 20. Dezember 1917 eine Denkschrift über den Ausbau der Vaterlandspartei vor, in der er dazu aufforderte, die »Vaterlandspartei nicht mit dem Tage des Friedens aufzulösen, sondern sie zu einer dauernden Einrichtung zu machen, und zwar unter Erweiterung ihrer Grundlagen und

¹³⁶⁾ F. Meinecke, *Die deutsche Katastrophe*, S. 49.

¹³⁷⁾ Kölnische Volkszeitung Nr. 786, 17. Okt. 1917 (es handelt sich hierbei um den Pfarrer Ludwig Weber).

Ziele«. Zentrale Aufgabe müsse es sein, »fern allem Parteietriebe die rein völkischen Ziele des Deutschtums« in den Vordergrund zu stellen, konkret, die Sozialdemokratie »zu positiver Mitarbeit am Deutschtum heranzuziehen«, was gleichbedeutend sei mit der »Nationalisierung der deutschen Arbeiterschaft«¹³⁸). Kapp griff dieses Konzept auf, unterstützt von seinem Intimus Georg Wilhelm Schiele.¹³⁹)

Eine solche Strategie war auch schon deshalb notwendig, um der sich seit der Jahreswende 1917/18 formierenden Abwehrorganisation gegen die Vaterlandspartei, dem *Volksbund für Freiheit und Vaterland*, ein Gegengewicht entgegenzusetzen: Ihm hatten sich u. a. die Generalkommission der Freien Gewerkschaften sowie die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften angeschlossen.

Am 19. Januar 1918 machte ein Rundschreiben des Hauptgeschäftsführers der Vaterlandspartei auf den Wahlschen Ausschuß aufmerksam; er empfahl den Landesvereinen, dessen Werbematerial, das sich »besonders zum Verteilen in Versammlungen sowie in Arbeiterkreisen eigne«¹⁴⁰), zu übernehmen. Am 30. Januar forderte die Berliner Zentrale weiter dazu auf, alle Angaben über die Mitgliedschaft von Arbeitern in den Landesvereinen und Ortsgruppen bekanntzugeben, damit die »abseits stehenden Arbeiter und die vaterländisch gesinnten Arbeitergruppen auf nationaler Grundlage zu einer einheitlichen Kampffront« gesammelt werden könnten. Nicht zuletzt wegen dieser Strategie waren namhafte Großindustrielle nur allzu bereit, in einen »Geldmittelausschuß« der Vaterlandspartei einzutreten, der unter anderem auch die Gelder für die Propaganda in der Arbeiterschaft bereitstellen sollte; so der derzeitige Direktoriumsvorsitzende des Centralverbandes Deutscher Industrieller, Max Roetger, der Direktoriumsvorsitzende von Siemens, Wilhelm von Siemens, sowie Marc Fuchs, der Generaldirektor der chemischen Fabrik I. D. Riedel AG, Berlin. Gerade Roetger motivierte seine Mitarbeit damit, daß »zur Aufklärung des Arbeiters« noch viel mehr als bisher getan werden müsse. Wilhelm von Siemens sprach sich für eine »Vortragsfolge zur Aufklärung unter den Arbeitern« aus: »Druckschriften in großer Auflage seien notwendig, dafür könne immer Geld gefunden werden.«¹⁴¹)

Am 7. März 1918 nahm eine »Abteilung für Werbung und nationalpolitische Aufklärung der Arbeiter«¹⁴²), kurz *Arbeiterabteilung* genannt, in der Zentrale in Berlin die hier erläuterten Agitationsaufgaben in Angriff. Ihr Leiter wurde Robert Peter, 1915–18 gleichzeitig bevollmächtigter Geschäftsführer des Bundes Vaterländischer Arbeitervereine. »Gelbe« Arbeiterfunktionäre waren auch auf anderer Ebene, besonders in den Industriegebieten, innerhalb der Organisation der Vaterlandspartei beschäftigt: So war der Generalsekretär des Niederrheinisch-Westfälischen Landesvereins ein früherer Mitarbeiter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie¹⁴³); als Redner fungierten u. a. sein langjähriger Geschäftsführer, Bovenschen, sowie der Vorsitzende des Kruppischen Nationalen Arbeitervereins.

¹³⁸) DZA Merseburg, NL Bovenschen, B VI, Denkschrift vom 20. Dez. 1917.

¹³⁹) Schiele war seit Anfang 1918 auch Herausgeber der von der Schwerindustrie maßgeblich unterstützten Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz.

¹⁴⁰) NL Kapp, auch für das Folgende.

¹⁴¹) Vorstandssitzung der Vaterlandspartei am 9. März 1918 in Berlin. Diese Namen konnten ermittelt werden: Tirpitz erklärte sich in der Sitzung bereit, weitere potentielle Geldgeber namhaft zu machen bzw. zu mobilisieren.

¹⁴²) Mitteilungen der Deutschen Vaterlandspartei Nr. 8, 14. März 1918.

¹⁴³) Michaelis an Bovenschen, 13. Juli 1918 (DZA Merseburg, NL Bovenschen, A VIII).

Die Arbeiterabteilung in Berlin hatte neben den bereits beschriebenen Aufgaben¹⁴⁴⁾ auch Koordinierungsfunktionen: Wahl, der übrigens im Frühjahr 1918 erstmals auf dem Alldeutschen Verbandstag in Berlin referierte und mit Claß in direktem brieflichen Kontakt stand¹⁴⁵⁾, trat Anfang 1918 mit Hilbig vom Südwestdeutschen Arbeiterverband in Verbindung und suchte auch in Bayern Nebenorganisationen aufzuziehen. Durch seine Vermittlung gründete das Mitglied der Ortsgruppe München der Deutschen Vaterlandspartei, der Werkzeugschlosser in der Reichsbahn-Hauptwerkstätte München, Anton Drexler¹⁴⁶⁾, am 7. März 1918 einen Freien Arbeiterausschuß für einen guten Frieden, und zwar offiziell als Ortsgruppe der Bremer Zentrale. Zu diesem Zweck, um die neue Gründung als unabhängig von der Vaterlandspartei hinzustellen, war Drexler wohl Anfang 1918 offiziell aus der Vaterlandspartei ausgetreten, nicht zuletzt um gegenüber seinen Arbeitskollegen nicht mehr länger als Agent der Partei, als »verdummter« und »bezahlter« zu erscheinen, was eine erfolgreiche Werbung unmöglich gemacht hätte.¹⁴⁷⁾ Drexler nahm, obwohl er ansonsten die Zielsetzung des Wahlschen Ausschusses kopierte, in sein Programm die Bekämpfung des Wuchers und des Schleihhandels auf, was gleichbedeutend mit gewissen antisemitischen Untertönen war; trotzdem gelang es ihm in München nur 40 Mitglieder für seinen Ausschuß zu gewinnen. Eine größere Agitationsbasis versprach er sich durch seinen im Herbst 1918 erfolgten Eintritt in den freigewerkschaftlichen Eisenbahnverband.

Unabhängig von der Arbeiterabteilung in Berlin setzte auch der *Konferenzausschuß*, dessen Mitglieder wiederum sämtlich der Vaterlandspartei angehörten, seine Politik fort, die wirtschaftsfriedliche Front durch die Einbeziehung weiterer Verbände zu stärken, wie durch die Gewinnung der Deutschen Staatshandwerker- und Arbeitergemeinschaft, einer seit Herbst 1915 bestehenden Organisation der Arbeiter und Handwerker in den staatlichen Betrieben. Dieses Vorgehen¹⁴⁸⁾ muß als verdeckte innenpolitische Stützungsaktion der Vaterlandspartei gesehen werden, die sich ja offiziell in Fragen der Innenpolitik für neutral erklärt hatte. Über einige handwerkliche Gruppierungen hinaus wurde hier 1917 die lockere Einbeziehung des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) sowie des Deutschen Gruben- und Fabrikbeamtenverbandes (Bochum) erreicht, einer nationalen Angestelltenorganisation. Am 7. März 1918 wurde ein neuerlicher Versuch gemacht, über gemeinsame Antistreikaufrufe auch zu einer organisatorischen Verfestigung der Zusammenarbeit zu gelangen, zu einer »Arbeitsgemeinschaft«, denn eine »Gruppe von 500 000—600 000 wirtschaftsfriedlichen Arbeitern könne seitens der Regierung nicht unberücksichtigt bleiben«, wie Generaldirektor Reusch

¹⁴⁴⁾ Vgl. dazu die Druckschriften und Flugblätter der Partei, die teilw. von der Deutschen Vereinigung übernommen wurden und in hohen Auflagen verteilt wurden: Nr. 23: Welchen Frieden braucht der deutsche Arbeiter?; Nr. 30: Wie sorgt die sozialdemokratische Partei durch ihre Friedensbeschlüsse für die deutschen Arbeiter?; Nr. 36: Freier Ausschuß für einen deutschen Arbeiterfrieden; Nr. 77: An die deutschen Arbeiter! Nr. 81: Brief eines organisierten Sozialdemokraten; Nr. 91: Die Arbeiterschaft und der Krieg.

¹⁴⁵⁾ Vgl. Alldeutsche Blätter Nr. 16, 20. April 1918, S. 128 ff. (Redner am 14. April 1918 in Berlin); Hauptleitung (Claß) an Wahl, 10. Juni 1918 (DZA Potsdam, ADV, Nr. 245/1).

¹⁴⁶⁾ A. Drexler, Mein politisches Erwachen, S. 20; das Gründungsprotokoll ist abgedruckt bei W. Maser, Tafel 4 (Faksimile).

¹⁴⁷⁾ A. Drexler, S. 14; G. Franz-Willing, S. 62, der diese Version Drexlers ungeprüft übernimmt, unterstellt ebenso wie Maser, der die Angaben Franz-Willings seinerseits übernimmt, daß Drexler nur »drei Monate lang« der Vaterlandspartei angehört und dann einen »selbständigen« Ausschuß gegründet habe.

¹⁴⁸⁾ Das Folgende nach den Materialien in: H.A./GHH 300 19324/11 und 300 19390/15.

von der Gutehoffnungshütte glaubte. Unterstützung erhielt er vor allem von dem Führer der Berliner katholischen Fachvereine, Fleischer, mit der Motivierung, »es gehe auf Weltrevolution hinaus. Die russische Revolution sei nur eine Etappe auf dem Wege dazu«. Aber wie 1917 kam nur ein gemeinsamer Antistreikaufruf zustande, an dem sich Verbände mit rund 900 000 Mitgliedern beteiligten. Gerade aber die Einbeziehung der Staatsarbeiter und -handwerker konnte nicht erreicht werden: Die Verbindung mit den »Gelben« habe bereits seinerzeit bei dem Antistreikaufruf der Bewegung »ungeheuer geschadet«, erklärte ihr Vertreter in der Sitzung. Trotz dieses relativen Mißerfolges reagierte Oberst Bauer, dem Fleischer¹⁴⁹⁾ das Verhandlungsergebnis mitgeteilt hatte, hocherfreut und sprach auch den Dank Hindenburgs und Ludendorffs aus, wobei er ausführte:

»Unsere Zukunft hängt meines Erachtens lediglich davon ab, daß wir eine Regierung bekommen, die stark ist und sich auf die nationalen Teile des Volkes, insbesondere also auf die nationale Arbeiterschaft stützt. Je mehr es gelingt, die wirtschaftsfriedlichen Verbände zusammenzufassen und damit eine geschlossene Macht zu bilden, um so eher wird eine künftige Regierung gewillt sein, mit dieser Macht zu marschieren.«

Die gleiche Taktik galt gegenüber der Angestelltenbewegung¹⁵⁰⁾; diese Aktivität lag nicht zuletzt auch in dem Versuch begründet, tragfähige Gegengewichte zur Angestellten- und Gewerkschaftsarbeitgemeinschaft im Volksbund für Freiheit und Vaterland zu schaffen.¹⁵¹⁾ Diesem hatten sich außer den Arbeitergewerkschaften und Teilen der mittleren und kleinen Beamtenschaft sowie einigen Staatsarbeiterverbänden¹⁵²⁾ auch Angestelltenverbände wie der Verband Deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig, der Verein der Deutschen Kaufleute und der Verein für Handlungskommiss von 1858 in Hamburg angeschlossen. Immerhin hielten sich große Angestelltengruppen wie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband dem Volksbund fern, die teilweise offen

¹⁴⁹⁾ Fleischer an Bauer, 21. März 1918 (BA Koblenz, NL Bauer, Nr. 12), und Bauer an Fleischer, 25. März 1918, ebda. Bauer versprach Fleischer in einem Brief vom 18. Mai 1918 (NL Bauer, Nr. 13), über den Grafen Limburg-Stürum diese Gedanken auch der zivilen Reichsleitung nahezubringen; gerade mit letzterem solle Fleischer Verbindung halten. Hindenburg hatte wiederholt in Zusammenarbeit mit Ludendorff bei der Reichsleitung für die Gelben interveniert, zuletzt in einem Schreiben vom 17. Febr. 1918 an Hertling, vgl. *Das Werk des Untersuchungsausschusses des Reichstages*, Bd. 2, Reihe IV, Berlin 1925, S. 149 f.

Gerade auch in der Frage einer Siegfriedenspropaganda arbeiteten Schwerindustrie, Oberste Heeresleitung und Vaterlandspartei aufs engste zusammen: Schon am 19. Aug. 1917 hatten maßgebliche Unternehmer (Duisberg, Kirdorf, Hugenberg, Reusch) auf einer Sitzung mit Oberstleutnant Bauer (NL Groener, H-08-46/113) sich für einen »Propagandausschuß aus Kreisen der Unternehmer, [...] der in enger Verbindung mit den stellv. Generalkommandos zu arbeiten haben werde«, eingesetzt. Dieser Ausschuß wurde im September 1917 gebildet, vgl. Beumer auf der Vorstandssitzung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller am 24. Sept. 1917 (BA Koblenz, R 13 I/152).

¹⁵⁰⁾ Wenn auch Zentralisierungsbestrebungen in Form einer Generalkommission der Angestelltenverbände, eines Deutschen Angestelltenrates oder eines Allgemeinen deutschen Privatbeamten-tages 1917/18 gescheitert waren, so kam es doch seit Ende 1917 zu einem lockeren Kartell der einzelnen Verbände.

¹⁵¹⁾ Vgl. *Um Freiheit und Vaterland*. Erste Veröffentlichung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Gotha 1918, S. 45 ff.

¹⁵²⁾ Soziale Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten, Reichskartell der Angestelltenverbände, Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände, Verband Deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter. Von den Sozialpolitikern und gouvernementalen Professoren waren u. a. Francke, Herkner, Max und Alfred Weber, E. Troeltsch, Friedrich Meinecke und W. Goetz vertreten.

stärker mit den machtpolitischen Zielen der Vaterlandspartei sympathisierten. Diese Situation suchten die Hintermänner der Vaterlandspartei innenpolitisch umzumünzen. Seit Januar 1918 wurde eine große Werbeaktion für eine wirtschaftsfriedliche Angestelltenbewegung initiiert, die von der Hamburger Zeitschrift »Die Hanse« unter ihrem Herausgeber Moritz Müller¹⁵³⁾ ausging. Müller stand seit Herbst 1916 über den Essener Handelskammersyndikus Hirsch mit dem maßgeblichen Mann im CDI, Hugenberg, in Verbindung, der »Die Hanse« u. a. mit Anzeigen seitens der Großindustrie indirekt finanzierte. Die Zeitschrift zählte ab 1. März 1918 u. a. zu ihren ständigen Mitarbeitern den Syndikus des Verbandes Bayerischer Industrieller, Kuhlo, und den Syndikus des Verbandes Thüringischer Industrieller, Richter, d. h. Mitglieder sowohl des CDI als auch des Bundes der Industriellen (Stresemann), ein deutliches Zeichen für die sich verfestigende Zusammenarbeit der bis 1914 unterschiedliche gesellschaftspolitische Konzeptionen verfolgenden Industrieverbände, die sich mit der Gründung des Deutschen Industriekongresses im Februar 1918 konkretisierte.

Ideologisch schloß »Die Hanse« am Vorbild Hugenberg und Garvens von 1913 bzw. der Deutschen Vereinigung von 1915/16 an, plädierte für »Verständigung«¹⁵⁴⁾, den »mittelständischen Mitarbeiter-Gedanken«¹⁵⁵⁾, polemisierte gegen die Radikalisierung innerhalb der Angestelltenbewegung, gegen die Politik der Regierung, stellte sich vor die »gelben« Arbeiter und propagierte »gelbe« Angestelltenverbände innerhalb der »kaufmännischen, technischen und Büroangestellten«: Die Unorganisierten, die Mitläufer und die mit der Politik der bestehenden Verbände Unzufriedenen sollten als Rekrutierungsbasis dienen. Die schon bestehenden lokalen Vereinigungen in den einzelnen Betrieben und Werken nach dem Vorbild der Kruppwerke sowie ähnlicher Gründungen bei Siemens, der AEG und bei einzelnen Großbanken — kurz bei Großunternehmen, die »über einen großen Beamtenkörper verfügen«¹⁵⁶⁾ — galten als Anknüpfungspunkte, über die hinaus aber auch in jenen »Tausende[n] von Mittel- und Kleinbetrieben, Geschäften, Firmen«, die wegen der geringen Zahl der Angestellten eine Werkvereinsbildung nicht ermöglichen konnten, der wirtschaftsfriedliche Gedanke Eingang finden müsse.¹⁵⁷⁾

¹⁵³⁾ Die Hanse, seit 1. Jan. 1918 mit dem Untertitel: »Die Hanse tritt ein für eine wirtschaftsfriedliche Angestelltenbewegung, den Schutz des Kapitals und der schaffenden Stände durch Förderung der Unternehmertätigkeit: Handel, Industrie, Schiffahrt, Versicherungswesen.« Diese Gewerbebezüge, so u. a. die Norddeutsche Versicherungsgesellschaft, die Assekuranz-Union von 1865, die Hansa Allg. Versicherungs AG, die Iduna, die Münchener Rückversicherung, die Albingia, dann Siemens & Halske, die AEG, Fried. Krupp AG, Bismarckhütte, die Mannesmannröhren-Werke, die Oberschles. Eisenbedarfs AG sowie sämtliche deutschen Großbanken, unterstützten Die Hanse durch große Anzeigenaufträge, die das 1917 gegründete Anzeigeninstitut Hugenberg, die sog. ALA, vermittelte. Vgl. dazu die erwähnte Diss. von D. Guratzsch über Alfred Hugenberg, passim.

¹⁵⁴⁾ Nr. 3, 1. Febr. 1918 (»Verständigung«).

¹⁵⁵⁾ Nr. 6, 15. März 1918 (»Tagungen«); Nr. 7, 1. April 1918 (»Die indirekten Wirkungen der modernen Angestelltenbewegung«). Die Zeitschrift druckte auch die Rede G. W. Schieles auf der Tagung des Bundes Deutscher Werkvereine nach, die diese Gedanken übernahm.

¹⁵⁶⁾ Nr. 9, 1. Mai 1918 (»Die gelbe Gefahr«); im Juni 1918 schlossen sich die bestehenden Bankbeamtenverbände — der gewerkschaftlich orientierte Verein der Bankbeamten und der Deutsche Bankbeamtenverein — zusammen, vgl. a. a. O., Nr. 12, 15. Juni 1918; schon Ende 1913 hatte es zwischen der Deutschen Bank und dem Deutschen Bankbeamtenverein einen schweren Zusammenstoß gegeben, der dazu führte, daß die Freien Gewerkschaften ihre Guthaben von der Deutschen Bank abzogen, vgl. D. Stegmann, S. 431, Anm.

¹⁵⁷⁾ Nr. 8, 14. Mai 1918 (»Aufruf«); Nr. 11, 1. Juni 1918 (»Klarheit und Wahrheit«); Nr. 15, 1. Aug. 1918 (»Die Hanse und ihre Gegner«).

Es ist nun sehr schwer feststellbar, inwieweit diese Werbeaktionen, für die noch im Oktober 1918 große Geldmittel¹⁵⁸⁾ zur Verfügung gestellt wurden, erfolgreich waren; die Entwicklung des Kruppschen Vereins, der von 1100 Mitgliedern 1913 auf 2500 Mitte 1918 anwuchs, d. h. nur etwa die Hälfte der festangestellten Beschäftigten umfaßte, deren Vertreter z. B. bei den Angestelltenausschuwahlen im März 1917 von 10 Sitzen nur 5 gewinnen konnten¹⁵⁹⁾, läßt eher einen gegenteiligen Schluß zu. Die schwierige ökonomische Lage der Angestellten 1918¹⁶⁰⁾, die auch Werkvereinsmitglieder eingestehen mußten, führte eher zu politischer Entwicklung nach links, was sich auch darin zeigt, daß »Die Hanse« von fast allen bestehenden Organisationen bekämpft wurde.¹⁶¹⁾

Diese Mißerfolge, die Arbeiterschaft sowie die Angestellten links von den »gelben« Gewerkschaften bzw. den bestehenden Organisationen in nennenswertem Umfang für eine Politik unter sozialreaktionären Vorzeichen zu mobilisieren, sei es durch nationalistische Propaganda, wie sie die Arbeiterabteilung der Vaterlandspartei forderte, sei es durch offene Aktionen wie in der »Hanse«, führten die Hintermänner der Vaterlandspartei zu der Erkenntnis, daß die Parolen Nationalismus und Wirtschaftsfrieden durch neue ideologische Versatzstücke ergänzt werden mußten, ebenso wie das praktizierte Organisationsmodell durch parteipolitische Neubildungen. Hier konnte man an Bestrebungen innerhalb der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung selbst anknüpfen, die sich ja schon Ende 1916 zu dem Plan einer selbständigen Arbeiterpartei verdichtet hatten; jetzt sollten — und das zeigt eine qualitativ neue Entwicklungsstufe — diese 1916 noch von Unternehmern und Konservativen abgelehnten Pläne, erweitert durch die Einbeziehung der Angestellten, gerade von diesen Gruppen aufgegriffen werden.

Am 1. September 1917 auf der Sitzung des Bundesausschusses des *Bundes Deutscher Werkvereine* war wiederum die Parole ausgegeben worden, nicht parteipolitisch zu wirken, sondern als »Einzelmitglieder und als lokale Gruppen in den nationalen Parteien«¹⁶²⁾ Einfluß zu gewinnen. Ein ähnliches, dabei aber einseitig auf die Deutsch-Konservative Partei ausgerichtetes Konzept vertrat im Oktober 1917 auch Wahl vom

¹⁵⁸⁾ In einem Rundschreiben vom Okt. 1918 rief Die Hanse zur Gründung eines Verbandes der wirtschaftsfriedlichen Angestellten auf und verwies dabei auf die finanzielle Stützung in Höhe von bisher 42 000 Mark seitens u. a. der Borsig-Werke, Siemens-Schuckert, Siemens & Halske, Blohm & Voß, Krupp sowie einzelner Banken, zit. nach: Die Hilfe Nr. 42, 17. Okt. 1918, S. 499 f.

¹⁵⁹⁾ Angaben nach: Die Hanse Nr. 15, 1. Aug. 1918 (»Verein Kruppscher Beamten«); A. Heinrichsbauer, S. 76, sprach im Sommer 1918 von einer Welle von Neugründungen. 1920 schloß sich der sog. Bund technischer Angestellter dem Nationalverband Deutscher Gewerkschaften, der Nachfolgeorganisation des alten Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände, an, vgl. Deutsche Wacht Nr. 17, 25. April 1920. 1923 gehörten von 283 000 wirtschaftsfriedlichen Arbeitnehmern dem Nationalverband 55 700 gelbe Angestellte, 5900 gelbe Beamten an, vgl. Lederer/Marschak, Die Klassen auf dem Arbeitsmarkt, in: GdS, IX, 2, 1927, S. 187, Anm. 1.

¹⁶⁰⁾ Vgl. dazu das Urteil von Anton Höfle, Privatangestellte und Neuorientierung, Berlin (März) 1918, S. 12: »Die Geldentwertung und die Verschiebung des Besitzes [...] treffen in erster Linie den Privatangestellten«; Engel von der Deutschen Vereinigung am 8. Aug. 1918 auf der Tagung des gelben Hauptausschusses, zit. nach: Der Werkverein Nr. 37, 14. Sept. 1918, S. 2: »Allerdings hat die Steigerung der Bezüge mit den maßlosen Preissteigerungen nicht immer Schritt gehalten.«

¹⁶¹⁾ Belege dafür bei A. Heinrichsbauer, S. 84 f.; Die Hanse, passim.

¹⁶²⁾ Die Arbeiterbewegung Nr. 18, 20. Sept. 1917, S. 151.

Bremer Ausschuß für einen Deutschen Arbeiterfrieden gegenüber Westarp¹⁶³): Seiner Meinung war es jetzt »höchste Zeit, daß der vaterländische Gedanke höhere Wellen schlägt, und die Konservative Partei hat die heilige Pflicht, die nationalgesinnten Arbeiterkreise zu sammeln und gegen die Internationale zu schützen«. Trete die Konservative Partei aus ihrer »Vornehmheit« heraus und wappne sie sich zur »Agitation und zum scharfen Kampfe«, dann werde ein »Führer schon entstehen [...] und große Arbeitermassen werden ihr [der Partei] Folgeschaft leisten und dankbar sein«. Wahl forderte Westarp auf, gegen Scheidemann und Erzberger einen Arbeiterkandidaten der Konservativen Partei bei der nächsten Wahl aufzustellen: Ein »wirklicher deutscher Arbeiterführer«, womit Wahl sich indirekt selbst empfahl, werde die »Demokratie [...] stürzen« helfen. Westarp ließ diesen und einen weiteren beschwörenden Brief¹⁶⁴) indes unbeantwortet, nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil Wahl, obwohl Mitglied des Gesamtvorstandes des Bundes Deutscher Werkvereine, für seine Konzeption einer einseitigen Anlehnung an den Konservatismus innerhalb seiner Vorstandskollegen keine Mehrheit fand. Am 20. Februar 1918 erklärte sich der Bund Deutscher Werkvereine wiederum für politisch neutral und empfahl allein die Mitarbeit in den nationalen Parteien.¹⁶⁵)

Erst Kapp und seine Freunde gaben im Frühjahr 1918 diesen zum Teil divergierenden Strömungen und unterschiedlichen Konzeptionen eine neue Richtung durch den Plan, eine neue Partei zu gründen.

Seit Anfang November 1917¹⁶⁶) stand Kapp in Kontakt mit Wilhelm Gellert, einem Angestellten des Kalisyndikats in Berlin; Gellert, der vom Arbeiter zum Korrespondenten bzw. zum sog. Beamtenstellvertreter aufgestiegen war, hatte sich politisch in der Angestelltenbewegung engagiert und gehörte dem Nationalliberalen Verein in Berlin als Mitglied sowie dem Jungliberalen Verein als Vorstandsmitglied an. Im Kriege war er Mitglied des Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden, des Münchener Ausschusses für rasche Niederkämpfung Englands sowie der Vaterlandspartei geworden.¹⁶⁷) Er unterbreitete Kapp nun den Plan, eine »*Deutsche Arbeiterpartei*« zu gründen, und zwar nicht als Anhängsel der Vaterlandspartei, sondern als völlig selbständige Partei, weil sie nur als solche Aussicht habe, gegen die Sozialdemokratie aufzukommen; sonst sei die Partei eine Totgeburt.¹⁶⁸) Die Vaterlandspartei dürfe, wie Gellert meinte, kaum tief in die Arbeiterschaft eindringen, wohl aber vermöge das eine reine Arbeiterpartei, »die zunächst fast die gleichen Ziele hat«. Eine günstige Ausgangsbasis für ein solches Vorhaben liege einmal in der allgemeinen Nationalisierungswelle innerhalb der Arbeiterschaft seit Kriegsausbruch, ein Hebel weiter in der Auseinandersetzung zwischen MSPD und USPD sowie im Mitgliederrückgang der Partei während des Krieges und in der

¹⁶³) Wahl an Westarp, 23. Okt. 1917 (DZA Potsdam, NL Westarp). Wahl teilte hier mit, daß er zuerst noch auf die Nationalliberalen gesetzt habe, aber durch die Schwenkung der Partei enttäuscht worden sei.

¹⁶⁴) Wahl an Westarp, 26. Nov. 1917 (ebda.), mit der Marginalie von der Hand Westarps »Unbeantwortet«. Ein weiteres Motiv für Westarps Haltung war die bis dahin noch bestehende Exklusivität der Partei: Bei den Reichstagsnachwahlen im Februar 1918 wurde so z. B. Kapp in den Reichstag gewählt.

¹⁶⁵) Der Werkverein Nr. 12, 23. März 1918. Zusätzlich sollten ständige Ausschüsse, die außerhalb der Werkvereine arbeiten sollten, eingerichtet werden.

¹⁶⁶) Das Folgende nach den Materialien im NL Kapp, D X, Nr. 77.

¹⁶⁷) Lebenslauf a. a. O., Gellert an Kapp, 10. Dez. 1917.

¹⁶⁸) Gellert an Kapp, 8. Nov. 1917.

Schrumpfung der Parteipresse im Zuge der Papierknappheit. Einen zusätzlichen Aspekt brachte Gellert dadurch in seinen Plan ein, daß er auch die Angestellten in sein Konzept einbezog. Seiner Meinung nach müßten die Politisierungstendenzen innerhalb dieser Gruppe, die er seit Anfang 1914 datierte und die jetzt im Kriege vollends deutlich geworden seien, aufgefangen werden. Bei den Sozialdemokraten könne die Vertretung der Angestellten nicht liegen, obwohl gerade von dieser Seite die größte Gefahr drohe, hätten doch die wirtschaftlichen Verhältnisse zu einem Linksrutsch geführt und die Werbekraft sozialdemokratischer Ideen verstärkt. Eine Vertretung könne aber auch nicht bei den bürgerlichen Parteien liegen, in denen die Angestellten sich gegenüber den Akademikern, die die Vorstände beherrschten, als unterprivilegiert empfänden:

»Die Rettung von der sozialdemokratischen Verseuchung kann nur von dem gesunden Sinn der Arbeiter und Angestellten kommen, und sie müssen aus sich selbst heraus eine solche nationale Bewegung schaffen, also selbständig sein.«

Nun sei eine Anlehnung an die Vaterlandspartei schon deshalb möglich, weil die Ziele beider Parteien gegenwärtig die gleichen seien; später würden sich die Wege schon deshalb trennen, weil die Deutsche Arbeiterpartei auch noch nach dem Kriege fortbestehen und »gerade dann erst recht an Bedeutung gewinnen soll«, während die Vaterlandspartei sich ja satzungsgemäß bei Kriegsende auflösen werde.

Ein erster Entwurf eines Aufrufes sowie ein Nachtrag zeigen an, auf welche Punkte bei der Werbung von Mitgliedern das Hauptaugenmerk gelenkt werden sollte: Kampf den »internationalen Kriegsverlängerern«, weitreichende Kriegsziele in Europa und in Übersee, im Innern Kampf gegen die »schwarz-rot-goldene Internationale«¹⁶⁹), d. h. gegen die Parteien der sog. Friedensresolution, deren Verzichtspolitik zur Verelendung der Nation und Unmöglichkeit jeder weiteren Sozialpolitik führen müsse. Weiterhin sprach sich Gellert gegen die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen aus.

Antisemitische Parolen waren hier bereits angedeutet, standen aber keineswegs im Mittelpunkt der Agitation; stärker wurde die Kriegszielpropaganda mit der Fortführung der Sozialpolitik verknüpft und innenpolitisch Front gegen die Demokratisierung des Wahlrechts in Preußen gemacht, eine Einstellung, die von weiten Kreisen auch innerhalb der Angestelltenschaft geteilt wurde.

Gellerts Anregungen erschienen Kapp so »bedeutungsvoll, daß sie einer eingehenden Prüfung bedürfen«¹⁷⁰), die er auch in die Wege zu leiten versprach. Am 5. Dezember 1917 bat Kapp ihn, nachdem er seinen Plan »mit einigen politischen Freunden« erörtert hatte — wahrscheinlich mit Wangenheim und Schiele, vielleicht auch mit Hugenberg und Kirdorf —, zu einer persönlichen Unterredung für den 9. Dezember nach Berlin in seine Wohnung. Diese Zusammenkunft führte zu dem praktischen Ergebnis, daß Gellert von der Hauptgeschäftsstelle der Vaterlandspartei mit Adressen versorgt wurde; parallel dazu wurde an dem Gellertschen Programmentwurf gearbeitet. Ein wahrschein-

¹⁶⁹) Gellert an Kapp, 23. Nov. 1917; bereits in einem von der schwerindustriellen Zeitung *Deutscher Kurier* vom 4. Mai 1917 abgedruckten Aufsatz (»Beamte oder Ansiedler«) hatte Gellert sich für Annexionen im Westen und vor allem im Osten ausgesprochen: Hier könne den aus dem Felde heimkehrenden Soldaten das nötige Siedlungsland bereitgestellt werden. Ähnliche Überzeugungen hatten Hugenberg, Kirdorf, Claß, Kapp und die Oberste Heeresleitung.

¹⁷⁰) Kapp an Gellert, 13. Nov. 1917; Gellert an Kapp, 4. Dez. 1917, mit der Bitte um eine persönliche Unterredung; Kapp an Gellert, 5. Dez. 1917.

lich zusammen mit Kapp und Schiele fertiggestellter interner Gründungsaufwurf, den Gellert am 7. Januar 1918 übersandte¹⁷¹⁾, modifizierte seinen ersten Entwurf nur insoweit, als die latent vorhandenen antikapitalistischen Parolen verstärkt und antisemitisch aufgeladen wurden: Kampf dem »ausländischen Großkapital«, insbesondere dem »englisch-amerikanischen Großkapitalismus«, gegen dessen quasi verlängerten Arm im Deutschen Reich — die rote, schwarze und goldene Internationale — sich die »deutschen Arbeiter und Angestellten« zusammenschließen mußten. Eine »Deutsche Arbeiterpartei« müsse alle »deutschgesinnten Arbeiter und Privatangestellten, alle in abhängiger Stellung Befindlichen in sich aufnehmen [...] zum gemeinsamen Kampfe für die nationale und wirtschaftliche Zukunft des Deutschen Reiches und seiner Bewohner, insbesondere der deutschen Arbeiter — Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes«. Die Kriegsziele legten den Schwerpunkt auf die Expansion »in die eroberten Gebiete im Osten«: Dadurch werde eine großangelegte Siedlungspolitik für Kriegsbeschädigte, altgediente Soldaten sowie alle weiteren Interessierten erst möglich. Die innenpolitischen Forderungen waren kaum von denen im ersten Aufruf unterschieden.¹⁷²⁾

Dieses Programm entfernte sich insgesamt kaum von spezifisch alldeutsch-konservativen, zum Teil auch schwerindustriellen Forderungen nach innen und außen, die sich aber im Hinblick auf die innenpolitische Komponente die Vaterlandspartei selbst nicht zu eigen machen konnte.

Kapp übernahm Gellerts Motive für die Gründung einer konservativen Arbeiterpartei und machte sich auch für die Realisierung dieser Konzeption stark. Durch seine Vermittlung wurde Gellert¹⁷³⁾ mit Wahl in Verbindung gebracht, mit dem er über die Parteigründung verhandelte; gleichzeitig wurde er zu den vorbereitenden Sitzungen hinzugezogen, die sich mit der Einrichtung der Arbeiterabteilung der Vaterlandspartei beschäftigten. Für Anfang Februar 1918 wurde eine erneute Sitzung von Kapp, Schiele, Gellert anberaumt, auf der dann über den Parteigründungsplan die endgültige Entscheidung getroffen werden sollte.¹⁷⁴⁾

Über diese Sitzungen liegen im Nachlaß Kapps keine Materialien vor: Immerhin konnte Gellert am 27. Februar Kapp mitteilen, daß er mit Schiele darin einig geworden sei, an die nationale Presse eine Mitteilung über die erfolgte Bildung des Ausschusses einer »*Deutschen Arbeiter- und Angestellten-Partei*« ergehen zu lassen. An dem Gründungsaufwurf¹⁷⁵⁾, der Ende März veröffentlicht wurde, ist im Parteinamen zuallererst die

¹⁷¹⁾ Gellert an Kapp, 7. Jan. 1918, mit Aufruf in der Anlage: »Deutsche Arbeiter und Angestellte!«

¹⁷²⁾ Gellert an Kapp, 11. Jan. 1918, übersandte einen ausgearbeiteten Entwurf zur preußischen Wahlrechtsfrage, der für ein Mehrstimmenwahlrecht plädierte und an ähnliche Pläne Kapps und Schieles anknüpfte, vgl. G. W. Schiele, Die Erneuerung des preußischen Wahlrechts, in: Deutschlands Erneuerung 2, Mai 1917, S. 97 ff.

¹⁷³⁾ Gellert an Kapp, 11. Jan. 1918.

¹⁷⁴⁾ Kapp an Gellert, 29. Jan. 1918.

¹⁷⁵⁾ Dokument Nr. 3, im Anhang, S. 417 ff.

gleichberechtigte Einbeziehung der Privatangestellten bedeutsam.¹⁷⁶⁾ Der Aufruf selbst war von einem sog. »vorbereitenden Ausschuß zur Gründung der Deutschen Arbeiter- und Angestellten-Partei« unterzeichnet und umfaßte 13 Namen: Neben Gellert, der als Vorsitzender figurierte, tauchten ein Berliner Techniker, ein Bürogehilfe, ein Bautechniker (Kriegsbeschädigter), ein Privatsekretär sowie ein Ingenieur (Kriegsbeschädigter) auf, d. h. sechs Personen, fast die Hälfte, die man in ihrer sozialen Position dem unselbständigen sog. Neuen Mittelstand zurechnen können. Kaufmännische und technische Angestellte hielten sich in etwa die Waage; im April 1918 fungierte als Schriftführer zusätzlich ein weiterer Angestellter, nämlich ein Bürovorsteher.¹⁷⁷⁾ Bei den übrigen sieben Personen handelte es sich um einen Militärintvaliden, dessen Zivilberuf nicht angegeben war, einen Werkzeugmacher, der später als 2. Vorsitzender fungierte, wahrscheinlich einen Funktionär der »gelben« Arbeiterbewegung (»Vorsitzender des Bezirksverbandes Bitterfeld«), einen weiteren Arbeitssekretär (Kriegsbeschädigter) aus Bitterfeld, einen Monteur, d. h. wahrscheinlich um fünf Facharbeiter sowie endlich um zwei Vertreter des selbständigen sog. Alten Mittelstandes, nämlich einen Baumeister aus Leipzig und einen Maler aus Erfurt.

Die Charakterisierung des Programms seitens des »Vorwärts«, es handele sich hier um eine »Verquickung von alldeutscher, antisemitischer, mittelständlerischer und wirtschaftsfriedlich-gelber Bewegung«¹⁷⁸⁾, gab nicht nur treffend die soziologische Struktur des Gründungsausschusses wieder, sondern interpretierte auch bündig die ideologisch-weltanschauliche Programmatik. In den antigouvernementalen und antiparlamentarischen, in den machtpolitischen sowie in den sozialpolitischen Losungen schlug alldeutsches Gedankengut direkt durch, so in der Forderung nach einem Anschluß der Deutsch-Balten im Osten und der niederdeutschen Flamen im Westen an das Reich und in dem »Zusammenschluß aller germanischen Völker«; weiter in der Forderung nach Siedlungsland und Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, die Kriegerwitwen und Waisen, nach Kampf gegen das »sozialistische Ernährungssystem«, gegen Wucher und Schleichhandel, in der Forderung nach freiem Handel und Beseitigung der Kriegsgesellschaften. Ebenso wenig neuartig waren die Stoßrichtungen gegen die »unfähigen Diplomaten«, positiv das Plädoyer für Hindenburg und Ludendorff, und die Polemik gegen den »überalterten Reichstag«.

Als neuer Punkt erschien jedoch die betonte Herausstellung antisemitischer Parolen: Das hebt die Deutsche Arbeiter- und Angestellten-Partei (DAAP) deutlich von der Agitation Wahls in Norddeutschland wie auch Drexlers in Süddeutschland ab.¹⁷⁹⁾ Zur Gewinnung

¹⁷⁶⁾ Vgl. dazu die Zeitungsausschnitte im Staatsarchiv Hamburg, Akten der Politischen Polizei, Nr. 20 728, u. a. Leipziger Neueste Nachrichten (alldeutsch-konservativ) Nr. 70, 11. März 1918 (»Gründung einer Deutschen Arbeiter- und Angestellten-Partei«); BNN (schwerindustriell) Nr. 130, 12. März 1918 (»Gründung der Deutschen Arbeiter- und Angestellten-Partei«), verweist auf die Forderung nach »voller Ausnutzung unserer militärischen Erfolge«; Norddeutsche Allgemeine Zeitung (NAZ, regierungsoffiziös) Nr. 151, 23. März 1918 (»Eine neue Partei?«); BNN Nr. 152, 23. März 1918 (»Aufruf der Deutschen Arbeiter- und Angestelltenpartei«); Deutsche Zeitung (DZ, alldeutsch-schwerindustriell-konservativ) Nr. 149, 22. März 1918.

¹⁷⁷⁾ BNN Nr. 193, 18. April 1918 (Oswald Müller).

¹⁷⁸⁾ Vorwärts Nr. 69, 10. März 1918 (»Ein neuer alldeutscher Mummenschanz«); Leipziger Volkszeitung Nr. 59, 12. März 1918 (»Eine neue Partei«).

¹⁷⁹⁾ Schon das bei Maser im Faksimile abgedruckte Gründungsprotokoll hielt sich ganz von antisemitischen Parolen fern, und auch der Wahlsche Ausschuß, den Franz-Willing und, darauf fußend, Maser irrtümlich als »antisemitisch« einstufen, verzichtete auf diese Parolen bis Kriegsende.

der Arbeiter und Angestellten sind diese Parolen höchstwahrscheinlich durch die Einwirkung Kapps und Schieles eingebracht worden, fehlten sie doch im ursprünglichen Programmwurf Gellerts und auch in seiner redigierten Fassung. Diese gezielte Indienstnahme zeigt sich darin, daß nicht nur im Zuge des »alten« Antikapitalismus »gegen den brutalen englisch-amerikanischen Großkapitalismus« gestritten wurde, sondern daß dieser Antikapitalismus nach außen hier erstmalig explizit mit einem Antisemitismus nach innen verquickt wurde: Die »demokratischen Kriegsverlängerer« im Ausland und im Inland wurden in eine Linie gestellt, die Reichstagsmehrheit – der »Erzberger-Scheidemann-Dittmannsche Block« – als die »Herrschaft des jüdisch-demokratischen Geldsacks« denunziert. Diese antisemitisch aufgeladenen Feindbilder illustrieren deutlich die Wandlung der Ideologie des autoritären Konservatismus¹⁸⁰), seine Hinwendung zu präfaschistischen Gedankengängen und Methoden, nämlich jenen Versuch, mittels einer manipulativ gesteuerten Bewegung Hilfsvölker für die Erhaltung des sozialen, politischen und wirtschaftlichen status quo zu mobilisieren. Bezeichnet man mit Arthur Rosenberg Faschismus ganz allgemein als »eine moderne, volkstümlich maskierte Form der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution«¹⁸¹), so ist diese Herrschaftstechnik hier in ersten Ansätzen konkret greifbar.

Antisemitismus, Rassismus und Imperialismus sollten jetzt in eine neue Integrations-Ideologie zusammengeschmolzen werden, und zwar nicht nur zur Gewinnung des Bürgertums, sondern auch der unteren Gesellschaftsschichten. Dem Antisemitismus kann innerhalb dieser ideologischen Konstellation eine ganz wesentliche, bewußt kalkulierte Funktion zugesprochen werden, auf die zuletzt auch W. Jochmann hingewiesen hat.¹⁸²)

Inwieweit bei der Parteigründung schwerindustrielle Kreise eine Rolle spielten, kann nur schwer abgeschätzt werden; für Kirdorf, der seine politischen und finanziellen Transaktionen immer sehr eng mit Hugenberg, Stinnes und Beukenberg (Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb) abstimmte, wird man diese Frage wohl ohne Umschweife bejahen müssen. Betrachtet man die Motivation von Siemens und Roetger Anfang März 1918 zur Unterstützung der Arbeiterabteilung der Vaterlandspartei, so scheint hier noch teilweise eine andere, stärker auf propagandistische Wirkung allein zielende Taktik verfolgt worden zu sein.¹⁸³)

¹⁸⁰) Belege dafür geben die ersten beiden Jahrgänge der Zeitschrift Deutschlands Erneuerung, für die u. a. auch Kapp als Herausgeber verantwortlich zeichnete, vgl. vor allem die Aufsätze von Prof. M. Gruber (Hygieniker an der Universität München, 2. Vors. des Bayerischen Landesvereins der Vaterlandspartei), Völkische Außenpolitik, Nr. 1, April 1917, S. 74 ff., ders., Rassenhygiene, die wichtigste Frage völkischer Innenpolitik, Nr. 1, Jan. 1918, S. 17 ff.; H. St. Chamberlain, Rasse und Nation, H. 7, Juli 1918, S. 449 ff. Nach den Materialien im NL Kapp standen auch maßgebliche Vertreter der Schwerindustrie (Hugenberg, Schweighoffer, Reusch, Kirdorf, Roetger) hinter diesem wohl völkisch-nationalistisch radikalsten Blatt vor 1918.

¹⁸¹) Arthur Rosenberg, Der Faschismus als Massenbewegung, in: Otto Bauer/Herbert Marcuse/Arthur Rosenberg, Faschismus und Kapitalismus, 4. Aufl., Frankfurt/Wien 1970, S. 78.

¹⁸²) W. Jochmann, Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923 (= Schriftenreihe des Leo-Baeck-Institutes 25), Tübingen 1971, S. 409 ff. Jochmann ist auch der bisher einzige, der auf die Existenz der DAAP verwiesen hat (S. 437), ohne aber von der Genesis dieser Gründung Näheres mitteilen zu können.

¹⁸³) Ähnlich auch die rein auf propagandistische Aktionen abgestellte Position des Generaldirektors der GHF, Paul Reusch, vgl. seinen Aufsatz: Die deutschen Arbeiter und die deutsche Zukunft, in: SDMH, Januar 1918, S. 366 f.

Dieser neue manipulative Antisemitismus¹⁸⁴⁾ war zwar von alldeutschen und mittelständischen Gruppen bereits 1917 verstärkt politisch eingesetzt worden, wurde aber erst im Frühjahr 1918 als zentrales Moment im ideologischen Instrumentarium betrachtet und eingebracht. Die Wirksamkeit dieser neuen Taktik läßt sich z. B. daraus ersehen, daß Claß vom Alldeutschen Verband am 13. April 1918 auf einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses seines Verbandes ein »erfreuliches Anwachsen der antisemitischen Stimmung, die bereits einen riesigen Umfang angenommen« habe, konstatierte: »Unsere Aufgabe wird es sein, diese Bewegung nationalpolitisch hochzuleiten [...] für die Juden hat der Kampf ums Dasein begonnen.«¹⁸⁵⁾ Im Offizierskorps, in der Hochschullehrerschaft¹⁸⁶⁾, ja selbst beim Kaiser¹⁸⁷⁾ ist zu dieser Zeit ein erheblicher Zuwachs an Antisemitismus zu registrieren. So kam Oberst Bauer¹⁸⁸⁾ in seiner Denkschrift vom April 1918 über die innere Politik zu fast identischen Forderungen, wie sie bereits die DAAP

¹⁸⁴⁾ Belege bei W. Jochmann und Uwe Lohalm, *Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund 1919 – 1923*, Hamburg 1970. Beide Autoren, bes. Lohalm, unterschätzen m. E. die Fernsteuerung dieser Ideologen und Ideologien durch die konservativen Herrschaftseliten in Großgrundbesitz, Schwerindustrie und Militär.

¹⁸⁵⁾ DZA Potsdam, ADV, Nr. 118. Noch im April 1917 hatte z. B. der radikale Antisemit Gebattel es abgelehnt, die »Judenfrage« durch den Alldeutschen Verband aufgreifen zu lassen; dafür schien ihm die Zeit noch nicht »reif« (ADV, Nr. 113, 14. April 1917). Erst die sog. Friedensresolution und die Einsetzung des Verfassungsausschusses schufen eine gewandelte Lage, endgültig die Zusammenarbeit der sog. Mehrheitsparteien im Interfraktionellen Ausschuß. Im Herbst eröffnete die Deutsche Zeitung die Polemik gegen den sog. »Judenfrieden«, d. h. den Frieden im Sinne der Mehrheitsparteien im Reichstag. Dieser Polemik schloß sich auch bald das Organ des BdL, die Deutsche Tageszeitung, an. Ende 1917 unterzeichneten namhafte ostelbische Grundbesitzer (u. a. v. Below, Graf Behr-Bandelin, v. Blücher, v. Knobelsdorff, v. Maltzan, v. Puttkamer, Schlange-Schöningen, v. Bonin, v. Borcke, v. Dewitz, v. Henning, v. Hertzberg-Lottin, v. Zitzewitz) kraß antisemitisch gehaltene Werbeaufträge für die Deutsche Zeitung, an der nicht zuletzt maßgeblich Emil Kirdorf finanziell beteiligt war (Einzelheiten und Belege in meiner Studie über die Vaterlandspartei). Das gleiche gilt für die Aufrufe des Preußenbundes 1918, an denen sich hohe protestantische Geistliche, Offiziere, Mittelstandsfunktionäre, Syndiki der Arbeitgeberverbände sowie Großindustrielle neben dem ostelbischen Großgrundbesitz beteiligten.

¹⁸⁶⁾ Dietrich Schäfer, Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften, Vorstandsmitglied der Vaterlandspartei, sprach in einem Brief vom 21. Januar 1918 an Oberst Bauer von dem Berliner Tageblatt als einem »schmutzigen Judenblatt«, NL Bauer, Nr. 12.

¹⁸⁷⁾ Vgl. dazu die Aufzeichnung des Chefs des Geh. Marinekabinetts, v. Müller, vom 27. Febr. 1918, in: *Regierte der Kaiser?* hrsg. v. Walter Görlitz, Göttingen 1959, S. 359: »Fortgesetztes Rasseln mit dem Säbel [...], Antisemitismus.« Der Kaiser hatte sich vordem, sieht man von einem allgemein in der Wilhelminischen Oberschicht latent verbreiteten Antisemitismus ab, solchen Strömungen gegenüber immer abweisend verhalten. Das dokumentiert nicht zuletzt seine Freundschaft mit den Juden Ballin und Rathenau.

¹⁸⁸⁾ BA Koblenz, NL Bauer, Nr. 2 (Denkschrift vom 23. April 1918): »Es ist auch nicht zu verkennen, daß verschiedene Einflüsse, namentlich der des Großkapitals, das den Mittelstand zerschlägt und den Arbeiter zur Maschine herabwürdigt, ebenso die Verbreitung jüdischer Denkungsweise (denn diese beherrscht tatsächlich die Sozialdemokratie und die Kreise des »Berliner Tageblattes«, der »Frankfurter Zeitung« usw.) zersetzend wirken. Dem muß entgegengetreten werden, sonst gehen wir zu Grunde«; in einem Brief an Major Müldner von Mülheim, den persönlichen Adjutanten des Kronprinzen, vom 16. April 1918 (NL Bauer, Nr. 12) hieß es sogar lapidar: »Es muß immer wieder betont werden, daß das gleiche Wahlrecht Preußens, wie jedes Staates, Ende ist [...] Wozu eigentlich alle diese Opfer jetzt, um schließlich in Juden- und Proletentum zu ersticken.« Wollte das »Germanentum« seine »welthistorische Aufgabe« erfüllen, müsse eine starke Regierung geschaffen werden, die vor allem auch die nationalen Arbeiter »sammeln« müsse; die soziale Neuordnung müsse u. a. durch eine großzügige Ansiedlung von Industriearbeitern im Osten, die Wiederaufrichtung des Mittelstandes und durch die Schaffung bäuerlichen Grundbesitzes erreicht werden. Das war das Programm Kapps, der Vaterlandspartei bzw. der DAAP.

aufgestellt hatte, wobei er sich in scharfen antisemitischen Ausfällen erging und gleichzeitig die welthistorische Mission des »Germanentums« beschwor.

Auf die DAAP, deren Gründungsaufwurf die Zeitungen, die den Kurs der Vaterlandspartei stützten, in der Regel kommentarlos wiedergegeben hatten, wurde recht früh vom *Arbeitgeber*, der Zeitschrift der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, hingewiesen.¹⁸⁹⁾ Am 1. Juni 1918¹⁹⁰⁾, zu einer Zeit, als die DAAP eine dezidiert antisemitisch-rassisch bestimmte Propagandaaktion vor allem an der Front startete, um bei den Soldaten für die Partei zu werben — die Beitrittserklärungen verlangen erstmals von jedem Neueintretenden die Versicherung »nach bestem Wissen«¹⁹¹⁾, daß er »deutschen Stammes« sei —, nahm der »Arbeitgeber« durch einen Artikel des Hannoverschen Handelskammersyndikus Rocke erneut Stellung; Rocke, damals stellvertretendes Ausschußmitglied des CDI, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Hannover-Linden und zu diesem Zeitpunkt 1. Vorsitzender des radikal-antidemokratisch-konservativen Preußenbundes, identifizierte sich vom Standpunkt des »industrielle[n] Unternehmertum[s]« aus mit den Zielen der DAAP. Einen besonderen Stellenwert maß er der neuen Gründung noch dadurch bei, daß er sie als das »politische Seitenstück und die Ergänzung zu der berufsgenossenschaftlich-wirtschaftlichen der Werkvereine« ansprach; eine auf gleichem Boden stehende berufsgenossenschaftliche Organisation der Angestellten, der »Kopfarbeiter«, fehle zwar noch, bereite sich aber, gefördert von der Zeitschrift »Die Hanse«, vor. Insgesamt liege im Programm der DAAP ein begrüßenswertes Gegengewicht zur Neuorientierung: Sie trage zur Stärkung der Kräfte bei, »die letzten Endes als staatserhaltend und unternehmungsfreundlich anzusprechen sind«.

Diese Interpretation im offiziellen Organ der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände läßt schwerlich den Schluß zu, daß Rocke allein für seine Person bzw. die Fabrikanten in Hannover sprach; noch Anfang Oktober ließ er an anderer Stelle eine weitere Werbung für Gellerts Partei folgen.¹⁹²⁾

Die sozialistischen und demokratischen Zeitungen und Organe hingegen reagierten auf diese Parteigründung ablehnend.¹⁹³⁾ Aber auch die Stellung der »gelben« Presse war nicht einheitlich zustimmend: Machte die »Arbeiterbewegung«, das Organ des Hauptausschusses Nationaler Arbeiter- und Berufsverbände, früh auf die neue Partei aufmerksam¹⁹⁴⁾, so erklärte sich der *Bund Deutscher Werkvereine* im Mai 1918 ausdrücklich noch einmal

¹⁸⁹⁾ Nr. 9, 1. Mai 1918, S. 58, »Umschau« (kurzer Hinweis); ebenso auch in: Deutschlands Erneuerung, H. 6, Juni 1918, S. 445.

¹⁹⁰⁾ Nr. 11, 1. Juni 1918, S. 81, abgedruckt als Dokument Nr. 4 im Anhang, S. 420 f.

¹⁹¹⁾ Berliner Tageblatt Nr. 281, 4. Juni 1918 (»Der gesunde Menschenverstand als politisches Programm«).

¹⁹²⁾ »Innerer Kampf und Frieden bei Wiedereroberung des Weltmarktes«, in: Der Weltmarkt, 1. Okt. 1918, S. 317 ff.

¹⁹³⁾ Vgl. den bereits erwähnten Kommentar des Vorwärts und die Einschätzungen in der Naimannschen Hilfe Nr. 13, 28. März 1918, S. 146 f. (»Versuchter Gimpelfang«), die DAAP sei identisch mit der Arbeiter-Abteilung der Vaterlandspartei, und der Frankfurter Zeitung Nr. 85, 26. März 1918 (»Mit vertauschten Rollen«), die DAAP sei ein »Anhängsel der Vaterlandspartei«, deren »Firmierung für eine Sondergruppe [...] Der Aufruf ist ganz alldeutsch-annexionistisch und zugleich antisemitisch gehalten und legt den Hauptnachdruck auf die Beschimpfung der Reichstagsmehrheit«: Sie gibt der neuen Gründung keine Chance, da der Volksbund für Freiheit und Vaterland bereits die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten organisiere; Berliner Tageblatt Nr. 281, 4. Juni 1918; A. Höfle, Privatangeestellte und Neuorientierung, Berlin 1918, S. 30.

¹⁹⁴⁾ Die Arbeiterbewegung Nr. 9, 13. Mai 1918, S. 69.

gegen die Bildung selbständiger politischer Parteien. Auch Wahl argumentierte auf dieser Sitzung in diesem Sinne. Er hege die Hoffnung, »daß mit anderen auf nationalem Boden stehenden Verbänden unsere wirtschaftsfriedlichen Arbeiter am besten politisch sich Geltung verschaffen könnten«¹⁹⁵), sprach sich aber gegen »Neugründungen« aus. Trotzdem machte Wahl einen Versuch, zu einer Koordinierung der bestehenden Organisationen zu gelangen; zu Pfingsten 1918 lud er zu einer »Reichskonferenz« seines Ausschusses nach Bremen ein. An zwei Konferenztagen versammelten sich rund 70 Vertreter aus allen Teilen Deutschlands, »darunter namhafte deutschgesinnte Arbeitervertreter«.¹⁹⁶) In einen dort gebildeten Reichsausschuß wurde auch Anton Drexler aus München gewählt; ob Gellert von der DAAP an diesem Kongreß teilnahm, kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden; denn über Interna dieser Veranstaltung sind wir nur durch die 1919 veröffentlichte Rede Drexlers in seiner Broschüre »Mein politisches Erwachen« sowie durch einen Bericht des Organs des Bundes der Landwirte vom Mai 1918 bzw. einige Hinweise in der sozialdemokratischen Presse unterrichtet. Bemerkenswert ist dabei der Passus in der Rede Drexlers, der neben den versammelten Arbeitern auch anwesende Angestellte ansprach: »Wir Angestellten und Arbeiter im besonderen wollen eine Art Interessengemeinschaft [...] errichten«; er legt die Vermutung nahe, daß möglicherweise auch Gellert von der DAAP anwesend war; vielleicht ist dieser Hinweis auch nur als Appell zur »Solidarität« aller lohnabhängigen »Volksgenossen« aufzufassen. Als Hauptredner traten der Tischler Pfeiffer, der über das wirtschaftliche Kriegsziel, und Wahl auf, der über das politische Kriegsziel der deutschen Arbeiter referierte. Letzterer führte aus, daß die alten Parteiprogramme für die Zukunftsaufgaben des Deutschen Reiches zu eng geworden seien: Der deutsche Arbeiter, der kein Proletarier sei, solle sich im neuen, größeren Deutschland als »Bürger« fühlen können. In diesem Sinne sprach sich Wahl gegen die SPD als »Proletarierpartei«, dagegen für die Gründung einer großen »Deutschen Bürger-Partei« aus und für die Sammlung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiter, deren alte Ideologien und Postulate er erneut beschwor. Drexler hielt ebenfalls eine recht allgemein gehaltene Sammlungsrede im Sinne der Richtlinien des Freien Arbeiterausschusses.

Die Konferenz führte allein zu dem praktischen Ergebnis, daß Kommissionen gebildet wurden, in die der Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit gelegt werden sollte. Damit, so wird man interpretieren dürfen, war die bereits bestehende DAAP nicht als neue Partei akzeptiert worden; es wurde wohl bestenfalls eine lockere Verbindung zwischen DAAP und *Freiem Arbeiterausschuß* hergestellt. Diese Entwicklung mag zuallererst daran gelegen haben, daß die »gelben« Arbeiter sich — das zeigen Wahls und Drexlers Aus-

¹⁹⁵) Der Werkverein Nr. 20, 18. Mai 1918 (»Bericht über den 5. Bundestag des Bundes Deutscher Werkvereine in Hannover vom 12.—13. 5. 1918«). Vor allem Rupp (Völklingen) erklärte: »Ungangbar ist der Weg, eine selbständige politische Partei zu bilden.« Allenfalls könne ein gemeinsames politisches Programm erarbeitet werden. Ebenso die auf Rupp zurückgehende Resolution der 8. Tagung des Hauptausschusses am 10. Sept. 1918 in Dortmund, vgl. Der Werkverein Nr. 27, 14. Sept. 1918, Referat Rupps: »Unsere politischen Aufgaben.«

¹⁹⁶) Hinweise bei A. Drexler, S. 20 f.; dort auch die Rede Drexlers auf dem Kongreß sowie die Telegramme an den Kaiser, die OHL sowie Hertling; Hamburger Echo Nr. 118, 23. Mai 1918 (»Alldeutscher Firmenwechsel«); Deutsche Tageszeitung Nr. 260, 24. Mai 1918 (Der »Freie Ausschuß für einen deutschen Arbeiterfrieden«).

führungen¹⁹⁷⁾ —, abgesehen von einer möglichen Rivalität der einzelnen Führer, doch noch stärker als eigenständige soziale Klasse, geschieden von der Angestelltenschaft, mit eigenen politischen und sozialpolitischen Zielsetzungen empfanden. Abgesehen davon war die DAAP zu diesem Zeitpunkt trotz ihrer forcierten Werbeaktionen gerade auch an der Front noch keine politische Kraft geworden, während der Wahlsche Ausschuß mit seinen Filialen bereits organisatorisch gefestigt war. Wahls Konzept ging deshalb auch noch im Sommer 1918 in die alte Richtung, nämlich durch Appell an die Deutsch-Konservative Partei, die den »staatserhaltenden Sinn« der nationalen Arbeiterschaft organisieren und führen müsse, eine politische Vertretung zu erlangen. Zudem verhielt sich Westarp jetzt im Sommer 1918, als sich die Kriegslage immer weiter verschlechterte, zum ersten Male positiv gegenüber diesem Vorschlag Wahls.¹⁹⁸⁾

So liefen beide Bewegungen nebeneinander her; Gellert war seit Juli 1918 auf Betreiben Kapps von seiner Tätigkeit im Kalisyndikat freigestellt worden und war seitdem ganz »bei Dr. Sch[iele] tätig«. ¹⁹⁹⁾ Erst jetzt konnte er sich vollständig der Parteiarbeit widmen; Gellert schrieb seine Briefe mit dem neuen Briefkopf der DAAP mit dem Untertitel »Deutsche Wehr in deutscher Not«, agitierte in Flugblättern und in der nationalen Presse für Siegfrieden, Kampf gegen den »verjudeten« Reichstag sowie für die Einführung eines Mehrstimmenwahlrechts in Preußen, das demokratischer sei als das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht, wie es die SPD fordere.²⁰⁰⁾

Insgesamt liegt im Frühsommer 1918 der Höhepunkt der offiziellen bzw. inoffiziellen Aktivität des Kartells der schaffenden Stände: Die große Frühjahrsoffensive an der Westfront wurde an der Heimatfront gekoppelt mit einer nationalen Propagandawelle, hoffte man doch, nach einem entscheidenden Sieg im Westen — so das Kalkül Ludendorffs und Kapps — alle der Vaterlandspartei im Innern widerstrebenden Kräfte durch die dann aufgeputschten nationalen Leidenschaften »wegfegen«²⁰¹⁾ und durch die Entfesselung eines »Volksrausches« ins nationale Lager treiben zu können.

Alle diese Hoffnungen wurden indes durch die sich seit Sommer 1918 radikal verschlechternde Kriegslage zunichte gemacht: Die Offensive im Westen kam ziemlich früh zum Stillstand, der 8. August 1918 wurde zum »schwarzen Tag« für die Militärs, aber auch für die Vaterlandspartei. Bereits am 1. August 1918 erfolgte in einer Zuschrift an die regierungsoffiziöse »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« eine scharfe Absage an die Politik der »gelben« Arbeiter- und Angestelltenbewegung und ihrer Hintermänner, die »mit finanziellen Mitteln künstlich« Organisationen großgezüchtet hätten²⁰²⁾:

¹⁹⁷⁾ Vgl. Drexlers folgende Ausführungen, zit. a. a. O., S. 22: »Wir versuchen, eine Brücke zu schlagen über die Kluft der innerpolitischen Gegensätze, und uns nur mehr als Brüder zu betrachten [...] Einigkeit macht stark. Wir können unsere Lage nur verbessern, wenn wir einig sind.« Der Vors. des DHV, Bechly, proklamierte auf der Frühjahrstagung des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes explizit einen »Sonderstand« für die Angestellten, abgehoben von den Arbeitern, vgl. Deutsche Handels-Wacht Nr. 5/6, Mai/Juni 1918, S. 35.

¹⁹⁸⁾ Wahl an Westarp, 12. Juli 1918 (DZA Potsdam, NL Westarp, Nr. 24): »Die konservative Partei kann uns einen nationalen Zukunftsstaat versprechen, es liegt an ihr, dies durchzuführen.« Westarp erklärte sich in einem Brief vom 17. Juli 1918 mit Wahls Ausführungen erstmals »durchaus einverstanden«.

¹⁹⁹⁾ Gellert an Kapp, 20. Juli 1918, Nachlaß Kapp.

²⁰⁰⁾ Vgl. z. B. den ablehnenden Artikel des sozialdemokratischen Hamburger Echo Nr. 110, 12. Mai 1918 (»Ein Kuckucksei«).

²⁰¹⁾ Vgl. zu diesem Kalkül auch die Einschätzung Scheidemanns in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses Anfang Januar 1918, zit. bei D. Stegmann, S. 519.

²⁰²⁾ NAZ Nr. 389, 1. Aug. 1918, »Vom Werdegang der Wirtschaftsfriedlichen« (Zuschrift des Hamburger Kaufmännischen Vereins von 1858).

Deren Agitation und Werbung wurden als »Störungsversuche gegen die Entwicklung des unabhängigen Organisationsgedankens« sowie als »kaltüberlegte Störung des sozialen Burgfriedens«, ja als Verletzung »unseres höchsten Staatsinteresses in diesen Stunden der Weltkriegsentscheidung« gebrandmarkt. Das waren ganz neue Töne und ein Symptom für das Umschwenken der zivilen Reichsleitung, die immerhin Ende März noch bereit gewesen war, in ihrem offiziellen Organ den Aufruf der DAAP kommentarlos abzdrukken.²⁰³⁾ Als Reflex auf die sich ständig verschlechternde Kriegslage und die zunehmende Krisenstimmung im Inland, die sich vor allem in der Forderung nach Beendigung des Krieges niederschlug, kam es im Oktober 1918 zur Einführung der parlamentarischen Monarchie in Deutschland und zur Teilnahme von Sozialdemokraten und Linksliberalen an der Regierungsverantwortung. Die Konservativen und Vaterlandsparteiler blieben trotz dieses Stimmungsumschlages unnachgiebig; bei der letzten Reichstagsersatzwahl vor Kriegsende im 1. Berliner Wahlkreis kandidierte Gellert für die DAAP erstmalig, unterstützt vom Berliner Deutsch-Konservativen Wahlverein, der seine anfängliche Stimmenthaltung zugunsten Gellerts revidierte.²⁰⁴⁾ Er erhielt in der Hauptwahl indes nur 180 Stimmen.²⁰⁵⁾ In Wahlflugblättern und in einer einzigen öffentlichen Wahlversammlung am 12. Oktober²⁰⁶⁾ plädierte er angesichts des Machtwechsels vom 4. Oktober, der ja die MSPD, die Fortschrittliche Volkspartei und das Zentrum zu Regierungsparteien gemacht hatte — die Gruppen, die vorher Zielscheibe antisemitischer Agitation gewesen waren —, allein für Durchhalten und Siegfrieden, wohingegen die antisemitischen Parolen ganz fehlten: Im Zeichen der veränderten innenpolitischen Situation war natürlich, wollte man nicht von vornherein ein Parteiverbot provozieren, eine Fortführung dieser Diffamierungsstrategie nicht mehr opportun.²⁰⁷⁾

Gellerts Mißerfolg ist im übrigen ein deutliches Indiz dafür, daß die kleinbürgerlichen Schichten (vor allem kleinere und mittlere Beamte), aber auch das Großbürgertum, die beide in diesem Wahlkreis die Mehrheit der Wahlberechtigten stellten, zu diesem Zeitpunkt nicht mehr willens waren, einer Durchhalte- und Siegfriedenspropaganda zu folgen und ihre alten Parteien zu verlassen; wie schon 1912 siegte in der Stichwahl ganz knapp

²⁰³⁾ Vgl. die scharfe Kritik aus den Reihen der Konservativen, der Gelben und der Unternehmer an diesem Artikel: Die Arbeiterbewegung Nr. 16, 27. Aug. 1918 (»Eine Absage der Regierung?«); Der Werkverein Nr. 32, 10. Aug. 1918 (»Eine Unbegreiflichkeit«); Deutsche Arbeitgeber-Zeitung vom 15. Aug. 1918.

²⁰⁴⁾ Vgl. dazu: Mitteilungen aus der konservativen Partei Nr. 41, 12. Okt. 1918, Sp. 394: empfiehlt nach »erneuter Prüfung der Sachlage, [...] schon im ersten Wahlgange dem Vorsitzenden und Wahlkandidaten der Deutschen Arbeiter- und Angestellten-Partei, Herrn Wilhelm Gellert, ihre Stimme zu geben, da diese junge Partei unserer politischen Überzeugung am nächsten steht«; ebenso unterstützte die Deutsche Zeitung Nr. 526, 15. Okt. 1918 (»Die Berliner Reichstagsnachwahl«) die »nationalsoziale Deutsche Angestellten- und Arbeiterpartei«, nicht ohne auf die beiden jüdischen Mitbewerber in MSPD und FVP zu verweisen: Heimann bzw. Kempner, den Aufsichtsratsvorsitzenden des Kalisyndikats.

²⁰⁵⁾ Den Wahlkreis eroberte Kempner (FVP), der mit 2294 Stimmen gegen Heimann (MSPD) mit 1720 Stimmen siegte. Der Kandidat der USPD erhielt 513 Stimmen, vgl. Die Hilfe Nr. 43, 24. Okt. 1918, S. 504.

²⁰⁶⁾ Vgl. dazu die Broschüre W. Gellerts, Das Wunder des deutschen Aufstieges, Berlin 1919, S. 5 ff., dort auch der Inhalt einzelner Flugblätter vom September bzw. Oktober 1918.

²⁰⁷⁾ Gellert bedauerte in einem Schreiben vom 14. Okt. 1918 an einen »rheinischen Parteifreund« — überdies ein Indiz, daß sich die DAAP auch nach dem industriellen Westen auszubreiten suchte —, daß er »angesichts der Zeitumstände« in seinen Flugblättern habe »friedlicher« sein müssen als geplant, *ebda.*, S. 7. Antisemitisch-antikapitalistisches Vokabular findet sich allein in diesen internen Briefen und in einer Ausarbeitung Gellerts aus dieser Zeit, vgl. *ebda.*, S. 7 ff.

der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei vor dem mehrheitssozialdemokratischen Konkurrenten.

Nicht viel anders war es Drexler und Wahl²⁰⁸⁾ bei ihrem ersten öffentlichen Auftreten am 2. Oktober 1918 in München mit dem Thema »Arbeiterfrieden und Heimatfront« ergangen. Obwohl Drexler hier vor allem an die kleinen Handwerker unter seinen Zuhörern appellierte und die schwierige Ernährungslage zum Aufhänger seiner Agitation gegen Sozialisten und Demokraten machte, war die Resonanz auf diese reine Durchhalteveranstaltung äußerst dürftig; Drexler, der in Bayern im Sinne des Programms der Bremer Reichskonferenz für einen »neuen nationalen Bürgerbund« warb, das heißt für einen politischen Bund aus Arbeitern und deklassiertem Mittelstand²⁰⁹⁾, aus »den politisch Obdachlosen, die zu Hunderttausenden unter den Beamten, Kleinbürgern und Arbeitern aus Unzufriedenheit mit ihren alten Parteien entstanden sind« (Drexler), konnte nur insgesamt 40 Mitglieder für diese politischen Ideale gewinnen. Daran änderte auch die Rede Wahls nichts, der wieder seine alten Ziele vertrat, der Arbeiter müsse den Status eines »gleichberechtigten Bürgers«²¹⁰⁾ erwerben.

Wie Kapp und seine Freunde in Nord- und Süddeutschland auf diese Mißerfolge reagierten, ist nicht bekannt; fest steht, daß Vaterlandspartei, Konservative und Alldeutsche die Entwicklung seit Anfang Oktober aufs allerschärfste bekämpften. Kapp und Wangenheim forderten in beschwörenden Appellen Ludendorff auf, eine »militärische Regierung mit unumschränkter Gewalt auf allen Gebieten« (Wangenheim) zu errichten.²¹¹⁾ Kapp – seit Februar 1918 auch deutsch-konservativer Reichstagsabgeordneter – hatte bereits in einer Vorstandssitzung der Deutschen Vaterlandspartei am 1. September dazu aufgefordert, mit dem »bisherigen System« zu brechen und eine »starke, zielbewußte Politik«²¹²⁾ einzuleiten. Anfang Oktober wurden die Stellungnahmen der Vaterlandspartei und der ihr nahestehenden politischen Gruppierungen noch schroffer und kompromißloser: Wangenheim, unterstützt von Kapp und den Alldeutschen um Claß und Frhrn. von Gebtsattel, setzten sich für eine »verständige Militärdiktatur« (Wangenheim) ein; während hier weiterhin die alten Maximalforderungen in Resolutionen und beschwörenden Appellen an die militärische Führung aufrechterhalten wurden, kam es innerhalb der Finanziere der Vaterlandspartei, der Schwerindustrie, zu einem politischen Stellungswechsel.

Die drohende militärische Niederlage vor Augen, und damit den Bankrott der innen- und außenpolitischen Zielsetzungen, zu deren Durchsetzung man 1913 angetreten war, suchten diese Gruppen jetzt, flexibler und pragmatischer als der politische Konservativis-

²⁰⁸⁾ Redeexzerpte abgedruckt in A. Drexler, S. 23 ff.

²⁰⁹⁾ Zur Pauperisierung des Alten, aber auch großen Teilen des Neuen Mittelstandes vgl. A. Höfle, Privatangestellte und Neuorientierung, S. 30; Reichsdeutsche Mittelstandsblätter Nr. 7, Juli 1917 (»Schwer ist die Zeit«): »Für viele Handwerker, Handel- und Gewerbetreibende bedeutet der Krieg die Vernichtung ihrer Existenz«; ebda. (»Teuerung und Mittelstand«): »Tausende selbständiger Existenzen werden zu Grunde gerichtet. Unten aus der Masse, die ungleich besser in der Lage war, ihre Lage zu verbessern, dringt es herauf; eine Umformung der Schichten bereitet sich vor, wie wir sie selten in so ausgeprägter Weise erlebt haben«; vgl. auch die ausgezeichnete Analyse bei E. Lederer, Die ökonomische Umschichtung im Kriege, in: AfSS, Bd. 45, 1918/19, S. 5 ff. und die kurzen Hinweise bei Klaus-Dieter Schwarz, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg, Stuttgart 1971, bes. S. 177 ff.

²¹⁰⁾ Zit. bei Drexler, S. 25.

²¹¹⁾ Zit. bei D. Stegmann, S. 517 f., dort auch die enttäuschten Briefe, als sich Ludendorff und Bauer diesem fortgesetzten Drängen entzogen.

²¹²⁾ DZA Merseburg, NL Kapp, auch für das folgende Zitat.

mus, durch Kooperation mit den Gewerkschaften und der neuen Regierung des Prinzen Max von Baden noch zu retten, was zu retten war, nachdem alle Appelle von rechtsstehender Seite, einen »neuen Burgfrieden«²¹³⁾ zu schließen, bereits im August nach dem sog. schwarzen Freitag ergebnislos verpufft waren.

Bestrebungen, das Verhältnis zwischen der Industrie und den Gewerkschaften zu verbessern und auf eine neue Basis zu stellen, waren bereits seit 1917²¹⁴⁾ von Kreisen der Berliner Elektro-Großindustrie ausgegangen, hier vor allem von einem Kreis um die AEG Walther Rathenaus, den Geschäftsführer des Verbandes der Elektrotechnischen Industrie (seit 1918), von Raumer, sowie um C. F. von Siemens, den Bruder Wilhelm von Siemens', der seinerseits in der Vaterlandspartei mitarbeitete. Hier war die Bereitschaft vorhanden, die Gewerkschaften als Verhandlungspartner für die gemeinsame Bewältigung der Aufgaben zu berücksichtigen, die die Umstellung der deutschen Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft mit sich bringen würde: Ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften, so argumentierte man hier, sei eine ordnungsgemäße Demobilmachung nicht zu bewerkstelligen. Gekoppelt waren diese pragmatischen Überlegungen mit langfristigen politischen Zielsetzungen: Als Gegengewicht gegen die sich abzeichnende Verbindung von Schwerindustrie und politischem Konservatismus versuchte man die Einigung des gesamten Liberalismus zu einer großen »liberalen Einheitspartei«²¹⁵⁾ voranzutreiben, die ihrerseits durch enge Kooperation mit den Gewerkschaften und dem rechten Flügel der Mehrheitssozialdemokratie zu einem »nationaldemokratischen Block« zusammengefügt werden sollte. Auf lange Sicht hoffte man sogar zu einer organisatorischen Annäherung von liberalem Bürgertum und Arbeiterschaft in einer großen Einheitspartei zu gelangen.

²¹³⁾ Vgl. dazu den Aufsatz des stellv. Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Frhrn. von Gebtsattel, in der Deutschen Zeitung Nr. 421, 19. Aug. 1918 (»Ein neuer Burgfriede«); vgl. dazu den Kommentar der Frankfurter Zeitung Nr. 239, 29. Aug. 1918, Frankfurt, 29. August: »Die Sprache der Alldeutschen ist wehmütig geworden [...] Und nun verlegen sie sich auf die Rolle der unschuldig Verfolgten«. Die FZ warnte hier vor der Verschiebung der Verantwortlichkeit.

²¹⁴⁾ Vgl. dazu Werner Richter, Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution 1914 – 1919, Berlin 1959, S. 182 ff. sowie jetzt den eindringlichen Aufsatz von Gerald D. Feldman, German Business Between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement, in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Berlin 1970, S. 312 ff.

²¹⁵⁾ So die Konzeption des langjährigen 1. Syndikus der Korporation der Berliner Kaufmannschaft, Max Apt, Mitglied des Hansa-Bundes, engen Vertrauten Jacob Rießers vom Hansa-Bund und in politischem Kontakt mit Walther Rathenau, vgl. Max Apt, Fünfundzwanzig Jahre im Dienste der Berliner Kaufmannschaft, Berlin-Zehlendorf 1927, S. 336 ff. (Wiederabdruck eines Ende 1917 in der Zeitschrift »Nord und Süd« erschienenen Aufsatzes mit dem Titel »Nationaldemokratie«, dort auch S. 339 f. die Betonung der Gegnerschaft zur Schwerindustrie: Apt sprach hier von der Herausbildung einer »Herrennatur, die der Herrennatur des Feudaladels kongenial ist«). Er vertiefte hier Gedanken, die er bereits nach Kriegsbeginn in einer Broschüre (Der Krieg und die Weltmachtstellung des Deutschen Reiches, Leipzig 1914) ausgesprochen hatte, in der er die Heranziehung der SPD zu »positiver Arbeit« gefordert hatte. In einer »Liberalen Einheitspartei«, unter Einschluß bzw. Anlehnung der SPD, könnten die »weltpolitischen Gedanken des neuen Deutschland in die Masse« hineingetragen werden »und so die Weltmachtstellung Deutschlands im Bewußtsein des Volkes« verankert werden. In diesen Überzeugungen schlug Naumannsches Gedankengut unverhüllt durch. Vgl. dazu auch den Aufsatz von Hans Martin Barth, Der demokratische Volksbund. Zu den Anfängen des politischen Engagements der Unternehmer der Berliner Elektrogroßindustrie im November 1918, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 16/17, Berlin 1968, S. 254 – 266 (ohne Kenntnis dieser Vorgeschichte).

Verhandlungen über Fragen der Organisation der Nachkriegswirtschaft und erste sondierende Gespräche über Probleme der Demobilmachung hatten bereits Ende 1917 zwischen den Gewerkschaften und diesen Gruppen stattgefunden, zu einem Zeitpunkt, als ein baldiges Ende des Krieges nach dem Zusammenbruch Rußlands erwartet wurde.²¹⁶⁾ Die Schwerindustrie hatte sich an diesen Besprechungen nicht beteiligt, getreu ihrer bis dahin verfolgten Politik. Im Gegenteil, selbst Großindustrielle aus der chemischen Industrie wie Carl Duisberg, die bis dahin eine flexiblere Haltung gezeigt hatten, waren seit 1916/17 ganz in das Lager der rheinisch-westfälischen und oberschlesischen Großindustriellen abgeschwenkt, was nicht zuletzt ihre forcierte Unterstützung der gelben Arbeiter- und Angestelltenbewegung dokumentiert. Duisberg z. B. hatte sich noch im August 1917 auf einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern der OHL (Oberstleutnant Bauer), den Spitzen der westlichen Kohlen- und Eisenindustrie (Kirdorf, Hugenberg, Reusch, Silverberg) sowie Vertretern der verarbeitenden Industrie (Eich von den Mannesmann-Röhrenwerken)²¹⁷⁾ kategorisch gegen die Gewerkschaften ausgesprochen und, ohne bei seinen Kollegen auf Widerspruch zu stoßen, erklärt: »Die Erwartungen, die man auf die Gewerkschaftsführer gesetzt habe, seien getäuscht worden. Statt für die Ruhe in der Arbeiterschaft zu sorgen, hätten gerade sie den Frieden und die Ordnung in den Betrieben zerstört. Der Rückgang der Arbeitsleistungen sei im wesentlichen auf ihre Wühlarbeit, nicht etwa auf die schlechte Ernährung oder auf allzuhohe Arbeitszeit zurückzuführen.« Schwerindustrielle Organe wie die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz²¹⁸⁾ polemisierten zur gleichen Zeit in schroffster Form gegen die »Gewerkschaftsdiktatur« in Deutschland, die es mit aller Kraft zu bekämpfen gelte. Albert Vögler, der enge politische Vertraute von Hugo Stinnes, Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG, schrieb etwas später an Generaldirektor Reusch von der Gutehoffnungshütte²¹⁹⁾: »Hoffentlich gelingt es, die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung, die vor dem Kriege so gut eingesetzt hatte und die durch die unverantwortlichen Maßnahmen der Regierung wesentlich geschädigt worden ist, wieder lebensfähig zu bekommen.« Ergebnis dieser Haltung war die forcierte finanzielle Stützung der gelben Bewegung, wobei der Schwerindustrie Verbündete in der chemischen Industrie, in der Braunkohleindustrie Sachsens, in der Maschinen- und Waggonbauindustrie Hannovers und Sachsens, bei einigen Arbeitgeberverbänden in Norddeutschland sowie bei Teilen der Draht- und Kabelwerke im Rheinland und im hannoverschen Raum erwachsen, um nur die wichtigsten Gruppen zu nennen.²²⁰⁾ Auch für Emil Kirdorf war es eine ausgemachte Sache, daß die Gewerkschaften dem feindlichen Auslande in die Hände arbeiteten: Ihren »zersetzenden Einfluß«²²¹⁾ galt es zu bekämpfen. Noch im März 1918, zu Beginn der Frühjahrsoffensive, wurde von maßgeblichen Vertretern der verarbeitenden Industrie in Bayern allein ein Einschwenken der Gewerkschaftsführung

²¹⁶⁾ Feldmann, *Origins*, a. a. O., S. 324 ff.

²¹⁷⁾ BA-MA, NL Groener, H-08-46/113, Besprechungsprotokoll der Sitzung vom 19. August 1917; ohne diese wichtige Passage abgedruckt in: Richard Sichler / Joachim Tiburtius, *Die Arbeiterfrage*, Berlin o. J., S. 131 ff.

²¹⁸⁾ Nr. 49, 26. Juni 1917, Gewerkschaftsdiktatur, u. ö.

²¹⁹⁾ Vögler an Reusch, 2. Okt. 1917 (H. A./GHH 300 19326/6).

²²⁰⁾ Vgl. die Spendenliste für die Deutsche Vereinigung, Beilage zu einem Brief des Geschäftsführers Engel: Reusch an Engel, 26. Juni 1918; vgl. auch Stegmann, S. 478 f.

²²¹⁾ Kirdorf an Hindenburg, 20. Oktober 1917 (NL Kirdorf, Archiv der GBAG).

auf den Kurs der Unternehmer gefordert: Statt daß man »utopischen Forderungen«²²²⁾ nachjage, solle man hier lieber für eine »vernünftige nationale Politik« eintreten. Ja, parallel zur partiellen Unterstützung solcher Organisationen wie der Deutschen Arbeiter- und Angestellten-Partei wurde sogar der im Zeichen des Burgfriedens 1914 eingeschlafene Reichsverband gegen die Sozialdemokratie im Sommer 1918 wiederbelebt, der mit einem Geldmittel-Werbeauftrag an die Öffentlichkeit trat.²²³⁾

Eine Wende brachte langfristig erst eine Sitzung mit Vertretern der OHL am 20. Juli 1918 im Düsseldorfer Industriecclub, in der es Oberstleutnant Bauer als Vertreter Ludendorffs nicht mehr gelang, den versammelten Industriellen Hoffnung auf eine siegreiche Beendigung des Krieges zu machen: Die Stimmung war äußerst »flau«²²⁴⁾, wie Bauer selbst notierte. Erst jetzt konnte Hugo Stinnes, der sehr eng mit Bauer zusammenarbeitete, seine Berufsgenossen an der Ruhr, in Bayern und in Oberschlesien davon überzeugen, man müsse, wolle man nicht innenpolitisch unter die Räder kommen, zur Elektro-Gruppe um Rathenau, von Raumer und C. F. von Siemens aufschließen. Stinnes selbst trat in Unterhandlungen mit von Raumer; neuerliche Zusammenkünfte begannen am 2. Oktober 1918; an ihnen nahm jetzt auch Reichsrat von Rieppel (MAN), bis Mitte 1918 stellvertretender Vorsitzender des CDI, teil.

Die Ereignisse seit Ende September, die zum Waffenstillstandsangebot der deutschen Regierung auf Druck der OHL und zur Bildung einer neuen Regierung unter Einschluß von sozialdemokratischen Staatssekretären Anfang Oktober führten, veränderten die innenpolitische Machtkonstellation schlagartig: Vor allem die Bildung eines Reichsarbeitsamtes unter dem Gewerkschaftler Bauer am 4. Oktober beschleunigte noch den eingeleiteten Frontwechsel im Lager der Kohle-Eisen-Stahl-Gruppe sowie ihrer Bündnispartner in der chemischen und Teilen der verarbeitenden Industrie. Am 9. Oktober 1918 ermächtigten die im Düsseldorfer Stahlhof tagenden Ruhrindustriellen offiziell Stinnes, Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern aufzunehmen. Das dahinter stehende politische Kalkül umriß der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Jakob Wilhelm Reichert, rückblickend so²²⁵⁾: »Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahe-

²²²⁾ So der Tenor des Aufsatzes von *Alfred Kuhlo* (Syndikus des Bayerischen Industriellenverbandes), *Moderner Kapitalismus und Unternehmertum. Ein Beitrag zur zukünftigen Versöhnung der Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in Deutschland*, in: *SDMH*, März 1918, S. 489–496, Zitat S. 496; vgl. den ähnlichen Tenor des Leitartiklers der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung, *Felix Kuh*, *Der selbständige Unternehmer, seine wirtschaftliche, politische und soziale Bedeutung*, in: *Deutsche Zeitfragen*, hrsg. von der Deutschen Vereinigung, H. 8, Berlin 1918, S. 42: Kuh verlangte die »dienende« Unterordnung der Arbeiterschaft und feierte den gesellschaftlichen Militarismus im Großbetrieb: »Die Autorität des Unternehmers und der durch unsere Heeresführung ständig in das Volk getragene Geist verständnisvoller Unterordnung unter einen höheren Willen sind die Grundsäulen der deutschen Wirtschaft« (S. 62, i. O. gesp.); vgl. auch die Diskussionsbeiträge auf der Delegiertenversammlung des CDI am 12. Juli 1918, Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des CDI Nr. 131, Juli 1918, S. 52 ff.

²²³⁾ Vgl. Berliner Tageblatt Nr. 380, 27. Juli 1918 (»Der Wahlschatz des Reichsverbandes«).

²²⁴⁾ BA Koblenz, NL Bauer, Nr. 13, handschriftliche Notizen Bauers über die Stimmung der anwesenden Industriellen.

²²⁵⁾ *Jacob Wilhelm Reichert*, *Entstehung, Bedeutung und Ziel der Arbeitsgemeinschaft*, Berlin 1919, S. 6 f., Vortrag vor Industriellen am 30. Dezember 1918. Sondierende Vorgespräche zwischen der Elektro-Gruppe und Teilen des Maschinenbaus (Rieppel, Borsig) hatten im Mai und dann im Juli 1918 stattgefunden, vgl. *Feldman*, *passim*.

stehenden Revolution bewahren?« Starke Verbündete gegen eine solche Gefahr sah er bei der Unzuverlässigkeit des Bürgertums allein in den Gewerkschaften: Eine zentrale Aufgabe müsse es deshalb sein, in der »großen Masse der organisierten Arbeitnehmer [den] Gedanken der Zusammengehörigkeit, der Solidarität mit den Unternehmern« zu erwecken.

Die Gewerkschaftsführung um Legien ihrerseits war, ungeachtet der rücksichtslosen und kompromißlosen Haltung seitens der schwerindustriellen Unternehmerschaft, an einer solchen Kooperation interessiert: Selbst ohne ein durchdachtes wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept, überdies der Meinung, die Machtstellung der Armee und der konservativen Bürokratie sei schwerlich auf kurze Frist zu brechen, pragmatisch daran interessiert, die Demobilmachung mit ihren weitreichenden Konsequenzen nur kooperativ zu bewerkstelligen, hofften die Arbeiterführer um Legien durch eine offizielle Anerkennung der Gewerkschaften langfristig den Industriefeudalismus an der Ruhr, der Saar und in Oberschlesien aufbrechen zu können; daneben standen sie unter dem Eindruck der Tatsache, daß die integrationistische Politik der Unternehmer, gekoppelt mit der »gelben« Propaganda in der Heimat und der nationalistischen Beeinflussung der Arbeiter an der Front durch den Vaterländischen Unterricht, womöglich eine Schwächung der Position der Gewerkschaften nach sich ziehen könnte, der durch die Forderung, die gelben Verbände finanziell fallen zu lassen, ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden könnte. Organisationspatriotismus und die fehlende Bereitschaft, neue politische Strategien zu entwickeln, führten insgesamt zu einer Haltung, die stärker reagierte, als eigenständige politische Impulse setzte.²²⁶⁾ Es ist nicht unwahrscheinlich, wenn auch aus den vorliegenden Quellen exakt nicht aufzuweisen, daß unter dem Eindruck dieser Kehrtwendung innerhalb der Schwerindustrie auch die Spitzen der Deutschen Vaterlandspartei um Kapp und Tirpitz einen politischen Stellungswechsel vorzunehmen versuchten und jetzt, ähnlich wie Kirdorf und Hugenberg, Zuflucht zu einer Umarmungsstrategie nahmen.

Am 10. Oktober nämlich, einen Tag nach der Sitzung im Düsseldorfer Stahlhof, kam es zu einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern der Vaterlandspartei, des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden und Exponenten des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, u. a. auch von Legien.²²⁷⁾ Ziel dieser Besprechung war es, den Volksbund mit seinen Organisationen für einen gemeinsamen Aufruf zur »Nationalen Verteidigung« zu mobilisieren, Zielsetzungen, die der Volksbund selbst, ebenso wie Industrielle wie Rathenau, kurz vorher öffentlich propagiert hatten; ihnen hatte sich auch die Vaterlandspartei angeschlossen, nicht ohne dabei aber die »schwächliche Haltung« der neuen Regierung aufs schärfste zu kritisieren.²²⁸⁾ Im Zeichen der außen-

²²⁶⁾ Ein Frontwechsel in der Haltung der Gewerkschaftsführung erfolgte deshalb nicht: Schon im Januar hatte z. B. Theodor Leipart, der sehr eng mit Legien politisch zusammenarbeitete, in der rechtssozialistischen Zeitschrift *Die Glocke*, 26. Januar 1918, bes. S. 643 ff., die gemeinsame Verantwortung von Unternehmern und Gewerkschaftlern für die Demobilmachung betont und dabei die staatsloyale Haltung der Freien Gewerkschaften stark herausgestellt. Leipart wies hier auf das Vorbild der seit Anfang 1915 in der Berliner Metallindustrie bestehenden Arbeitsgemeinschaft hin.

²²⁷⁾ Vgl. dazu das Dokument Nr. 5, im Anhang, S. 421 ff.

²²⁸⁾ Vgl. dazu die Erklärung des Volksbundes von Ende September, in: *Hamburger Echo* Nr. 280, 1. Okt. 1918; Rathenau hatte in einem Artikel in der *Vossischen Zeitung* vom 7. Okt. für eine »Nationale Verteidigung« plädiert; zur Haltung der Vaterlandspartei vgl. ihre Resolution vom 6. Oktober 1918, in: *Hamburger Nachrichten* Nr. 512, 7. Okt. 1918.

politischen Gefahr, unter dem Deckmantel der nationalen Solidarität, hofften die Vertreter der Vaterlandspartei als Initiatoren dieses Treffens doch noch, wenn auch mit gewandelten politischen Methoden, eine Plattform zur Realisierung ihrer Zielsetzungen zu gewinnen. Die Unterredung legt noch einmal Zeugnis davon ab, wie stark nationale Integrationsmechanismen innerhalb der Gewerkschaftsführung im Laufe des Krieges gewirkt hatten: Legien verteidigte noch einmal die »geradlinige« Politik der Gewerkschaftsführung seit dem 1. August 1914, machte dabei aber ganz deutlich, daß er ebenso wie seine politischen Verbündeten im Volksbund nicht bereit war, dem durchsichtigen Versuch, die eigenen Reihen durch nationalistische Durchhalte-Parolen zu desintegrieren, zu folgen: Gerade eine Politik der Sammlung im Zeichen der äußeren Gefahr, wobei aber die Möglichkeit offen gelassen war, der neuen Regierung innenpolitische Opposition zu machen, verneinte Legien kategorisch. Der Volksbund verlangte vielmehr seinerseits mit aller Deutlichkeit ein rückhaltloses Bekenntnis zur neuen Regierung und eine bedingungslose Unterordnung unter die Beschlüsse der neuen »Volksregierung«.

Nach dem Fehlschlag dieser Besprechung, die immerhin ein Indiz ist für den nationalpatriotischen Kurs der Gewerkschaftsführung, schwenkte die Führung der Vaterlandspartei in ihre alte antigouvernementale Linie zurück, dabei angetrieben von der Führung des Alldeutschen Verbandes um Claß. Hier wurde nach diesem Mißerfolg die Dolchstoßlegende bereits sehr früh propagandistisch vorbereitet, so wenn Tirpitz erklärte, das Zerschlagen der inneren Front sei darauf zurückzuführen, daß man bewußt in der Regierung und bei den linken Parteien die Kräfte zurückgestoßen habe, die sich in der Vaterlandspartei gesammelt hätten.²²⁹⁾ Eine solche Haltung, die Verantwortlichkeit zu verschieben, war ja bereits in der Sitzung am 10. Oktober unübersehbar gewesen, als Tirpitz und Schäfer in einem geistigen Salto mortale sondergleichen ihre sozialreaktionären Zielsetzungen nach innen und ihre machtpolitischen Zielsetzungen nach außen, wenn nicht ganz abzuleugnen, so doch zu verschleiern suchten.

Gleichzeitig appellierten die Vaterlandspartei und die ihr nahestehenden Organisationen in Flugblattaktionen an die deutsche Arbeiterschaft für Durchhalten und »nationale Verteidigung«.²³⁰⁾

Die Schwerindustriellen zogen sich indes im Laufe des Oktobers ganz von der Deutschen Vaterlandspartei zurück: Hier ging Stinnes voran, und auch von Rieppel, in engem Kontakt mit Alldeutschen wie Claß oder Frhrn. von Gebssattel, erklärte Ende des Monats, jetzt müsse, um Schlimmeres zu verhüten, eine Neuorientierung eingeleitet werden, wobei er noch einmal mit aller Deutlichkeit und Offenheit das Kalkül, aus dem heraus die Unternehmer im CDI überhaupt zu einer Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften bereit waren, deutlich machte, nicht ohne das »starke Nationalgefühl« Legiens und seiner politischen Freunde zu betonen.²³¹⁾

²²⁹⁾ DZA Merseburg, NL Kapp.

²³⁰⁾ Vgl. das Flugblatt »Deutsche Arbeiter!« von Ende Okt. 1918 (StAH, B II a 9 a), aufgegriffen von der Deutschen Tageszeitung Nr. 555, 31. Okt. 1918.

²³¹⁾ Vgl. Dokument Nr. 6, im Anhang, S. 430 f.; ähnlich die Motivation des württemberg. Industriellen Robert Bosch in seinem Brief an Conrad Haußmann vom 25. Okt. 1918, zit. bei Theodor Heuß, Robert Bosch. Leben und Leistung, Tübingen 1946, S. 323: »Nur das Öffnen weiter großer Sicherheitsventile kann uns vor einer Katastrophe bewahren [...] je weiter wir nach links gehen, desto eher werden wir Eindruck machen und eine Katastrophe ablenken können«. Im übrigen zeigt der Brief von Rieppels, daß die Einschätzung Rieppels bei Feldman neu zu überdenken ist: Ein »maßvoller« Politiker wurde er erst im Zeichen der Niederlage.

Trotz dieser Desintegration innerhalb der konservativen Führungsschichten blieben Kapp und Tirpitz bei ihrem alten Kurs: Sie wirkten weiterhin auf die OHL im Sinne einer Militärdiktatur ein; Tirpitz verlangte darüber hinaus von der zivilen Reichsleitung den Einsatz »diktatorische[r] Macht«.²³²⁾

Die militärische Niederlage vor Augen, hielten Ludendorff und Bauer eine solche Politik für taktisch unklug und zogen es vor, die Parteien der Friedensresolution von 1917 mit der Verantwortung für die deutsche Niederlage zu belasten, um auf diese Weise innenpolitisch langfristig eine solide Ausgangsbasis für die systematische Bekämpfung der neuen Regierung zu gewinnen.

Für die Realisierung dieser Strategie hielten die *Alldeutschen* als radikalster Flügel der nationalen Opposition den gezielten Einsatz des Antisemitismus als ideologisches Kampfmittel auf lange Sicht für am erfolgversprechendsten.

Am 20. Oktober 1918, am gleichen Tag, an dem Gebsattel in einem streng geheimen Brief an Claß den Krieg für militärisch verloren erklärt hatte, berief der alldeutsche Verbandsvorsitzende eine große Sitzung nach Berlin ein, auf der diese neue Marschroute, der gezielte Kampf gegen das Judentum, auf das alle »Schuld« abgeleitet werden müßte²³³⁾, bündig formuliert wurde. Claß plädierte hier, unterstützt von dem Münchner Verleger Lehmann, dem hessischen Gymnasialprofessor Gebhard, den Berliner und Hamburger Rechtsanwälten Stolte und Jacobsen sowie dem Geschäftsführer des Verbandes, dafür, die Judenfrage »nicht nur wissenschaftlich-politisch, sondern auch praktisch-demagogisch« (Claß) zu behandeln. Er legte die manipulatorische Funktion des »neuen« Antisemitismus schonungslos dar, wobei er auch in dieser Frage einen Stimmungsumschwung nicht nur bei seinen politischen Freunden im Alldeutschen Verband, sondern auch innerhalb der konservativen Führungseliten konstatierte:

»Wir stehen jetzt alle auf diesem Standpunkt. Unser Freund Lehmann wollte noch vor kurzem nichts von der antisemitischen Bewegung wissen. Kirdorf, der [...] ein ausgesprochener Philosemit war, ist jetzt ganz entgegengesetzter Ansicht, sogar ein rabiater Antisemit, wie alle Leute in der Schwerindustrie. Ich glaube, daß auch die Armee und der preußische Adel mit Vehemenz dabei sind, aber *das ganze Volk muß es sein und mitmachen*. [Hervorgehoben von D. S.] Ich werde vor keinem Mittel zurückschrecken und mich in dieser Hinsicht an den Ausspruch Heinrich von Kleists, der auf die Franzosen gemünzt war, halten: »Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt euch nach den Gründen nicht.«

Der Gymnasialprofessor Gebhard hielt ebenso wie Claß, dessen Argumentation er unterstützte, das ganze öffentliche Leben in Deutschland für »jüdisch verseucht«; die antisemitische Bewegung der 80er Jahre sei an der Rivalität der einzelnen Führer und an ihrem »Spießertum« zugrundegegangen. Der Alldeutsche Verband müsse jetzt die Führung übernehmen und die Judenfrage nicht als wirtschaftliche Frage, sondern als

²³²⁾ Tirpitz an Max von Baden, 17. Okt. 1918, in: *Tirpitz, Erinnerungen*, 1919, S. 292; die alldeutsche Presse polemisierte bereits am 19. Okt. gegen Erzberger und Scheidemann, die einer »Wühlarbeit [...] in Verbindung mit der alljüdischen Presse« bezichtigt wurden, vgl. *Alldeutsche Blätter* Nr. 42, 19. Okt. 1918, S. 333.

²³³⁾ DZA Potsdam, ADV, Nr. 121, auszugsweise zit. bei *D. Stegmann*, S. 515; *U. Lohalm*, S. 52 f.; *W. Jochmann*, a. a. O., S. 439 f. Schon am 3. Okt. 1918 hatte Claß für die Schaffung »einer großen, tapferen und schneidigen Nationalpartei und rücksichtslosesten Kampf gegen das Judentum, auf das all der nur zu berechtigten Unwille unseres guten und irregeleiteten Volkes abgelenkt werden muß«, plädiert, zit. bei *D. Stegmann*, S. 515.

»Frage der Weltanschauung«, d. h. als Rassenfrage begreifen. Der alte Antisemit und zeitweilige deutsch-soziale Reichstagsabgeordnete Jacobsen wies für die praktische Politik vor allem auf die Arbeiterkreise hin, die es zu mobilisieren gelte, nicht nur »Akademiker, Bauern, Mittelstand«. Hier seien schon antisemitische Strömungen vorhanden²³⁴), die es auszunutzen gelte; vor allem auch der Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände mit seinen rund 350 000 Mitgliedern biete ein denkbar günstiges Arbeitsfeld. Auch Rechtsanwalt Stolte aus Berlin legte den Hauptakzent darauf, »die Massen einzufangen«: Als Weg, »an das Volk heranzukommen«, schlug er vor, in die Volksversammlungen zu gehen, Agitatoren in den Gewerkschaften arbeiten zu lassen, ja sogar auf die Straße zu gehen und antisemitische Demonstrationen zu organisieren. Auch Lehmann wies darauf hin, daß er als Redner der Vaterlandspartei in München im Oktober gerade mit antisemitischer Agitation Beifallsstürme geerntet habe, was er sonst nicht habe verzeichnen können.

Der 9. November 1918 machte jedoch vorerst alle weitere praktisch-politische Arbeit in großem Stil zunichte; die Konservativen waren in die Defensive gedrängt, Kapp und seine Freunde suchten aus der Konkursmasse der Vaterlandspartei bzw. der alten Rechtsparteien bis hin zu den deutsch-völkischen Gruppen eine neue konservative Partei zu gründen, während die Schwerindustriellen im Zeichen der Niederlage bereits seit Ende Oktober 1918 zum erstenmal in offizielle Verhandlungen mit den Kampfgewerkschaften traten, was Hugenberg seinem Freund Claß resignierend aus Essen mitteilte.²³⁵) Diese Verhandlungen, auf seiten der Schwerindustriellen geboren aus der Furcht, in dem Machtvakuum nach dem 9. November von der »Revolution« hinweggefegt zu werden, führten bereits am 15. November 1918 zu einem politischen Abkommen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, der sog. Zentralarbeitsgemeinschaft, ja sogar auf Druck der Gewerkschaften zu einem offiziellen Fallenlassen der »Gelben«.²³⁶)

Ergebnis dieser flexiblen Politik der Unternehmer, die anders als die Konservativen sehr schnell die Zeichen der Zeit erkannten und sich auf den Boden der neuen Verhältnisse

²³⁴) Vgl. dazu die Tagebuchaufzeichnungen von Gustav Mayer, dem Biographen Friedrich Engels', vom Oktober 1918, in: *G. Mayer, Erinnerungen*, Zürich/Wien 1949, S. 367: »Im Oktober 1918 zeichnete ich eine Unterhaltung auf, die ich am Abend zuvor mit dem Mehrheitssozialdemokraten Baumeister [...] und einem Amtsrichter Heilborn, der sich viel in Gewerkschaftskreisen bewegte, geführt hatte. Von beiden mußte ich vernehmen, daß sich in den freien Gewerkschaften neuerdings eine beträchtliche antisemitische Strömung geltend machte: »Baumeister bringt diese mehr mit der allgemeinen antisemitischen Welle [sic!] in Verbindung, während sie sich nach Heilborns Ansicht besonders gegen die zahlreichen jüdischen Führer bei den Unabhängigen richtet.« Weitere Belege auch bei *W. Jochmann*, a. a. O., S. 497 ff.

²³⁵) Hugenberg an Claß, 27. Okt. 1918 (DZA Potsdam, ADV, Nr. 179/1); bereits am 18. Okt. 1918 war der Zechenverband in Essen bereit, mit den Vorständen der bestehenden vier Bergarbeiterorganisationen im Ruhrgebiet, von denen die Initiative ausgegangen war, zu verhandeln: Teilnehmer waren von Unternehmerseite u. a. Hugenberg, Kirdorf, Stinnes, Winkhaus und Althoff. In dieser Sitzung wurden vorerst sozialpolitische Zugeständnisse seitens der Unternehmer gemacht, so z. B. die Erhöhung der Durchschnittslöhne bereits im Oktober anstatt im Dezember. Zudem wurden Fragen des Mindestlohnes, Kindergeldfragen, Probleme der gelben Arbeitervereine vorerst sondierend angesprochen; vgl. Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 23, 4. Nov. 1918, S. 192 (»Die Anerkennung der Gleichberechtigung auf dem Marsche«). Ähnliche Entwicklungen fanden in der Metallindustrie statt.

²³⁶) Einzelne Unternehmer wie z. B. Paul Reusch von der GHH waren indes trotz dieser Zusagen von Anfang an nicht bereit, auf die finanzielle Förderung der Gelben auch weiterhin zu verzichten, vgl. den Schriftwechsel zwischen Reusch und Carl Duisberg 1919 (H.A./GHH).

stellten, war eine gewisse innenpolitische Konsolidierung bereits im November und Dezember 1918. Die tiefe Niedergeschlagenheit wich schnell neuer politischer Aktivität. In München z. B. nahm sich der alldeutsche Verleger Lehmann gemäß den Richtlinien vom Oktober 1918 sehr schnell Drexlers und seiner kleinen Gruppe an; bereits Mitte November 1918²³⁷⁾ wurde ein sog. politischer Arbeiterzirkel gegründet, die Keimzelle für die am 9. Januar 1919 offiziell gegründete *Deutsche Arbeiterpartei* (DAP).²³⁸⁾ Zum 7. Dezember 1918 wurde auch schon zur 2. Reichskonferenz des im Mai 1918 gegründeten Reichsausschusses für einen deutschen Arbeiterfrieden nach Berlin eingeladen, der jedoch von sozialistischen Arbeitern gesprengt wurde. Der altkonservative Flügel der alten Deutsch-Konservativen Partei, aber auch die Alldeutschen und Kapp suchten diese Strömungen in der Arbeiterschaft einerseits für die neue *Deutschnationale Volkspartei* (DNVP) aufzufangen²³⁹⁾, andererseits doch die weiterhin bestehenden Arbeiterparteien wie die DAAP Gellerts fortleben zu lassen. Beispiele für diese zweigleisige Taktik sind die Gründung eines Reichsausschusses der Arbeiterschaft innerhalb des sog. Berufsständischen Reichsausschusses der DNVP, der die alten christlich-sozialen bzw. deutsch-sozialen sowie einen Teil der »gelben« Arbeiter sammelte²⁴⁰⁾, aber auch die neu-auflebende Agitation der DAAP, die sich seit Mitte November den Untertitel »Großdeutsche Volkspartei« beilegte und für den »großdeutschen Gedanken«, den »Zusammenschluß aller germanischen Völker«²⁴¹⁾ gerade bei den heimkehrenden Frontsoldaten warb, die ja schon vorher der antisemitischen Propaganda stark ausgesetzt gewesen waren. Seit dem 1. Februar 1919 erschienen gedruckte »Mitteilungen« der DAAP, in denen die »bisherige Demokratie und Sozialdemokratie« als im »jüdischen Fahrwasser« schwimmend beurteilt wurden. Gleichen Geist atmeten das revidierte Parteiprogramm sowie die zahlreichen Flugblätter.²⁴²⁾

Wie die DAP Drexlers, hinter der in München alldeutsche Konservative aus der ehemaligen Ortsgruppe der Vaterlandspartei sowie aus dem Kreis um Lehmanns Zeitschrift »Deutschlands Erneuerung« standen, so war die DAAP in Berlin durch Kapp bzw. die DNVP ferngesteuert: Gellert arbeitete bis Herbst 1919 im Büro von Schiele, der die sog. Abteilung für das liberale Bürgertum, d. h. die Konkursmasse der Vaterlandspartei, verwaltete und in die DNVP-Organisation eingliederte. Seitdem nahm er als Leiter des

²³⁷⁾ Datierung im Gegensatz zu der bei *Franz-Willing* gegebenen nach *R. H. Phelps*, Hitler und die DAP, in: AHR 69, 1963, S. 977.

²³⁸⁾ Vgl. dazu die in Anmerkung 6 angegebenen Arbeiten. Wahl vom Freien Arbeiterausschuß teilte Westarp am 8. Nov. 1918 mit, er werde von einzelnen Ortsgruppenvorsitzenden seiner Organisation — »in Dresden und München sozialdemokratische Arbeiter [d. h. Drexler] [...], in Berlin [...] ein Mitglied der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, anderswo wiederum Werkvereinler oder Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine« — dahingehend bestürmt, »eine neue Partei zu gründen. Ein Programm haben sie schon ausgearbeitet und nennen sie ›Neudeutsche Volkspartei!‹ [...] Nun stehe ich auf dem Standpunkt, die Konservative Partei wird die neudeutsche Volkspartei werden [...] Dies kann geschehen, wenn sie auch den Arbeitern eine Vertretung gibt« (DZA Potsdam, NL Westarp, Nr. 24).

²³⁹⁾ Vgl. bereits den Brief des Rittergutsbesitzers Pretzell an Claß vom 6. Juli 1918: »Die Konservativen möchte ich überhaupt veranlassen, daß sie ihren Namen ablegen. Es muß eine große Nationalpartei gegründet werden, die die Bevölkerungsschichten, die auf national-völkischem Boden stehen, einschließlich der Arbeiter, kleinen Beamten usw. umfaßt. Auch die Alldeutschen müßten dann darin aufgehen« (ADV, Nr. 245/1).

²⁴⁰⁾ Vgl. dazu: *Die deutschnationale Arbeiter-Bewegung, ihr Werden und Wirken*, Berlin 1925.

²⁴¹⁾ Vgl. ihren Aufruf vom 12. Nov. 1918, in: *W. Gellert*, Das Wunder des deutschen Aufstieges, S. 15 ff.

²⁴²⁾ *Ebda.*, S. 15 ff. und das im Anhang abgedruckte Dokument Nr. 7, S. 431 f.

deutsch-nationalen Fraktionsbüros sogar an den Fraktionssitzungen der Partei teil. Die Agitation der DAP unterschied sich kaum von der der DAAP; sie zielte auf die Gewinnung von Arbeitern, Handwerkern, kleinen Geschäftsleuten und beschäftigungslosen ehemaligen Frontsoldaten und kam über eine völkische Sekte wie ihre norddeutsche Variante nicht hinaus.

Gellerts DAAP existierte noch bis zum 1. August 1920 und lebte dann als sog. »Deutscher Ring«, verschmolzen mit anderen deutsch-völkischen Bündeln, als eine der vielen überparteilichen Sammlungsbewegungen weiter, breitete sich seit Ende 1920 auch nach Bayern und nach Ostpreußen aus.²⁴³⁾

Auf Einzelheiten der Entwicklung der DAP²⁴⁴⁾, den Aufstieg Adolf Hitlers in ihr seit Ende 1919 sowie ihre Umwandlung zur NSDAP 1920 soll hier nur in einem kurzen Ausblick eingegangen werden. Wesentlich erscheint in diesem Zusammenhang, daß nicht nur der Alldeutsche Verband, der getreu seinen Oktober-Richtlinien Anfang 1919 mit der Gründung des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes eine Koordinierungsinstanz für eine gezielte antisemitische Propaganda schuf, aus dessen Mitgliedern sich nach seinem Verbot 1922 die späteren Führungskader der aufstrebenden NSDAP rekrutierten²⁴⁵⁾, sondern daß auch altkonservative Kreise innerhalb der DNVP von Anfang an die Chance ergriffen, kleinbürgerliche Gruppen und nationale Arbeiter durch antisemitische Parolen für konservativ-autoritäre Politik zu mobilisieren. Gerade auch sie nutzten die Pauperisierungstendenzen innerhalb dieser Schichten, die im Zeichen des Zusammenbruchs der Kriegswirtschaft ganz offenbar geworden waren, politisch dergestalt aus, daß sie eine Erklärung dafür im internationalen Judentum, in der SPD und im demokratischen Linksliberalismus, dann in der USPD und KPD anboten. So forderte z. B. Otto Fürst zu Salm-Horstmar, Vorsitzender des Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz und Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Münster der DNVP, im Januar 1919 Claß dazu auf, »dem Judentum rücksichtslos die Maske vom Gesicht zu reißen«²⁴⁶⁾; Ende Dezember 1919 schrieb Salm lapidar²⁴⁷⁾: »Und der Sieg des Guten kann nur unter Mitwirkung der Germanen, des Ariers erfochten werden. Und darum wird Deutschland, nachdem es wieder entgiftet ist [von Juden, Sozialisten und Demokraten]

²⁴³⁾ Vgl. Gellerts Zeitschrift bzw. Zeitung Der deutsche Ring sowie im NL Kapp befindliche Broschüren und Flugblätter.

²⁴⁴⁾ Gerade auch die DAP Drexlers betonte von Anfang an den »mittelständischen« Charakter der Partei: »Die Hauptaufgabe sieht die Partei in der Hebung des Mittelstandes [...] der gelernte Arbeiter soll sich nicht als Proletarier fühlen, sondern als ein, dem Mittelstande, gleichgestellter Staatsbürger«, zit. bei Maser, S. 150 f. Das waren im übrigen die bekannten, seit Anfang 1918 von Wahl verbreiteten Forderungen. Gelernte Arbeiter, Handwerker, Angestellte, kleine Geschäftsinhaber, ergänzt durch Studenten und beschäftigungslose Soldaten, bildeten die soziale Basis der Partei bis 1923 — und danach. Sehr früh wurde auch ein Teil der »gelben« Arbeiter und Angestellten integriert: 1920 trafen Drexler, Hitler und Eckart mit einem »gelben« Beamten bei Krupp, der im Auftrage der Nachfolgeorganisation des Hauptausschusses, des Deutschen Arbeiterbundes, vorsprach, zusammen, und Ende 1920 nahm Hitler als Gast an der Tagung des Nationalverbandes Deutscher Berufsverbände teil, vgl. Ernst Deuerlein, Der Aufstieg der NSDAP, 1968, S. 103 f. (aus bisher ungedruckten Teilen des Drexler-Nachlasses) sowie den Art. Nationalverband Deutscher Berufsverbände, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. II, Leipzig 1970, S. 440. Zur Soziologie der frühen NSDAP vgl. die Bücher von Franz-Willing, S. 126 f., 130; Maser, S. 255 und neuerdings (für das Jahr 1923) den Aufsatz von Michael H. Kater, Zur Soziologie der frühen NSDAP, in: VZG, H. 2, 1971, S. 124 ff.

²⁴⁵⁾ Belege dafür bei U. Lohalm.

²⁴⁶⁾ DZA Potsdam, ADV, Nr. 219, Salm-Horstmar an Claß, 23. Jan. 1919.

²⁴⁷⁾ Ebda., Salm an Claß, 31. Dez. 1919.

doch schließlich wieder aus der Asche zu neuer, sogar größerer Blüte erstehen.« Ähnliche Ideologien verbreitete die Nachfolgeorganisation des BdL, der Reichslandbund.

Die Schwerindustrie hingegen scheint zu gezielter Unterstützung antisemitischer Politik zu diesem Zeitpunkt, ungeachtet großer finanzieller Zuwendungen an den Alldeutschen Verband²⁴⁸), nicht bereit gewesen zu sein. Ohne den Rückhalt der Armee und die konservative Bürokratie setzte sie jetzt stärker auf das Bündnis mit den Gewerkschaften in der Zentralarbeitsgemeinschaft. Diese Politik bestimmte vor allem Stinnes innerhalb seiner wirtschaftlichen Interessengruppe, während Kirdorf sich resignierend aus der Tagespolitik zurückgezogen hatte. Nur einzelne klein- und mittelbetriebliche Industrielle, die unter der schwierigen ökonomischen Situation litten, waren bereit, sich finanziell an der antisemitischen Kampagne zu beteiligen.²⁴⁹)

Was nun speziell den Aufstieg *Hitlers* bzw. die Genesis seiner Ideologie, seinen Antisemitismus sowie seine innen- und außenpolitischen Ziele angeht, so muß man feststellen, daß er einerseits auf bereits vorgeprägte Ideologien zurückgreifen konnte – das gilt für seinen Antisemitismus (die erste Äußerung in diesem Sinne datiert bezeichnenderweise erst vom September 1919) ebenso wie für seine Forderung nach einer expansiven Kontinentalpolitik nach Osten²⁵⁰) – und daß er andererseits, analog zu Wahl, Gellert und Drexler, vom Beginn seiner politischen Laufbahn an bis spätestens 1923 durchaus Instrument politisch einflußreicher Hintermänner blieb. Nicht nur, daß Reichswehr-offiziere in München wie der Hauptmann Mayr²⁵¹) den »namenlosen Gefreiten« des 1. Weltkrieges, Hitler, entdeckten, auch alldeutsche Kreise wurden sehr schnell auf ihn aufmerksam; 1920 besuchte Hitler den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Claß, bekannte sich als direkten Schüler der Ideen, die Claß bereits 1912 publiziert hatte, und erhielt innenpolitische Schützenhilfe durch die alldeutsche »Deutsche Zeitung« in Berlin.²⁵²) Zu Recht ist auch darauf hingewiesen worden, daß sich im sog. 25-Punkte-Programm der NSDAP vom Februar 1920 zum Teil direkte Übernahmen Claßscher Programmpunkte von 1912 registrieren lassen²⁵³); dabei übersah man aber, daß diese Ideen bereits im Kriege weiterentwickelt und als Grundlage des Programms der DAAP genommen worden waren.

Bisher gänzlich unbekannt war, daß Hitler auch sehr früh in das Blickfeld Kapps geriet und daß letzterer möglicherweise seine Hilfe dazu gewährte, die für den Erwerb des »Völkischen Beobachters« als Parteiorgan der NSDAP noch fehlenden 45 000 Mark²⁵⁴) bereitzustellen. Hauptmann Mayr, der Entdecker Hitlers, bis Sommer 1920 »Propa-

²⁴⁸) DZA I, ADV, Nr. 125/1, Sitzung vom 15. Febr. 1920: »Das Geld sitzt jetzt sehr flüssig, besonders in den Kreisen der Industrie, um zu retten, was noch zu retten ist« (Bacmeister, Elberfeld).

²⁴⁹) So der ehemals im Bund der Industriellen führende südwestdeutsche Kugellagerfabrikant Hirth, zit. bei U. Lohalm, S. 102.

²⁵⁰) Vgl. dazu bereits Gellerts Brief an einen Parteifreund vom 21. Okt. 1918, in: *ders.*, Das Wunder des deutschen Aufstieges, S. 12: »Unsere Zukunft liegt [...] im Osten, nach Rußland hin, auf dem Kontinent.«

²⁵¹) Vgl. dazu E. Deuerlein, Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, in: VZG 7, 1959, S. 177 ff. Mayr brachte Hitler Ende 1919 auch mit der DAP Anton Drexlers in Verbindung.

²⁵²) A. Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Mainz 1954, S. 192.

²⁵³) W. Maser, S. 207 ff.; zum Vergleich der Programme von DAAP und NSDAP vgl. vor allem die Punkte 1, 2, 3, 7, 15, 25 im sog. 25-Punkte-Programm. Der Antisemitismus wurde hier – 1920 –, nicht zuletzt unter dem Einfluß der antisemitischen Welle im Zuge der Gründung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, indes viel stärker betont.

²⁵⁴) DZA Merseburg, NL Kapp, Mayr an Kapp, 24. Sept. 1920, auch für das Folgende.

gandaoffizier« im Reichswehrgruppenkommando in Bayern, erbat sich in einem Brief an den in Schweden im Exil lebenden Kapp im September 1920²⁵⁵) Rat und Hilfe für neue Aktionen. Er brachte sich bei dieser Gelegenheit als der »entscheidendste Förderer« des Kapp-Putsches in Bayern in Erinnerung und rief Kapp ins Gedächtnis zurück, daß er ihn zweimal persönlich gesprochen habe: Anfang März 1920 zusammen mit dem völkischen Publizisten Eckart, »einem gutdeutschen Mann, wenn auch etwas blindwütigem Antisemiten«, am nächsten Tag allein als Mittelsmann zu den Generälen Lüttwitz und von Oldershausen im Vorfeld des Putsches. Ein von ihm, Mayr, geschickter Vertrauensmann habe Kapp dann am 14. oder 15. März über die Aufnahme des Putsches in Bayern berichtet. Seine beiden Emissäre seien jedoch in Berlin erst angekommen, als der Putsch bereits zusammengebrochen war: Eckart und Hitler. Dieser Fehlschlag habe ihn jedoch nicht entmutigt; er wolle weiterarbeiten, und die NSDAP solle dabei die »Organisation des nationalen Radikalismus« werden. Mayr, der in diesem Brief die NSDAP ganz als seine Schöpfung hinstellte, sah in ihr den putschistischen Stoßtrupp für eine neue, erfolgreichere Aktion:

»Die nationale Arbeiterpartei muß die Basis geben für den starken Stoßtrupp, den wir erhoffen. Das Programm [die 25 Punkte der NSDAP vom 24. Februar 1920] ist gewiß noch etwas unbeholfen und vielleicht auch lückenhaft. Wir werden es ergänzen. Sicher ist nur, daß wir unter dieser Fahne doch schon recht viele Anhänger gewonnen haben. Seit Juli vorigen Jahres schon suche ich [...] die Bewegung zu stärken. [...] Ich habe sehr tüchtige junge Leute auf die Beine gebracht. *Ein Herr Hitler z. B. ist eine bewegende Kraft geworden, ein Volksredner 1. Ranges* [Hervorhebung von D. S.]. In der Orts-

²⁵⁵) Die zum Erwerb des VB fehlende Summe wurde bekanntlich Ende 1920 durch den Kapp bekannten Ritter v. Epp aufgebracht.

²⁵⁶) 1921 traf Hitler mit führenden Konservativen, u. a. Graf Behr und Graf Yorck v. Wartenburg, in Berlin zusammen, vgl. Maser, S. 266 (Notiz); G. Mayer berichtet in seinen Erinnerungen (vgl. Anm. 213), S. 197, davon, daß Hitler in einer Rede vor einem Berliner nationalen Club mit seinem »Drängen« eine Resolution durchbrachte, »daß jede Bewegung für Deutschlands »Erneuerung« Erfolg nur versprache, wenn sie sich auf eine antisemitische Agitation stütze«. (Mitteilung des Frhrn. v. Gleichen an Mayer). Frhr. von Gleichen war damals Geschäftsführer des Juniclubs. Mayer selbst gibt keine Datierung dieses Vortrages; mit höchster Wahrscheinlichkeit handelt es sich hierbei um Vorträge, die Hitler 1922 in Berlin hielt: So berichtete Max Hildebert Boehm rückblickend 1932, Hitler habe 1922 vor 30 geladenen Gästen seinen ersten politischen Vortrag überhaupt gehalten, zit. im Art. »Juniclub«, in: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland*, Bd. II, Leipzig 1970, S. 247; nach einem rückblickenden Bericht des Vertrauten des Berliner Großindustriellen Ernst von Borsig, Fritz Detert, aus dem Jahre 1937, zitiert bei Lew Besymenski, Sonderakte »Barbarossa«. Dokumente, Darstellung, Deutung, Stuttgart 1968, S. 21 ff., hielt Hitler 1922 »seinen ersten Vortrag im roten Berlin, und zwar im Nationalen Club hinter verschlossenen Türen«; ein weiterer Vortrag vor den gleichen Kreisen sei dann auf Wunsch Borsigs erfolgt. Zur sozialen Zusammensetzung des Juniclubs, der seinerseits enge personelle Beziehungen zum Nationalen Club unterhielt, vgl. bes. Klemens von Klemperer, *Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München und Wien o. J. (1962), S. 119 ff.; zum Nationalen Club vgl. *Nationaler Club Berlin 1919*, Mitgliederverzeichnis (Stand am 30. September 1920), Berlin o. J. (1920); hier sammelten sich die gleichen Kreise, die sich bereits 1917/18 in der Vaterlandspartei zusammengefunden hatten, so u. a. Hugenberg, Kirdorf, Rieppel, Roetger, Stinnes, Vögler von seitens der Schwerindustrie, Alldeutsche wie Lehmann oder Claß und Großgrundbesitzer wie Frhr. von Wangenheim, v. Arnim-Muskau, Graf Behr-Bandelin, v. Böhlendorff-Kölpin, Brandes, von Brockhausen, von Dewitz, Graf zu Dohna-Schlobitten, Graf von Kalkreuth oder Elard von Oldenburg-Januschau. Diese Vorgänge dokumentieren, wie schnell diese Kreise auf Hitler aufmerksam wurden: Mayer berichtet, Hitler sei damals noch für ihn eine »legende Persönlichkeit gewesen« (S. 297).

gruppe München haben wir über 2000 Mitglieder, während es im Sommer 1919 noch keine 100 waren.«

Mayr versprach Kapp, dessen Putsch der ganzen Bewegung erst neuen Schwung gegeben habe, einen »glühenden Nationalismus« zu pflegen, dabei aber nicht im »parlamentarisch geruhsamen Tempo der deutsch-nationalen Volkspartei« vorzugehen: »Bolschewismus, Separatismus, Aufgehen in westlicher Pseudokultur und wirtschaftliches Helotentum von Englands und Frankreichs Gnaden« werde man mit »Hörnern und Klauen« bekämpfen.

Hinter dem Programm stehe die »Entschlossenheit zu handeln«, wenn auch der genaue Zeitpunkt dafür noch nicht gewählt sei: Der Putsch von 1923, der in die Geschichte als Hitler-Putsch eingehen sollte, war bereits seit Ende 1920 geplant. Kapp selbst, der 1922 starb, sollte diesen zweiten Versuch nicht mehr erleben. Immerhin waren die gleichen Gruppen um den Führungskern der alten Vaterlandspartei wie 1920 so auch 1923 vertreten. Qualitativ neu war, daß sich das Objekt der konservativen Fernsteuerung²⁵⁶), Hitler, mehr und mehr verselbständigte und in dem Maße, in dem die NSDAP zu einer kleinbürgerlichen Massenpartei wurde, d. h. den Schritt weg von der völkischen Sekte tat, auch zu einem relativ eigenständigen Machtfaktor avancierte.

Wenn z. B. Freiherr von Gebattel noch im Juli 1923 bedauernd feststellte, Hitler sei »leider kein Mussolini«²⁵⁷), so sollte sich diese Einschätzung in der Spätphase der Weimarer Republik, als die NSDAP Hitlers im Sog der Weltwirtschaftskrise zur faschistischen Massenpartei aufstieg, durch die historische Entwicklung selbst widerlegen, wenn auch in modifizierter Form: Im Bündnis mit Hugenberg, unter Aufnahme direkter politischer Kontakte mit konservativen Gruppen innerhalb der Schwerindustrie, der Banken und Teilen des ostelbischen Großgrundbesitzes im Reichslandbund seit 1931/32, gelang Hitler die »legale« Machtergreifung 1933. Das Kartell der schaffenden Stände von 1913, politisch instrumentalisiert als Massenbewegung von rechts in der Deutschen Vaterlandspartei am Ende des Kaiserreiches 1917/18, in neuer Form nach den gescheiterten Putschen von 1920 und 1923 in der Harzburger Front 1931 zusammengefügt, lebte im Kabinett der nationalen Konzentration vom 30. Januar 1933 wieder auf.

ANHANG

*Dokument Nr. 1**

Die Zukunft der deutschen Arbeiter!

Bremen, im Mai 1917

Arbeiter!

Das einzige Mittel, um Deutschland mit seinem kräftigen und intelligenten Arbeiterstand vor gänzlichem Niedergang zu retten und es wehrfähig gegen die Feinde ringsum zu erhalten, ist nicht allein die Wiedererwerbung unserer sämtlichen Kolonien, sondern eine Vermehrung derselben durch den Friedensschluß. In den Kolonien können alle überschüssigen deutschen Kräfte für das Vaterland und für sich selbst gewinnbringende Beschäftigung finden, und zwar durch Anbau von Baumwolle, Schafzucht, Wege- und Bahnbau usw. Das Ergebnis wird dann sein, daß Hunderttausende unserer Krieger und Arbeiter sich dauernd in den Kolonien ansiedeln, ihre Familien nachkommen lassen und

²⁵⁷) DZA Potsdam, ADV, Nr. 205, Gebattel an Claß, 26. Juli 1923.

* Staatsarchiv Hamburg, Senatskriegsakten, B II a 8.

dem Deutschen Reiche erhalten bleiben. Wie leicht kann es da ein deutscher Arbeiter nach mehreren Jahren Arbeit zu einem Besitz von 40 Morgen Land und einer großen Anzahl von Rindvieh und Schafen bringen und so unter dem Schutz des Deutschen Reiches zu Wohlstand gelangen oder sonst sein Gewerbe unter günstigeren Verhältnissen ausüben als es ihm früher im alten Vaterlande möglich war.

Die alten Kolonialvölker, wie Engländer, Spanier, Portugiesen, Holländer und Franzosen haben dieses System schon seit Jahrhunderten, und Millionen Menschen, die im Vaterlande nichts besaßen, kamen in den Kolonien hoch und wurden reiche Leute, und deren Nachkommen sieht man es heute nicht an, daß ihre Großeltern als ganz arme Leute in die Kolonien gegangen sind.

Wenn nun die sozialdemokratischen Führer in Stockholm zusammenkommen und wenn dann die deutschen Vertreter von einem Frieden ohne Entschädigungen sprechen, dann kann das den Führern der feindlichen Länder nur recht sein, denn Deutschland verschenkt dann das, was es in Händen hat. Dabei verlangen die Franzosen und Engländer aber außerdem noch Teile alten deutschen Besitzes und Kriegsentschädigungen von dem siegreichen Deutschen.

Warum soll der deutsche Arbeiter immer in der ganzen Welt hintenan stehen und nicht jetzt auch die Gelegenheit benutzen, die sich ihm durch die augenblickliche Kriegslage bietet, zu Wohlstand zu gelangen und unendliches Unglück, welches ein schlechter Friedensschluß uns bereiten würde, von sich abzuwenden? Sind wir wirklich so dumm und gutmütig, daß wir aus einem übertriebenen Gerechtigkeitsgefühl heraus uns wieder hineinlegen lassen wollen, während sich die Arbeitermassen unserer Feinde in unseren uns abgenommenen Kolonien bereichern können? Sind wir wirklich solche Michel und Dummköpfe? Soll der deutsche Arbeiter aus Mangel an Arbeit im Vaterlande gezwungen werden, in Feindesland zu gehen, um da Arbeit zu bekommen? Sollen wir diesen Augenblick, in dem sich unser Schicksal zum Bessern wenden kann, unbenutzt lassen?

Kolonien in Afrika oder sonstwo haben aber gar keinen Zweck und würden uns im nächsten Kriege wieder abgenommen werden, wenn nicht das Vaterland selbst stark genug ist, dieselben gegen jeden Angriff zu schützen. Diese Kraft haben wir aber augenblicklich in Händen, das beweist die jetzige Kriegslage, und wäre es eine große Unvernunft, wenn wir die besetzten Gebiete in einer solchen Weise wieder herausgeben würden, daß dieselben wieder Angriffsgebiete gegen uns *anstatt Schutzgebiete für uns* würden. Warum sollen wir immer unsern Feinden und deren unverschämten Forderungen entgegenkommen, nur weil einige Führer das wünschen, weil sie wissen, daß ein verarmter Arbeiterstand leichter ihrem Einfluß unterliegt, als einer, der sich wohl fühlt und Aussicht hat, in die Höhe zu kommen. *Frägt doch einmal die feldgrauen Krieger*, ob die all das Land wieder herausgeben möchten, das wir erobert haben. Hätten wir Elsaß-Lothringen in diesem Kriege nicht gehabt, dann hätten wir es unter Aufopferung einer Unzahl Menschen wieder erobern müssen, und dasselbe würde der Fall sein in einem zukünftigen Kriege, mit Belgien, einem Teil von Frankreich, Polen und den baltischen Provinzen.

Sichern wir uns die eroberten Länder in der Weise, daß sie nicht wieder zum Anmarschgebiet für unsere Feinde werden können, dann genügt das, um uns *so stark* zu machen, *daß keine Vereinigung von Völkern uns je wieder angreift* und daß man uns auch unsere Kolonien, die ein günstiger Friedensschluß uns zum Wohle des deutschen Arbeiterstandes bringen muß, in aller Ruhe beläßt.

Die Geschichte mit dem Raben und dem Fuchs findet hier Anwendung, wo der Rabe ein Stück Fleisch im Schnabel hat und der Fuchs ihm sagt, er hätte doch eine solch schöne Stimme, er möchte doch einmal singen. Der Rabe öffnet den Schnabel, das Fleisch fällt hinunter, und der Fuchs frißt es.

So wird auch den deutschen Sozialdemokraten jetzt von den englischen und französischen gesagt: »Ihr seid ein solch gerechtes Volk, Euer Feind ist das Militär-System.« Dabei ist das englische und französische Militärsystem viel schlimmer. *Unsere Vertreter sollen beschwätzt werden, daß Deutschland alle Vorteile wieder herausgeben soll, damit auf Kosten des deutschen Arbeiterstandes der englische und französische sich bereichern können. Herausgeben kann man immer, wenn man das für recht hält, aber wiederbekommen ist schwer, wenn man es nötig hat.*

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind eine große Demokratie, aber der Herrscher daselbst ist das Großkapital und dessen Vertreter ist Präsident Wilson, der ohne Einschränkung mit seinem Lande verfährt, wie es ihm paßt und wie ein moderner Herrscher in einer gesunden Monarchie es niemals wagen könnte, denn der Deutsche folgt seinem Herrscher nur mit gutem Willen zum Kriege, wenn er sieht, daß der Krieg auch ein gerechter und ein Verteidigungskrieg ist. Aber der Krieg der Vereinigten Staaten gegen uns ist eine *himmelschreiende Ungerechtigkeit*. Derselbe zielt nur darauf ab, den deutschen Handel und die deutsche Schifffahrt in der ganzen Welt zu zerstören, um die eigene Schifffahrt und den eigenen Handel an ihre Stelle zu setzen.

In Frankreich hat die Republik dem Lande nur Unheil und viele Kriege und mit diesem Kriege fast den Untergang der ganzen Nation gebracht. Auch in Frankreich regiert das Großkapital. *Die Arbeiter glaubten da zu herrschen*, ebenso wie in den Vereinigten Staaten und in England, aber dieser Krieg hat ihnen gezeigt, wie man sie in demokratischen Ländern behandelt. Wer gleiche Pflichten hat, der hat auch gleiche Rechte! Das ist in Deutschland der Fall, aber nicht in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten.

Auführer in Frankreich haben sich zu allen Zeiten bei ihren Umstürzen auf die Arbeiter gestützt, um die Regierung zu stürzen. Nachher stützten sie sich aber auf die Polizei, um die Arbeiter wieder zu unterjochen. Mit schönen Redensarten und großartigen Versprechungen ist noch nie die Welt gut regiert worden. Dem englischen und französischen Arbeiter kann mit Recht viel mehr Blödsinn seitens seiner Regierenden geboten werden, weil er eine schlechtere Schulbildung als der deutsche Arbeiter hat und nur das von der Weltgeschichte weiß, was seine Regierung ihn wissen lassen will.

Wenn wir jetzt, da wir auf allen Seiten im Siegen sind, einen faulen Frieden machen, *dann wird der gutmütige Deutsche wieder wie früher in der ganzen Welt ausgelacht*. Er kann sich dann wieder an schönen Reden berauschen, aber *zu essen bekommt er damit nichts, sondern er verarmt endlos*. Muß der Deutsche sich denn immer vor andern fremden Nationen verbeugen, und darf er nicht auch einmal stolz sein Haupt erheben?

Wenn wir keine Kolonien bekommen, dann werden die Länder, welche Kolonien haben, ihre Rohstoffe bei uns verarbeiten lassen, das feindliche Ausland und das feindliche Kapital werden unsere Arbeitgeber und *wir werden ihre Lohnsklaven und ihre Kriegssträflinge*.

Arbeiter, macht die Augen auf!

Wilhelm Wahl, Schlosser

*Dokument Nr. 2**

Der »Freie Ausschuß für einen deutschen Arbeiterfrieden« wünscht einen Frieden, der den deutschen Arbeitern wenigstens in kleinem Maße eine Vergeltung bringt für den Opfermut und die Entbehrungen, die die deutsche Arbeiterschaft während des Krieges dargebracht hat.

Der Friede muß uns deshalb bringen:

1. Gesicherte Landesgrenzen. Innerhalb der deutschen Grenzen wollen wir Arbeiter unser Brot und Verdienst haben, wollen wir mit unsern Familien ruhig und sicher leben können.
 2. Siedlungsland. Für die Kriegsbeschädigten müssen Ansiedlungen geschaffen werden, damit sie mit Lust und Liebe im deutschen Vaterlande leben können. Wir müssen Kolonien haben, um vom Ausland, besonders von England unabhängig zu werden in unserer Versorgung mit Rohstoffen.
 3. Das freie Meer. Im Welthandel wollen wir ebenso frei und ungehindert sein wie England, um mit ihm jederzeit zu konkurrieren auf dem Weltmarkte. Dadurch können der deutsche Handel und die deutsche Industrie nur allein wieder aufblühen und gedeihen. Wir Arbeiter haben dann im eigenen Vaterlande Arbeit und Verdienst und brauchen nicht auszuwandern.
 4. Eine Kriegsentschädigung. Die Kriegsinvaliden und Kriegsbeschädigten, die Kriegerwitwen und Kriegerwaisen sollen eine angemessene Rente erhalten. Die deutsche Sozialpolitik, wie Kranken- und Invalidenversicherung, kann dann weiter ausgebaut werden. Ohne Kriegsentschädigung werden die Lasten für uns Arbeiter unerträglich sein.
- Für jeden Arbeiter ist es Ehrenpflicht, im Interesse seines Standes, seiner Familie, seiner Kinder, im Interesse der kriegsbeschädigten Kollegen, wie der Witwen und Waisen unserer gefallenen Kollegen, daß die Zukunft gesichert wird, und nicht für alle Zeiten die Not und Entbehrung der Kriegszeit auf uns lastet. —

*Dokument Nr. 3***

Deutsche Arbeiter und Privatangestellte!

Der Krieg geht seinem Ende entgegen und es gilt, die Ernte der blutigen Saat in die Scheuern zu bringen. Militärisch haben wir den Sieg errungen oder stehen im Begriff, ihn zu vollenden. Politisch droht uns die Niederlage durch unseren Reichstag, der uns den »Frieden der Verständigung und Versöhnung« mit unseren Todfeinden bringen will und doch nicht kann.

Die alten Parteien haben abgewirtschaftet, und etwas Neues muß an ihre Stelle treten. Nur aus der Tiefe des deutschen Volkes heraus kann uns die Rettung aus dieser Not kommen. Und so rufen wir auf zur Gründung der Deutschen Arbeiter- und Angestellten-Partei!

Denn Arbeiter und Angestellte haben als Arbeitnehmer gemeinsame Interessen, und Einigkeit macht stark!

* Deutschlands Erneuerung. Monatsschrift für das deutsche Volk, Jg. I, H. 6, September 1917, S. 577 f.

** Deutsche Zeitung, Jg. 23, Nr. 149; Berlin, Freitag, 22. März 1918, Abend-Ausgabe.

Wohin sind wir gekommen? Das Ziel des besiegten Rußlands, der Friede »ohne Annexionen und Entschädigungen«, ist auch das Ziel der Volksvertretung des siegreichen Deutschlands geworden! Was ist ein Friede »ohne Annexionen und Entschädigungen«?

Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg, Herr Dr. [Robert] Kuczynski, erklärte in einem Vortrage vom 2. Juli 1917:

»Nach dem Kriege wird der Deutsche, selbst wenn die öffentlichen Schulden etwa durch eine einmalige Vermögensabgabe sofort um ein Drittel verringert werden, durchschnittlich ein Viertel seines Einkommens an Reich, Staat und Gemeinde zu zahlen haben.« Auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Würzburg im Oktober 1917 wurde hervorgehoben, daß wir in einem halben Jahre 120 Milliarden Mark Kriegsschulden haben werden. Winnig-Hamburg* führte aus:

»Bei der Rückkehr in die Friedenswirtschaft werden wir eine gewaltige Ueberfüllung des Arbeitsmarktes bekommen und dann werden die Kriegslöhne zusammenklappen. Demgegenüber ungewisse Beschäftigung: eine Katastrophe des Arbeitslohnes — aber hoch bleiben die Warenpreise. Gewaltige Erschütterungen werden unausbleiblich folgen ... Wissell** forderte die unverzügliche Entlassung der feldgrauen Arbeiter ohne Rücksicht auf den Arbeitsmarkt; das müßte die Katastrophe verstärken.«

Also gewaltige Steuern, teurer Lebensunterhalt, niedrige Arbeitslöhne und deshalb lange Arbeitszeit, größte Arbeitslosigkeit, sowie schließlich Verzicht auf Sozialpolitik wegen Mangels an Mitteln! Das ist das gewollte oder ungewollte Ziel der Reichstagsmehrheit! Das ist der Dank für siegreiche Schlachten, erstattet von den »Volksvertretern« an ihre Wähler! Dieser Friede wird schlimmer werden als der Krieg! Wir gewinnen die Schlachten und die Engländer den Krieg!

Die Hauptfolge aber: Für die Kriegsbeschädigten und die Kriegerwitwen und -waisen bleibt kein roter Pfennig! Mit zerschossenen Gliedern und ruinierter Gesundheit sind die Kriegsteilnehmer dem Elend preisgegeben!

Kriegsbeschädigte Kollegen und Kameraden, setzt euch zur Wehr, ehe es zu spät ist!

Während das deutsche Volk sich für seine eigene Zukunft so wacker geschlagen hat, soll es zugunsten anderer durch hohle internationale Phrasen und Schlagworte um handgreifliche Sicherheiten und Entschädigungen und um eine glückliche Zukunft betrogen werden. Und die Verteidiger unserer Grenzen sowie die Hinterbliebenen unserer vielen Gefallenen läßt man verkommen!

Der Stimme des Reichstages stellen wir die Stimme des Volkes entgegen! Wir wünschen, daß der Friede von Hindenburg und Ludendorff geschlossen werde, nicht von unfähigen Diplomaten! Der gesunde Menschenverstand sei unser Programm!

Unsere Forderungen lauten:

Für den deutschen Sieg!

* August Winnig (1878 – 1956), 1905 – 1912 Redakteur des »Grundstein« (Organ des Zentralverbandes der Maurer), seit 1. Nov. 1911 2. Vors. des Bauarbeiterverbandes, seit 1913 1. Vorsitzender; Nov. 1918 Bevollmächtigter des Reiches für die baltischen Lande und Reichskommissar für Ost- und Westpreußen; 1919 Oberpräsident von Ostpreußen, im März 1920 wegen Beteiligung am Kapp-Putsch aus der SPD ausgeschlossen und seines Amtes enthoben.

** Rudolf Wissell (1869 – 1962), 1908 – 1918 Zentralarbeitersekretär bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 1916 – 1918 sozialpolitischer Redakteur am »Vorwärts«, vom Dez. 1918 bis 13. Febr. 1919 Volksbeauftragter, vom 13. Febr. 1919 bis 12. Juli 1919 Reichswirtschaftsminister.

Für Entschädigungen, Siedlungsland und Sicherungen!
Für ausreichende Abfindung der Kriegsbeschädigten und der Kriegerwitwen und -waisen!
Frei Luft, Licht und Raum für unser wachsendes Volk!
Für den Anschluß der gesamten Deutschbalten im Osten und der niederdeutschen Flamen im Westen an das Deutsche Reich!
Für den Zusammenschluß aller germanischen Völker!
Gegen den brutalen englisch-amerikanischen Großkapitalismus!
Gegen den Verelendungsfrieden!
Weg mit diesem überalterten Reichstag!
Für eine starke Monarchie und eine starke Rüstung!
Gegen die demokratischen Kriegsverlängerer, die jeden Sonderfrieden zu hintertreiben suchen und auch im Innern den Krieg aller gegen alle erstreben!
Für ein freiheitliches Wahlrecht nach dem Grundsatz: Freie Bahn den Tüchtigen und Fleißigen! Aber:
Gegen die politische Vergewaltigung der nichtsozialistischen Arbeiter und Angestellten durch den Erzberger-Scheidemann-Dittmannschen Block!
Gegen die Herrschaft des jüdisch-demokratischen Geldsacks!
Für den Schutz der deutschen Arbeitskraft gegen den Lohndruck bedürfnisloser Ausländer!
Gegen das sozialistische Ernährungssystem, das uns dem Verhungern nahegebracht, Wucher und Schleichhandel großgezogen hat!
Für den freien Handel und Beseitigung der Kriegsgesellschaften!
Der militärische Sieg wird von unseren Kameraden an der Front erstritten. In der Heimat den politischen Sieg zu erfechten, ist unsere Aufgabe!
Kollegen und Kameraden, wir rufen euch! Es geht um die deutsche Arbeit! Es gilt eure Zukunft, euer Glück! Tretet ein in unsere Reihen als Mitkämpfer für ein größeres, glückliches, freies und unabhängiges Deutschland!

Vorbereitender Ausschuß zur Gründung der Deutschen Arbeiter- und Angestellten-Partei

Wilhelm Gellert, Korrespondent, Berlin-Wilmersdorf, Deidesheimerstraße 8. Wilhelm Marohn, Werkzeugmacher, Berlin NO. 55, Bötzwstraße 17 v. I. Paul Becker sen., Militär-Invalide, Charlottenburg, Garde du Corpsstraße 1. Richard Vollmer, Techniker, Berlin. Richard Kirsch, Vorsitzender des Bezirksverbandes Bitterfeld. Otto Krüger, Arbeitersekretär (Kriegsbeschädigter), Bitterfeld. Wilhelm Hildebrand, Maler, Erfurt, Fleischgasse 4. Artur Kühn, Bureaugehilfe. Paul Kühn, Ingenieur (Kriegsbeschädigter); Otto Hartwig, Bautechniker (Kriegsbeschädigter); Karl Holtfoht, Monteur; Lohse, Baumeister, Leipzig. Wilhelm Pfalzgraf, Privatsekretär, z. Zt. Arbeiter im Hilfsdienst in der Pulverfabrik zu Premnitz-Süd bei Rathenow, Haus Nr. 586.

Beitrittserklärungen sind von W. Gellert, Berlin-Wilmersdorf, Deidesheimerstraße 8, durch Postkarte anzufordern.

*Dokument Nr. 4**

Eine Deutsche Arbeiter- und Angestellten-Partei zu begründen, fordert ein Aufruf auf, der von einem hierzu gebildeten Ausschusse von Berufsangehörigen erlassen ist.

Der Aufruf rechnet entschieden mit den die jetzige Reichstagsmehrheit bildenden »Volksvertretern« ab und führt den Arbeitern und Privatangestellten zu Gemüte, wessen sie sich an gewaltigen Steuern, teurem Lebensunterhalte, niedrigen Arbeitslöhnen und Gehältern und deshalb langer Arbeitszeit, größter Arbeitslosigkeit, sowie schließlich Verzicht auf Sozialpolitik wegen Mangels an Mitteln zu versehen haben, wenn die Reichstagsmehrheit ihr gewolltes und ungewolltes Ziel erreicht. »Das ist der Dank für siegreiche Schlachten«, heißt es in dem Aufrufe gegenüber der einseitigen und oberflächlichen Betrachtungsweise, welche den Kriegern mit einer Aenderung des preußischen Wahlrechts den Dank abzustatten glaubt, daneben aber vor Erzielung von Friedensbedingungen flau macht, die allein dem Volke einen gewissen Ausgleich für die gebrachten Opfer und erlittenen Entbehrungen bringt.

Von den demgemäß aufgestellten Forderungen der Deutschen Arbeiter- und Angestellten-Partei seien als besonders bemerkens- und aner kennenswert hervorgehoben:

Entschädigungen, Siedlungsland und Sicherungen; frei Luft, Licht und Raum für unser wachsendes Volk; gegen den brutalen englisch-amerikanischen Großkapitalismus; weg mit dem überalterten Reichstage; für eine starke Monarchie und eine starke Rüstung; gegen die demokratischen Kriegsverlängerer, die jeden Sonderfrieden zu hintertreiben suchen und auch im Innern den Krieg aller gegen alle erstreben; für ein freiheitliches Wahlrecht nach dem Grundsatz: Freie Bahn dem Tüchtigen und Fleißigen! Aber: Gegen die politische Vergewaltigung der nichtsozialistischen Arbeiter und Angestellten durch den Erzberger-Scheidemann-Dittmannschen Block: für den freien Handel und Beseitigung der Kriegsgesellschaften.

In einem weiteren Flugblatte setzt sich die werdende Partei zum Teil recht geschickt mit den »parlamentarischen Vertretern« eines siegreichen Volks auseinander, die sich die größte Mühe geben, dieses Volk um die Früchte seiner siegreichen Schlachten zu bringen. »Sie selbst haben nichts erobert, sondern sitzen daheim und verzichten auf das, was andere erobert haben.«

In dem Wirtschaftsprogramm der neuen Partei befinden sich Sätze und Forderungen des in den Kriegsjahren durch seine Schriften zu Ansehen gelangten Naumburger Volkswirts Dr. Schiele, der anscheinend nicht ohne wesentlichen Anteil an den veröffentlichten Verlautbarungen ist. So wird Stellung genommen gegen das sozialistische Ernährungssystem, das uns dem Verhungern nahe gebracht, Wucher und Schleichhandel großgezogen hat. Daß die neue Partei auch für die Interessen der Landwirtschaft und die Nöte, die ihr der Krieg zum Schaden ihrer selbst wie der Verbraucher gebracht hat, Verständnis an den Tag legen wird, ist aus gewissen von ihr verbreiteten Verlautbarungen zu schließen.

Beitrittserklärungen sind von W. Gellert, Berlin-Wilmersdorf, Deidesheimerstraße 8, anzufordern.

Die Entwicklung der neuen Gründung bleibt abzuwarten. — Sind schon die auszugs-

* Der Arbeitgeber, Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Nr. 11, 1. Juni 1918, S. 81.

weise wiedergegebenen und kritisch beleuchteten Programmpunkte vom Standpunkte des industriellen Unternehmertums aus zu unterstützen, so ist die ganze Gründung zu begrüßen als Kennzeichen der sicherlich in weitesten Kreisen der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft vorhandenen und immer mehr wachsenden Einsicht, daß die vielberufene durch den Krieg bedingte »Neuorientierung« durchaus nicht unbedingt die Richtung einschlagen muß, die ihr die soziale und dieser als Vortrupp dienende sonstige Demokratie weisen möchten, sondern daß im Gegenteil sie zur Stärkung von Keimen und Kräften führt, die letzten Endes als staatserhaltend und unternehmungsfreundlich anzusprechen sind.

Diese sich an die vaterländisch gesinnte und auf dem Boden der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung stehenden Arbeiter und Angestellten wendende Bewegung stellt das politische Seitenstück und die Ergänzung zu der berufsgenossenschaftlich-wirtschaftlichen der Werkvereine dar und verhält sich zu dieser so wie in der Sozialdemokratie die politische zur gewerkschaftlichen. Sind die Werkvereine vor allem mittelbar für die Arbeiter bestimmt, so bleibt eine grundsätzlich auf gleichem wirtschaftsfriedlichen Boden stehende berufsgenossenschaftliche Organisation der Angestellten (Kopfarbeiter) noch zu erwarten. Es scheint, als ob die klassenkämpferischen und unternehmungsfeindlichen, damit die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedrohenden Tendenzen, wie sie immer schärfer in den Kreisen der technischen Angestellten hervortreten, aber auch in den kaufmännischen Angestelltenkreisen immer weniger Zurückweisung finden, nach dem Gesetze vom durch Druck hervorgerufenen Gegendrucke die Neigung zur Organisierung einer wirtschaftsfriedlichen Angestelltenbewegung erstarken lassen, die zurzeit ihre literarische Vertretung in der Hamburger Zeitschrift »Die Hanse« findet. Deren Herausgeber, Moritz Müller, bekämpft mit Eifer und Freimut den Staatssozialismus und Verbandsterrorismus, die die kaufmännischen, technischen und Büroangestellten in eine unternehmungsfeindliche Richtung drängen, und predigt den Wirtschaftsfrieden, Persönlichkeitsfortschritt und die Verständigung mit den Unternehmern im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten unter dem alles überragenden Leitmotive der Liebe zu Kaiser und Reich. Dr. Rothe, Hannover.

*Dokument Nr. 5**

Verhandlungen zwischen Vertretern des Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden, der Deutschen Vaterlands-Partei und des Volksbundes für Freiheit und Vaterland unter Vorsitz von Professor Harnack in der Kgl. Bibliothek in Berlin am 10. Oktober 1918 nachmittags 5 Uhr.

Vorbemerkung.

Als ich gleich nach der Sitzung des Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden am 9. Oktober Herrn von Gleichen-Russwurm durch Anruf Bescheid gab, daß Herr Geheimrat Meyer zu der Besprechung am nächsten Tage zunächst nur als Person käme, da nach der mir während der Sitzung gemachten Mitteilung auf die Beteiligung

* DZA II, Merseburg, Rep. 92, Nachlaß Kapp D V, Nr. 3; Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Seeberg, Heft IXL 1918II.

des Unabhängigen Ausschusses als Körperschaft kein Wert gelegt würde, und als ich ihm dabei wiederholte, daß die Herren der D. V. P. nicht kommen könnten, weil sie nach Königsberg müßten, gab er mir zurück, er habe inzwischen mit Herrn Geheimrat Pannwitz gesprochen; der lege größten Wert darauf, daß die Besprechung am 10. zustande käme, damit zunächst einmal führende Herren aus den gegenüberstehenden Lagern miteinander verhandelt hätten und so die Grundlage zu weiterem Vorgehen gegeben wäre. Er — Gleichen-Russwurm — bedaure das eingetretene Mißverständnis, hoffe, daß der Beschluß des U. A. noch rückgängig gemacht werden könnte und bäte darum, sofort noch eine Aussprache mit Geheimrat Meyer und mir, etwa in der Vorhalle des Fürstenhofes, haben zu können. Geheimrat Meyer willigte ein. In dieser Besprechung im Fürstenhof wies Herr Geheimrat Meyer noch einmal darauf hin, daß in den Verhandlungen im Kultusministerium durchaus von einer Rücksprache zwischen führenden Männern des Volksbundes für Freiheit und Vaterland einerseits, der D. V. P. und dem U. A. für einen Deutschen Frieden andererseits — und vor allem von dieser letzten Vereinigung — die Rede gewesen sei.

Von Gleichen-Russwurm erwiderte, daß Herr Geheimrat Pannwitz ihm Vorwürfe gemacht habe, daß nun das Zustandekommen der Besprechung, auf die er größten Wert lege, gefährdet sei, und er bat, daß wir doch alles tun möchten, um die Besprechung zustande zu bringen. Meyer und ich sagten zunächst persönlich zu. Die Zusammenkunft wurde auf Donnerstag Nachmittag 5 Uhr vereinbart. Herr von Gleichen wollte sich noch einmal telephonisch an Herrn Geheimrat Schäfer und Seeberg wenden. Ich übernahm es, mit beiden noch einmal wegen der Beteiligung des U. A. zu reden. Als ich Geheimrat Schäfer dann anrief, hatte er von Herrn von Gleichen bereits das Ergebnis der Besprechung im Fürstenhof erfahren. Er hatte alsbald auch Exzellenz Tirpitz angerufen und von ihm gehört, daß er und Kapp inzwischen nach Königsberg abtelegraphiert hätten und nun zur Aussprache kommen könnten und kommen würden. So kam die Besprechung von Vertretern der drei Vereinigungen in aller Form zustande.

gez. Stahlberg

Bericht über die Sitzung.

Anwesend die Herren:

Exzellenz von Harnack
 Pannwitz
 von Gleichen-Russwurm
 Francke
 Legien
 Baumeister
 Stegerwald
 Grabowsky
 Exzellenz von Tirpitz
 Kapp
 Schäfer
 Seeberg
 Meyer
 Stahlberg
 Troeltsch

Nach einer kurzen Begrüßung durch Harnack bezeichnet Pannwitz als Zweck der Zusammenkunft, in unverbindlicher und vertraulicher Aussprache zwischen führenden Mitgliedern der großen nationalen Verbände, die zu den Fragen des Friedensschlusses Stellung genommen haben, ein gemeinsames Handeln für den Fall vorzubereiten, daß unser Volk unter Abweisung der uns zugemuteten Friedensbedingungen zu einem letzten Entscheidungskampf aufgerufen werden müßte, unter dem Schlachtruf: »Hurrah, Heimat, Dir sterben wir!«

Legien stellt die Frage, welches praktische Ziel denn die ganze Verhandlung haben soll. *Von Gleichen* liest den Entwurf einer Entschließung vor, auf die man sich mit den etwa erforderlichen Änderungen einigen könne. Er lautet:

Die gegenwärtige Lage macht die nationale Einheitsfront unseres Volkes zur Lebensfrage. Die jetzige Regierung ist keine Koalitionsregierung, sondern eine Mehrheitsregierung und hat dementsprechend ihre Opposition. Die Freiheit der politischen Opposition kann niemandem verwehrt werden. Doch läßt die Aufgabe der nationalen Verteidigung die grundsätzliche Verständigung zwischen den großen vaterländischen Organisationen als wünschenswert und notwendig erscheinen, daß ihre Kundgebungen von einheitlichem nationalen Willen getragen werden und auch in Einzelfragen der nationalen Bewegung Verständigung erstrebt wird. Es gilt den rückhaltlosen Einsatz aller Kräfte für den Endkampf bei aller Bereitschaft für einen ehrenvollen Frieden.

Legien: Wiederholt seine Frage: »Was soll das Ganze?«

von Gleichen: Für den Fall des Aufrufes der Regierung zur nationalen Verteidigung ist es wünschenswert, bereits eine feste Unterlage für gemeinsames Handeln zu haben.

Francke: Möglich, daß uns noch ein Kampf auf Leben und Tod bevorsteht. Dann haben alle Meinungsverschiedenheiten zu schweigen. Jetzt ist die Lage so, daß es gefährlich wäre, vorzugreifen. Vielmehr ist einfach für jeden Pflicht, sich hinter die Volksregierung zu stellen, die, auf die Mehrheit des Reichstags gestützt, die Sache des Volkes zu führen hat. Wenn wir uns jetzt schon für die Notwendigkeit des Eventualfalles einigen wollten, so gäbe das nur eine gebrochene Front. Wollten wir jetzt schon die nationale Verteidigung vorbereiten, so wäre das für die Regierung nicht förderlich, weil ihre Politik dadurch im Auslande notwendigerweise in das Licht der Zweideutigkeit gerückt würde. Die Regierung muß vielmehr bedingungslose Unterstützung fordern. Leider besteht die Tatsache, daß eine heftige Opposition schon da ist. Ich habe schärfste Kritiken der Regierung gelesen; das muß die Aktion der Regierung hemmen. Umsoweniger dürfen wir den Eindruck erwecken, als ob wir um eines bestimmten Zweckes willen eine Einigkeit vortäuschten. Der Zusammenschluß der einander entgegengesetzten Richtungen ist jetzt nicht möglich, ist auch nicht nützlich.

von Tirpitz: Ich hätte den Zusammenschluß gegen die äußeren Feinde von Anfang an gewünscht. Der Krieg war nun einmal da. Zusammenschluß aller Kräfte hätte die günstigsten Bedingungen für die Verteidigung gegeben. Deutschland ist in diesem Kriege in der Lage einer verteidigten Festung gewesen. Man verteidigt aber die Festungen durch Verteidigung der Außenforts. Der Unterschied der einander gegenüberstehenden Auffassungen ist wesentlich ein Unterschied der Methode. Wie steht es jetzt? Tatsächlich sind wir doch noch immer im Kriege. Wir haben Aussicht auf Friedensverhandlungen. Wenn da unser Volk voll entschlossen jede Bedingung ablehnt, die seine Ehre verletzen würde, so kann das nur vorteilhaft für das Ergebnis sein. Die D. V. P. ist grundsätzlich für innere Politik uninteressiert. Sie hat immer nur für eine starke Außenpolitik sich

eingesetzt. Die Forderung von Herrn Professor Francke, hinter die Regierung und jede ihrer Handlungen auch auf dem Gebiet der inneren Politik zu treten, kann man bei uns unmöglich annehmen. Wohl aber sind wir bereit, jeden Schritt in Sachen der nationalen Verteidigung zu unterstützen.

Schäfer: Zuerst hatte ich die Empfindung, eine Vereinigung auf die vorgelegte EntschlieÙung sei zwecklos. Daß alle das Vaterland verteidigen werden, nehme ich als gegeben an. Bei uns ist es jedenfalls selbstverständlich, daß wir alles tun und leisten, um Deutschland groß und stark zu machen. Jede gegebene Regierung in allen ihren Maßnahmen zu unterstützen, wäre aber eine Hemmung der Betätigung unseres Verbandes, die kaum ertragen werden kann. In diesem Sinne ist denn auch der zweite Satz der EntschlieÙung zu verstehen. Jetzt handelt es sich um die Frage, ob die Räumung besetzter Gebiete ohne weiteres, ohne die Gegenforderung der Räumung der von der Entente besetzten Gebiete, geschehen und ob der U-Boot-Krieg bedingungslos aufgegeben werden soll. Wenn beides einträte, wäre die Vernichtung des deutschen Reiches gegeben. Irgendein gemeinsamer Entschluß, der hier gefaßt würde, dürfte die einzelnen nicht hindern, ihre Meinung auszusprechen. Einer Einigung dahin, daß wir bei weiterem Kampf alles an die Verteidigung des Vaterlandes zu setzen bereit sind, werden wir ohne jede Einschränkung zustimmen.

Legien: Was Professor Francke gesagt hat, ist sehr deutlich. Wenn es um die Existenz ginge, wenn die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit Deutschlands angetastet würde, müßte und würde jeder von uns alles für den Kampf einsetzen. Die Arbeiterschaft zweifelt aber daran, ob wir für ein Deutschland kämpfen, in dem jeder sein Recht bekommt, und die Arbeiterschaft bildet da draußen das Volk in Waffen. Ich habe das Hindenburg und Ludendorff auseinandergesetzt, und ihnen ausgeführt, woher die Stickleit kommt. Die Ursachen sind seitdem nicht behoben. Sie sind noch schlimmer geworden. Der Unwille ist daher größer geworden. Gleichgültigkeit der Arbeiter dem Krieg gegenüber und Widerwille sind die Folge davon. Noch kann diese Stimmung besiegt werden, wenn unzweifelhaft durch Handlungen bewiesen wird, daß auch dem Arbeiter das gleiche Recht gegeben wird. Die über ein Jahr verzögerte Reform des preußischen Wahlrechts muß daher sofort durchgeführt werden. Alle Not kann noch behoben werden, wenn der feste Wille gezeigt wird, das Vaterland anders und so zu gestalten, wie es den Wünschen der Masse entspricht. Das ist aber nur dadurch möglich, daß sich alle Ihre Kreise rückhaltlos auch in den Kriegszielen hinter die Regierung stellen. So würde den Arbeitern gezeigt werden, daß zur Wahrheit wird, was sie hoffen. Ein einiges deutsches Volk ist nicht zu besiegen. Das wissen unsere Feinde noch mehr als wir. Weil man aber diesen Grundgedanken der Masse durch den Kampf um die Freiheit im Innern vereckelt hat, muß die Oberste Heeresleitung jetzt erkennen, daß mit einer widerwilligen Truppe nicht zu kämpfen ist. Der Geist, der durch die Truppen geht, ist untergraben. Nichts anderes hilft da jetzt, als zu zeigen, daß es der Deutschen Vaterlandspartei und dem Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden ernst damit ist, daß sie sich rückhaltlos hinter die Regierung stellen, dann haben wir eben die Einheitsfront, die nötig ist.

Schäfer: Exzellenz Tirpitz hat erklärt, daß die Deutsche Vaterlandspartei nie gegen die Wahlrechtsreform Stellung genommen hat. Der Unabhängige Ausschuß hat sich ebenfalls nie gegen die Wahlrechtsreform ausgesprochen. Wir haben auch jetzt keinen Anlaß, das zu tun. Die Wahlrechtsreform an sich kreuzt unsere Gesinnung nicht. Was ich von ihr berührt habe, betrifft die Existenzfrage des Deutschen Reiches im Osten,

den Einfluß des Wahlrechts auf die polnische Gefahr in unseren Ostmarken. Hier war es meine Pflicht, auf die verhängnisvollen Folgen der Regierungsmaßnahmen hinzuweisen. Auch der jetzige Schritt der Regierung kann bei der Räumung der besetzten Gebiete zu Handlungen führen, die nach meiner Auffassung die Vernichtung Deutschlands im Gefolge haben. Dazu könnte ich dann nicht schweigen. In Herrn Legiens Ausführungen lagen Vorwürfe betreffs unseres Verhaltens in der Vergangenheit. Wir müssen es vollkommen ablehnen, daß wir zu der Herabdrückung der Stimmung im Heer durch unsere Haltung beigetragen hätten. In dieser Beziehung ist eine einheitliche Meinung zwischen uns und dem Volksbund für Freiheit und Vaterland nicht herzustellen. Wir sind dagegen bereit, für den erhofften Fall, daß die Oberste Heeresleitung zur nationalen Verteidigung aufruft, einheitlich mit jedem andern zur Unterstützung dieses Aufrufs und zur Schaffung des nationalen Abwehrwillens zu wirken, und *wir* sind für diesen Fall unserer Leute auch völlig sicher.

Francke: Wir geben an Entschlossenheit für den Fall der nationalen Verteidigung niemand etwas nach. Die Räumung der besetzten Gebiete ist eine Frage, die einzig und allein von der militärischen Leitung entschieden wird. Da hat jede andere Meinung zu schweigen. Ich habe Anhaltspunkte dafür, daß die Oberste Heeresleitung nicht so entscheiden wird, wie Herr Schäfer hofft. Wir müssen das hinnehmen und können es auch nicht als so verhängnisvoll ansehen wie er. Dagegen halten wir es für gefährlich, wenn unsere Regierung durch eine Opposition diskreditiert würde. Gerade während der gegenwärtigen Aktion der Regierung darf von keiner Seite opponiert werden. Wenn die Deutsche Vaterlandspartei und der Unabhängige Ausschuß noch auf ihrer früheren annexionistischen Haltung beharren, und nicht auf die ihnen nahestehenden Blätter den Einfluß ausüben, daß sie mit ihrer Bekämpfung der Regierung aufhören, so wird die Kluft zwischen den Volksteilen immer größer werden. Ein Verkleistern des Gegensatzes ist unmöglich.

Tirpitz: Herr Francke und Herr Legien lehnen, wenn ich recht verstehe, die Zusammenarbeit mit uns ab. Sie fordern bedingungslose Aufgabe unserer Anschauung und Gesinnung. Wir sind nicht verantwortlich für das, was die »Deutsche Zeitung«, die »Deutsche Tageszeitung«, die »Tägliche Rundschau« und andere Blätter schreiben, haben auch nicht den Einfluß auf die Zeitungen, daß wir sie in ihrer Stellungnahme bestimmen könnten; denn sie sind genau so selbstständig wie wir auch. Von uns ist nie von Annexion gesprochen worden. Die Flamen selbständig und frei zu erhalten, ist für das Deutsche Reich ebenso Gebot wie für sie selbst. Diese unsere Forderung kann in keiner Weise als Annexion gedeutet werden. Nicht bloß die Anhänger des Herrn Legien haben da draußen an der Front gekämpft. Alle Stände des Volks haben ihre Schuldigkeit vor dem Feind getan. Ich glaube auch nicht, daß die Wahlrechtsreform die Front erschüttert hat, es sind andere Gründe gewesen. Aber die Wahlrechtsfrage ist ja jetzt gelöst. Niemand kämpft mehr gegen die Sache an. Ich verstehe daher nicht, warum diese Frage nun nicht als erledigt angesehen werden soll. Herr Legien verlangt von uns, daß wir rückhaltlos in allen Punkten hinter die Regierung uns stellen sollen. Bei den früheren Regierungen haben Herr Legien und seine Anhänger das doch auch nicht getan. Eine solche einmütige Stellungnahme aller Kreise des Volks zu ihr kann die Regierung auch nur erwarten gegenüber dem äußeren Feind, und da ist sie für uns selbstverständlich*). Herrn Professor

*) Handschriftlich verbessert aus: »unwichtig«.

Francke muß ich recht geben, daß die Frage der Räumung an sich eine Sache des Militärs ist. Das widerspricht aber nicht der Auffassung, daß bedingungslose Räumung zu einer Verkümmernng Deutschlands führen könnte und müßte, unter der die Kreise, die Herr Legien vertritt, besonders zu leiden hätten. Das zum Ausdruck zu bringen, halte ich für geboten. Ein anderer wichtiger Punkt, der in der Öffentlichkeit viel zu wenig betont wird, ist der, daß die anderen viel friedensbedürftiger sind, als wir es gemeinhin annehmen. Wohl haben die Feinde große Truppenmassen über den Ozean gebracht, aber doch nur durch Konzentration aller Hilfsmittel auf diesen einen Zweck, und das hat an andern Stellen in ihrer Kriegswirtschaft gefährliche Lücken zur Folge gehabt. Wenn wir fest bleiben, so wird das den Eindruck bei den Feinden nicht verfehlen und es wird sicher dazu beitragen, daß wir so viel als möglich aus den Friedensverhandlungen herausholen können. Daher sollten wir geschlossen in dieser Abwehr als Volk dastehen. Ich bedaure, daß die Gemeinsamkeit des Willens für diesen Zweck gering zu sein scheint.

Schäfer: Niemals hat der Unabhängige Ausschuß dem Annexionismus gehuldigt. Wir sind nur immer eingetreten für die Mehrung der Macht des Deutschen Reiches durch maßgebenden politischen Einfluß auf die Nachbargebiete im Westen und Osten, ohne den die Sicherheit des Reiches nicht gewährleistet ist. Nur an einer Stelle haben wir die unmittelbare Landnahme gewollt und vertreten, für die kleine Fläche der Erzlager von Brie und Longwy. Diese Einverleibung erschien*) uns notwendig, damit unserer Arbeiterschaft in der Eisenindustrie und den davon abhängigen Betrieben auf lange Jahrzehnte hin die Arbeitsmöglichkeit gesichert bliebe, in der sie groß geworden ist. Die Behauptung von dem annexionistischen Charakter des Unabhängigen Ausschusses ist nichts weiter als eine weit verbreitete Verleumdung, die auf völliger Unkenntnis seiner Arbeit beruht oder aus üblem Willen hervorgeht. Ich bedaure, daß diese Behauptung auch hier wieder hervorgeholt worden ist. Auch für die jetzt bevorstehenden Verhandlungen überlasse ich es in vollster Überzeugung von der Richtigkeit unseres Standpunktes dem geschichtlichen Urteil, wer mehr für das Reich herausholen kann, die Vertreter einer Politik anbietender Versöhnung oder die einer Politik der festen Selbstbehauptung.

Harnack: Ich glaube nicht, daß die Herren Francke und Legien haben sagen wollen, daß man nun jeden Schritt der Regierung ungesehen hinzunehmen habe. Ich meine, es könne der Regierung nur von Wert sein, wenn sie auf Fehler aufmerksam gemacht wird, die jemand sicher zu erkennen glaubt. Es kann sich nur darum handeln, daß jeder mit der neugeschaffenen Tatsache rechnen muß, daß der Grundzug der Regierung etwas Neues und Bleibendes bedeutet. In dieser Beziehung muß jeder für die neue parlamentarische Regierungsform sich erklären. Viel ernster ist die Sache, daß man die innere Neugestaltung von der Haltung nach außen nicht trennen kann. Hier muß von vielen das Opfer der Überzeugung gefordert werden.

Legien: Ich habe keinen Vorwurf gemacht, sondern nur die Begründung des Zusammenbruches gegeben, wie ich ihn sehe. Die Anhänger des Unabhängigen Ausschusses und der Deutschen Vaterlandspartei müssen aber in der Frage der Kriegsziele durchaus eben so glatt umlernen, wie sie das in der Frage der inneren Politik müssen. Natürlich sind nicht meine Anhänger allein an der Front gewesen. Wohl aber ist der Kern des Heeres durch die Masse der Arbeiter gegeben. Sie haben Ungeheures geleistet und leisten es

*) Handschriftlich verbessert aus: »erscheint«.

noch, und das Furchtbare ist für sie nur zu ertragen gewesen, weil $1\frac{3}{4}$ Millionen von denen da draußen durch die Schule unserer Organisation gegangen sind und die innere Kraft ihrer vollen politischen Reife gehabt haben, mit der sie den Geist der Front so lange aufrecht erhalten konnten. Das ist ein gewaltiges Verdienst meiner Anhänger. Ich muß dem widersprechen, daß ich mich nicht hinter die anderen Regierungen gestellt hätte. Ich bin hinter Bethmann-Hollweg getreten, den ich leidenschaftlich vorher bekämpft hatte, habe auch Michaelis und Hertling unterstützt und habe mir für meine Reden, in denen ich für sie eintrat, von meinen Freunden starke Angriffe zugezogen. Wenn von der anderen Seite ähnlich gehandelt wäre, dann bestünde keine Stickleit; aber dort sind der inneren Neugestaltung immer nur Schwierigkeiten bereitet worden. Daß das Friedensbedürfnis in England und Frankreich stärker sei als bei uns, wollen wir uns nicht noch länger vorreden lassen. Mit solchen Reden sind wir lange genug hingehalten und getäuscht worden. Die Dinge sind härter als die Wünsche. Einzig und allein *unsere* Politik ist seit dem 1. August 1914 gradlinig gewesen. Wir haben immer schon damit gerechnet, daß wir keinen Sieg erringen konnten. Unsere Gegner sind eben stärker als wir. Wir hätten schon längst Frieden schließen müssen. Jetzt müssen wir die Folgen aus der Kriegslage ziehen. Wollen wir keinen Schmachfrieden, in dem wir verloren sind, so müssen wir als einheitliches Volk unseren Widerstandswillen solchen Bedingungen der Feinde entgegensetzen.

Tirpitz: Ich bin der Ansicht, selbst wenn man überzeugt ist, daß man mit den Waffen sich nicht durchsetzen kann, dann darf man, so lange die Waffen entscheiden, erst recht nicht aussprechen, man könne nicht siegen. Wieder zeigt sich, daß der Unterschied zwischen den beiderseitigen Anschauungen vor allem ein solcher der Methode ist. Frieden konnten wir bisher nicht haben, weil es unsern Gegner gar nicht einfiel, Frieden mit uns zu schließen. Ich glaube, auch bei der uns vorgeworfenen Anschauung über den Zustand unserer Feinde liegt es so, daß die Engländer von dem Erfahrungssatz ausgehen, daß derjenige Preisboxer siegt, der den letzten Hauch hat. Nach diesem Grundsatz hat England gehandelt. Es sagte seinem Volk: »Wir haben die größere Zähigkeit, nicht Deutschland; so werden wir siegen.« Für uns hätte es sich darum gehandelt, unsere Zähigkeit zu stärken. Dafür war aber die Methode unserer Friedensangebote sicher nicht die richtige. Sie hat die Gegner gestärkt und hat unser Volk in seinem Selbstbehauptungswillen geschwächt. Die Forderung, hinter die Regierung zu treten, hat nur Sinn für alles, was den Krieg gewinnen hilft*), kann aber nicht erfüllt werden für eine Politik, die damit gar nichts mehr zu tun hat; und das wird uns zugemutet.

Stegerwald: Wilsons Antwort hat die Basis der Verhandlungen völlig verschoben. Die Regierung ist gebildet worden, um das denkbar Beste für den Frieden herauszuholen. Wir haben über die Frage der besetzten Gebiete und was damit zusammenhängt, gar nicht mehr zu entscheiden. Die Regierung ist auf Wilsons Punkte bereits eingegangen. Damit ist die Grundlage für alles Weitere fest und eindeutig gegeben. Ob wir uns nun hinter die Regierung in den großen entscheidenden Fragen stellen, darauf allein kommt es an; alles Reden hat keinen Zweck.

Meyer: Es war immerhin nützlich, daß wir diese Aussprache gehabt und dadurch die Stellungnahme der verschiedenen Verbände zu der Frage gemeinsamen Handelns völlig geklärt haben. Weitere Diskussionen erscheinen überflüssig. Alles Nötige ist

*) Handschriftlich verbessert aus: »will«.

ausgesprochen worden. Geht die Regierung auf den Frieden ein, dann ist für die hier gedachte Tätigkeit nichts mehr übrig. Daß wir für diesen Fall einheitlich auftreten, ist bei der Grundanschauung der gegenüberstehenden Verbände unmöglich. Weist die Regierung die Bedingungen zurück, dann müßten wir uns gegenseitig stützen, und in diesem Falle wäre ein Zusammengehen in dem Aufruf zum letzten Verteidigungskampf durchaus nötig.

Troeltsch: Ich wollte dasselbe sagen wie Meyer. Die bisher gepflogenen grundsätzlichen Erörterungen zeigen, daß die Gegensätze, die bisher bestanden, unverändert dieselben sind. Aber im Falle der äußersten Not können wir uns doch wieder treffen und gemeinsam miteinander arbeiten. Das Friedensbedürfnis ist allerdings so groß, daß die Revolution so gut wie sicher eintreten würde, wenn die Tür zum Frieden wieder zugeworfen würde. Es wird sich daher um Haaresbreite handeln, die uns von dem Verlust unserer Zukunft trennt. Immerhin ist das Ziel der Einberufer erreicht: Wir treffen uns wieder, wenn es nötig wird.

Harnack: Wir sind uns also einig, daß bei dem großen Notstand des Reiches der Zusammenschluß aller Kräfte geboten ist. Dann wird es nötig werden, daß große erhebende Worte von den sich gegenüberstehenden Parteien im gleichen Sinne gesprochen werden.

Dazu ist dann eine neue schnell herbeigeführte Einigung wünschenswert. Den beiden einberufenden Herren Pannwitz und Gleichen-Russwurm könnten wir das Mandat geben, uns für diesen Fall wieder zusammen zu berufen. Ich möchte doch aber schon jetzt den Appell an alle richten und hierzu bitten, so weit sie irgend können, hinter die Regierung zu treten.

Francke: Ich schließe mich durchaus dem Wunsche an. Die D. V. P. und U. A. müssen gegenseitig alles unterlassen, was die Aktionen in der Friedensfrage stören könnte. Prinz Max hat gesagt, der Schritt sei erfolgt im Einvernehmen aller zuständigen Faktoren. Ich kann nach bestem Wissen hinzufügen, nicht nur im Einvernehmen, sondern auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung. Daher nehmen Sie den Wunsch nicht übel. Wir wünschen keine Störung der Schritte unserer Regierung durch irgendwelche Kritik, da sie den Erfolg unmöglich machen müßte.

Baumeister: Durch eine gemeinsame Aktion mit der D. V. P. würden die Gewerkschaftsführer sich vor ihren Anhängern schwer kompromittieren. Wenn auch nur bekannt würde, daß wir hier vertraulich mit führenden Männern der D. V. P. verhandelt haben, so wäre schon zu befürchten, daß ihnen die Massen aus der Hand gleiten und daß es zur Revolution käme. Noch haben die Gewerkschaftsführer das Vertrauen der Arbeiter, und sie haben bei aller Schwierigkeit doch immer wieder die Streiks überwinden können. Die Arbeiter sehen nun einmal in der D. V. P. ihren schärfsten inneren Feind. Ob mit Recht oder Unrecht, darauf kommt es nicht an. Es ist einfach als Tatsache hinzunehmen und als solche für die Art jedes weiteren Vorgehens zu werten, daher fehlt der Boden zu gemeinsamem Handeln mit der D. V. P. Er müßte erst vorbereitet werden. Wenn eine Erklärung ihrer Anhänger einmütig dahin erfolgte, daß sie sich in allen inneren Fragen einmütig hinter die Regierung stellten, so würde im Notfall vielleicht auch ein einheitliches Zusammengehen möglich werden.

Grabowsky: Ich möchte einen praktischen Gesichtspunkt geltend machen. Die Frage der Räumung der besetzten Gebiete wird nur im Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung beantwortet. Darauf können wir gar nicht mehr einwirken. Daß aber schon

jetzt besonders betont wird, wir würden im Falle der nationalen Verteidigung alle gemeinsam hinter die Regierung treten, erscheint mir nicht zweckmäßig, da diese Betonung der schärferen Politik bei dem Auslande nur Argwohn gegen die Ehrlichkeit des Schrittes unserer Regierung erzeugen müßte.

Tirpitz: Herr Baumeister hat gesagt, die Arbeiter sähen ihren schärfsten Widersacher in der D. V. P. Demgegenüber muß ich betonen, die D. V. P. hat in keiner ihrer programmatischen Erklärungen oder in irgendwelchen Kundgebungen und Schriften von maßgebender Seite den Bund für Freiheit und Vaterland oder die Gewerkschaften jemals angegriffen. Das Verhalten der Gewerkschaften kann nur das Ergebnis systematischer Verleumdung sein. Jedenfalls geht aus Ihrer Erklärung hervor, daß Sie mit uns nicht zusammenarbeiten wollen. Ich betone demgegenüber noch einmal, wir wären durchaus für völlige Einigkeit im Vorgehen zu haben in allen Fragen, wo es gilt, gegen den äußeren Feind zu stehen. Nur was nicht zum Krieg gehört, wäre auszuscheiden.

v. Gleichen-Russwurm: Herr Baumeister hat wohl nur die persönliche Anschauung vieler Arbeiter mitteilen wollen, ohne sich selbst dazu zu bekennen. Es ist eben ein schweres Problem, wie die Arbeiter hinter dem nationalen Gedanken gehalten werden sollen, nachdem sie bisher international beeinflusst worden sind. Das Wort »vaterländisch« wirkt für viele von ihnen tatsächlich so ungünstig, daß man es in Versammlungen geradezu vermeiden muß.

Schäfer: An uns ist der Wunsch gerichtet, wir möchten bei der Opposition immer das Vaterland im Auge behalten. Ich bin mir nicht bewußt, daß wir je irgendwie anders gehandelt hätten, und bin sicher, daß wir immer so handeln werden.

Pannwitz: Immerhin kann bei der Weiterentwicklung der Dinge die deutsche Ehre gestreift werden. Die Gewerkschaften suchen den Verständigungsfrieden nicht um jeden Preis. Wir sollten nicht auseinandergehen, ohne in einer noch so lockeren Verbindung zu bleiben, solange der Ehrenpunkt des Deutschen Reiches in Frage kommen kann. Vielleicht, daß wir beiden Einberufern eine Art Büro bilden könnten; ich bitte dazu erstens um den Auftrag, den Faden der Verständigung weiterspinnen zu dürfen und zweitens um die Niedersetzung eines aus beiden Seiten gebildeten vertraulichen Komitees für diesen Zweck.

Gegen den ersten Vorschlag wird nichts eingewendet. Dagegen findet der zweite Vorschlag bei den Herren des Volksbundes für Freiheit und Vaterland energischen Widerspruch und wird daher einheitlich abgelehnt.

Tirpitz bittet, daß die Angriffe gegen die D. V. P. und ihre Freunde im vaterländischen Interesse nachlassen möchten.

Harnack stellt den Einberufern für weitere Arbeit seine Räume zur Verfügung.

[gez.] Stahlberg

Dokument Nr. 6*

Anton von Rieppel** (Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg) an Konstantin Frhrn. von Gebstättel (1. stellv. Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes) am 30. Oktober 1918

Euer Exzellenz,

danke ich ergebenst für die Zuschrift vom 4. d. M., die am 28. d. M. bei mir einlief, betreffend die Schaffung einer »Zentralstelle der nationalen Klärungs- und Werbearbeit«. Ich habe bisher stets alle Bestrebungen unterstützt, welche darauf ausgingen, dem nationalen Gedanken mehr Verständnis im Volke zu verschaffen, und würde jetzt mehr denn je bereit sein, Opfer zu bringen, wenn ich von der Bewegung eine Besserung unserer Lage erwarten könnte. Leider vermag ich mich aber der in Ihrem Aufruf gegebenen Anregung nicht anzuschließen, da er nach meiner Überzeugung die Ursachen verkennt, welche zu dem gegenwärtigen Zusammenbruch geführt haben und infolgedessen nicht die Wege einschlägt, welche die jetzige Lage erfordert.

Meines Erachtens liegen zwei dringende Aufgaben vor, welche alle Kräfte der Nation in Anspruch nehmen:

- 1) Für den Fall, daß es noch einmal zu einem Endkampfe kommt, was mir allerdings so gut wie ausgeschlossen erscheint, die Stärkung der Westfront mit Menschen und Material und damit zusammenhängende überzeugende Aufklärung der Heimat und zusammenfassende sachgemäße Behandlung der Rüstung.
- 2) Für den Fall, [daß] der Waffenstillstand sofort eintritt, eine ordnungsmäßige beschleunigte Demobilisierung und möglichst reibungslose Überführung der jetzt in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter und der aus dem Felde zurückkehrenden Leute zur Friedensarbeit, damit keine Überstürzung und Verwirrung eintritt und wir vor dem Bolschewikismus verschont bleiben.

Dies ist die allernotwendigste Aufgabe, von deren Lösung die Zukunft des Reiches abhängt. Alle anderen Aufgaben müssen dagegen – wenigstens zunächst – zurücktreten.

Beide Aufgaben können nach meiner festen Überzeugung nur im Einverständnis mit der gegenwärtigen demokratischen Regierung und im engsten Zusammenarbeiten mit den sozialistischen Führern, besonders den Gewerkschaftsführern, geleistet werden. Das Volk hört jetzt nur noch die sozialistischen Führer. Alle Aufrufe von Professoren, Rittergutsbesitzern, Industriellen und Offizieren verpuffen spurlos oder können höchstens Schaden anrichten, wenn in ihnen alldeutsche, schwerindustrielle, konservative oder reaktionäre Ziele vermutet werden. Dieser Gedanke, der übrigens von allen meinen Berufsgenossen geteilt wird, welche ich in der letzten Zeit gesprochen habe, führte dazu, daß sich einige Industrielle mit einigen Gewerkschaftsführern zusammenfanden, um sich über diese beiden Aufgaben auszusprechen. Hierbei stellte sich zu meiner Genugtuung heraus, daß die Gewerkschaftsführer volles Verständnis für die gegenwärtige Lage be-

*) DZA Potsdam, NL Gebstättel, Bd. 5.

**) Reichsrat der Krone Bayerns, 1901 – 1919 Mitglied des Direktoriums des Centralverbandes Deutscher Industrieller, 1. stellv. Vorsitzender 1908 – 1918; seit 1905 Vorsitzender des Bayerischen Industriellenverbandes, seit 1911 auch des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller; Mitglied des Wirtschaftlichen Ausschusses beim Reichsamt des Innern (seit 1898). Mitglied des Alldeutschen Verbandes seit 1915.

saßen, sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Volke bewußt waren und vielfach ein starkes Nationalgefühl zum Ausdruck brachten. Ich bin überzeugt, daß die Gewerkschaftsführer alles tun werden, um die beiden obenbezeichneten Aufgaben im Interesse des Vaterlandes zu lösen. Ob sie die Fähigkeiten und die Kraft haben, die Aufgaben zu bewältigen, muß die Zeit zeigen. Jedenfalls ist dies der einzige Weg, auf dem ich noch eine Rettung aus dem jetzigen Zusammenbruch erblicken kann. Meines Erachtens ist es daher die Pflicht auch des politisch anders Denkenden, aus nationalen Interessen sich rückhaltlos hinter die Regierung zu stellen. Innere Kämpfe sollten unter allen Umständen vermieden werden. Meines Erachtens sind daher jetzt alle Bestrebungen zu verurteilen, die eine Bekämpfung der Demokratisierung oder ihre Unschädlichmachung anstreben.

Die Umwandlungen, in denen wir uns gegenwärtig befinden, sind so gewaltig, die Verschiebungen in unseren inneren und äußeren Beziehungen so grundlegend, die Aufgaben, die uns nach dem Frieden erwarten, so ungeheuer verschieden von denen, welche wir vor dem Kriege verfolgten, daß es nach meiner Überzeugung auch für die nationalgesinnten Kreise, die im alldeutschen Verbands ihre fortgeschrittensten und kühnsten Vertreter hatten, eine zwingende Notwendigkeit wird, sich vollkommen neu zu orientieren. Ich hatte bereits in Aussicht genommen, Herrn Justizrat Claß hierüber zu schreiben, glaube aber, mit einer endgültigen Stellungnahme noch warten zu sollen, bis die Ereignisse zu einem gewissen Abschluß gekommen sind. Ich werde mir erlauben, später Ew. Exzellenz nochmals über meine Anschauungen auf diesem Gebiete zu schreiben.

In der Zwischenzeit verbleibe ich mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung.

Ew. Exzellenz

sehr ergebener

[gez.] A. Rieppel

*Dokument Nr. 7**

Wir kämpfen

für den großgermanischen und großdeutschen Gedanken, für die Reichseinheit!
für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gegenüber anderen Rassen und Völkern im Innern und nach außen!
für den Individualismus, gegen den Sozialismus, für das Recht und die Freiheit der Persönlichkeit!
für die wirtschaftliche Freiheit
(für den freien Handel und gegen die Zwangswirtschaft)!
gegen die Sozialisierung
d. h. Verstaatlichung oder Bürokratisierung!
für Schutzzoll auf ausländische Arbeitskräfte!
für eine großzügige Bevölkerungspolitik!
für eine ausreichende Sicherstellung der Kriegsteilnehmer oder ihrer Hinterbliebenen!
für eine ausreichende Sicherstellung aller Kranken, Invaliden und Altersschwachen!

* Wilhelm Gellert, Das Wunder des deutschen Aufstieges, Berlin 1919, Umschlagseite.

für Beseitigung des Versicherungszwanges und der Versicherungsbeiträge!
für ein fortschreitendes gleiches Wahlrecht der Volljährigen!
für eine parlamentarische Vertretung der Berufsstände!
gegen die Hineinzerrung der Frauen in die politischen Kämpfe!
für Angliederung eines Frauenamtes an das Reichsamt des Innern!

Vorwärts zum politischen Kampf und Sieg!

Deutsche Arbeiter- und Angestellten-Partei

– Großdeutsche Volkspartei – .

Geschäftsstelle: W. Gellert, Berlin-Wilmersdorf, Deidesheimer Str. 8.

(Postscheckkonto: Berlin Nr. 37 942 Wilhelm Gellert, Berlin-Wilmersdorf.)